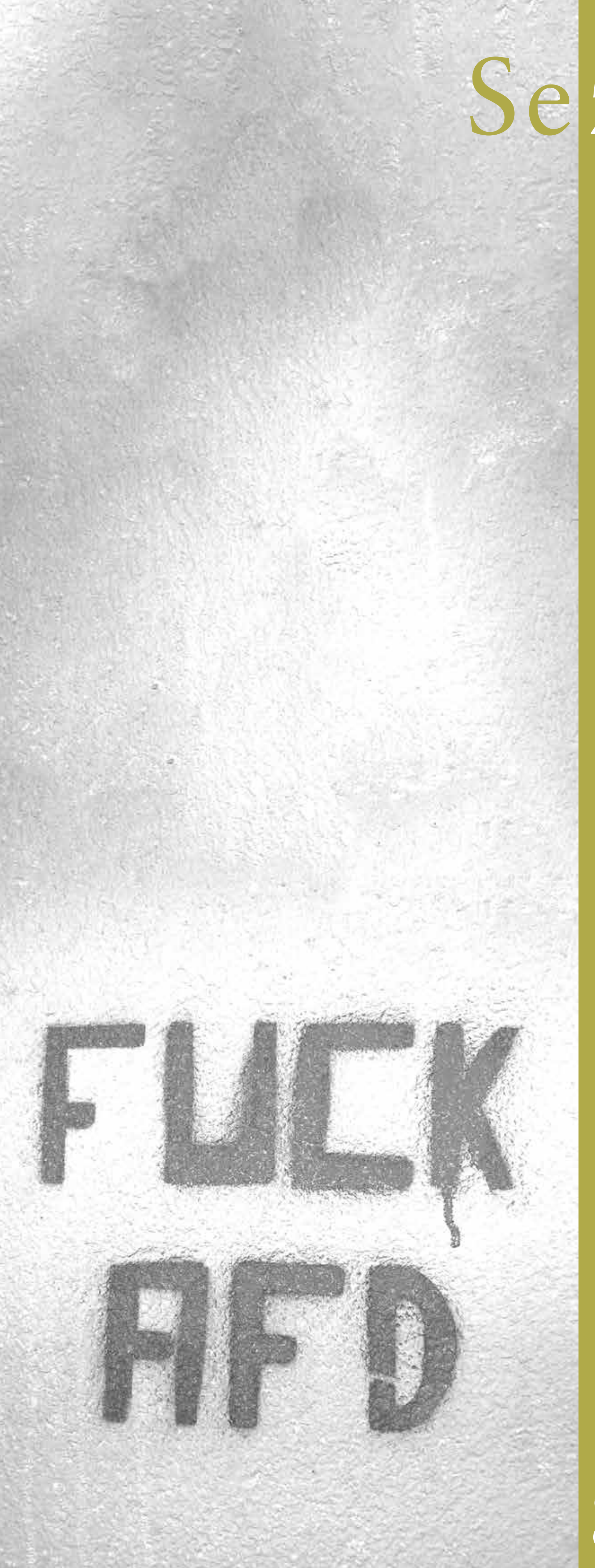


Sezession

Parteien-herrschaft

Jan Moldenhauer
AfD nach der Wahl

Ellen Kositza
Merkels Augenblick

Josef Schüßlburner
Partei und Demokratie

Nils Wegner
Parteienverbote

Thor v. Waldstein
Öffentliche Meinung

80

Oktober 2017
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Andreas Lichert und
Dr. Erik Lehnert (Vorsitzende)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositza,
Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und
Erik Lehnert

15. Jahrgang, Heft 80,
Oktober 2017

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

Manuskripte sind stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

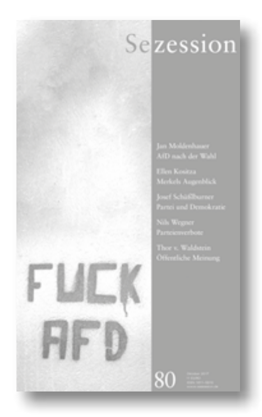
redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Eröffnungsstrategie

von Götz Kubitschek

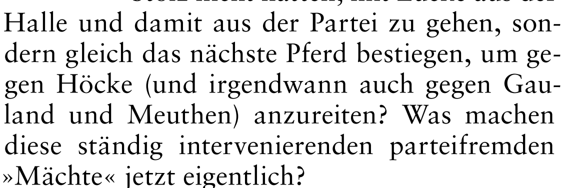
Wer ein Bild gesucht hat, das zeigte, wie die AfD und unser ganzes widerständiges Milieu nicht sein dürften: In Frauke Petrys Abgang aus Ämtern und Partei liegt es nun vor. Selbst ihre Parteigänger sind geschockt von der Infamie und der Berechnung, mit der diese Frau vierundzwanzig Stunden nach der Wahl ihre Wähler zu nützlichen Idioten erklärte und alles unter Beweis stellte, was ihre parteiinternen Kontrahenten schon immer über sie berichteten: daß sie egomanisch, eiskalt und hinterhältig sei, zur Zusammenarbeit völlig unfähig, bar jeden Ideals und mit einem zynischen Blick auf die Wähler ausgestattet, die für sie nicht mehr als Verfügungsmasse oder Hindernis sind, je nachdem.



Der Wahlkreis 158 (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) hat Petry mit 35,5 Prozent ein Direktmandat beschert und einen großen Anteil daran, daß die AfD noch vor der CDU in Sachsen zur stärksten Kraft wurde. Kositza und ich kennen aus Pirna und Umgebung Unternehmer, Handwerker, Ottonormalbürger, die für eine kaum präsente Petry dennoch den Wahlkampf führten, wissend, daß diese Partei mehr ist als ihre Vorsitzende. Wir haben auf PEGIDA-Spaziergängen Leute aus dieser Region kennengelernt, die fünf Euro in die Spendentrommel steckten, obwohl sie mit nicht viel mehr als 1000 Euro im Monat zurechtkommen müssen, und es gibt unter ihnen viele, die als Wähler verloren waren für dieses Land, aber zurückkehrten, weil sie noch einmal über die Bedeutung ihrer Stimme und einer vielleicht tatsächlich alternativen Partei nachgedacht hatten.

Diesen Menschen hat Frauke Petry am Tag nach dem bundesweit passablen, für sie persönlich triumphalen Ergebnis ins Gesicht gerotzt, hat sie ausgelacht, bloßgestellt, im Stich gelassen, weil sie und ihr Mann Marcus Pretzell nun mit den Gehältern eines Europaabgeordneten und eines Bundestagsmandats samt Privilegien, Vergünstigungen und Mitarbeiterpauschalen ihre bankrotte Existenz sanieren und in Seelenruhe für die Jahre danach planen können. Daß sie nun eine »bundesweite CSU« planen, Macrons Aufstieg samt schlanker Struktur als Vorbild preisen und vielleicht sogar den nichtexistenten Rest der AfD-Ausgründung Bernd Lukkes samt Lucke persönlich einsammeln wollen: Theater, Gewäsch, allenfalls für AfD-Gegner aus dem Establishment interessant als mögliches Hebelchen kurz nach der Wahl und nur so lange, bis das Stemmeisen an aussichtsreicheren Rissen angesetzt werden kann.

Was machen jetzt eigentlich all jene Herausgeber und Vordenker, die zuerst auf Lucke, Starbatty und Henkel gesetzt hatten (seltsam genug, diese Parteilichkeit) und mit einer etwas (also kaum) nationaleren zweiten FDP als einem besser aufgestellten Mehrheitsbeschaffer für Merkel zufrieden gewesen wären? Die vor dem entscheidenden Parteitag in Essen 2015 für Lucke trommelten, bis die Handflächen glühten? Die dort sogar anreisten, um sich an Delegiertengrüppchen heranzuschleichen und Stimmung gegen Petry und den sie stützenden Höcke-Flügel zu machen? Die den Stolz nicht hatten, mit Lucke aus der Halle und damit aus der Partei zu gehen, sondern gleich das nächste Pferd bestiegen, um gegen Höcke (und irgendwann auch gegen Gauland und Meuthen) anzureiten? Was machen diese ständig intervenierenden parteifremden »Mächte« jetzt eigentlich?



Denn wieder saßen diese Trompeter der »politischen Klugheit«, des »Augenmaßes«, der »Bescheidenheit« und anderer Spaltungs- und Ausgrenzungsbegriffe auf dem falschen Pferd – was für ein Lucke-Déjà-vu am Montag nach der Wahl! Werden sie endlich mit ihrer Stute gehen und die Neugründung einer Art »bundesweiter CSU«, einer deutschen »Macron-Kopie« auf dem Fundament düpierter Wähler wohlwollend begleiten? Oder suchen sie sich das nächste Roß im Stalle der AfD aus, um vom Sattel aus den unbeirrt und anständig den Karren ziehenden Höcke-Troß zu beschimpfen, zu bekämpfen, vom Pfad zu drängen? Jede Wette auf letzteres!

Es ist, als ginge es um eine Partie Schach: Wir fordern heraus, aber der Gegner wollte nicht, warf die Figuren um, jahrelang. Jetzt ist die Aufstellung komplett, die Dame fehlte noch, seit dem 24. September steht sie, ist auch am Montag danach nicht umgekippt. Wie wird unser Milieu eröffnen, jetzt, wo die Partie endlich beginnen kann? Schon wieder mit einer Strategie, die von vornherein auf einen Handschlag mit dem Gegner aus ist? ■

Merkels Augenblick

von Ellen Kositza

Nach der Wahl ist vor der Wahl! Die Christdemokraten haben es zumindest plakattechnisch leicht: Das mild-sorgende Antlitz der Hauptkandidatin altert schon seit vielen Jahren nicht, und »erfolgreich« ist – wie »Deutschland« – bekanntlich ein extrem dehnbarer Begriff: Man kann so oder so viel reinpacken.

»Der beste Platz für Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen«. Himmelhilf, er hat »entfernen« gesagt und »Politiker« gemeint! Anno dazumal, jedenfalls zu Lebzeiten Loriots, ging ein derart flotter Spruch so durch. Google findet keine Treffer, die Loriot *und* »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« beinhalten.

Man weiß nicht recht, was man von Wahlplakaten halten soll. Haben sie je eine Wahlentscheidung beeinflußt? Über 50 Millionen Euro sollen in diesem Wahlkampf allein in Plakate geflossen sein. Hat eigentlich mal jemand (den Finanzmittelverbrauch mal außer acht gelassen – was könnte man mit 50 Millionen »sonst so« finanzieren?) den »ökologischen Fußabdruck« dieses Aufwands berechnet?

Sind Kugelschreiber mit Parteienlogo wirksamer? Luftballons? Kondome? Die Demoskopie weiß davon wenig. Es gibt keinen Bürger, der bekennte: »Als ich Frau Müllers nettes Gesicht zum siebten Mal lächeln sah, wußte ich, wo ich mein Kreuzchen zu machen habe. Beim vierten Plakat war ich mir noch unsicher.« Was bewirken dingliche Kundgebungen, Zeichensetzungen im öffentlichen Raum? Zum Graffiti-Phänomen hatte man gesagt, das seien Reviermarkierungen. Gleich einem Hund, der sein Bein hebt, werde damit angezeigt: Achtung! Mein Kiez! Hier ist der Bereich, in dem ich etwas gelte!

In Gebieten, wo Besitzlose und Habenichtse sich drängen, im urbanen Bereich also, gibt es daher viele Parolen, in Form von Schriftzügen, Aufklebern. Auf Großstadtampelmasten wird politisiert, daß die Schwarte kracht. Offenkundig zeitigt die wilde Aufkleberei einen gewissen Effekt. Wir alle kennen Irmela Mensah-Schramm, spätestens jedenfalls, seit ihre nun schon dreißig Jahre währende Tätigkeit in einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum gewürdigt wurde. Die 72jährige »junggebliebene Frau in Cargo-Pants und Trekking-Sandalen« *(Badische Zeitung)* hat wegen ihres Aufkleberentfernungstreibens und ihrer Übersprühungsaktionen schon Dutzende Anzeigen wegstecken müssen. Auch eine Kniescheibe hat sie sich gebrochen – als sie in einen Einkaufswagen stieg, um an einen Aufkleber an einer Supermarktwand zu kommen. Sie hält »rechte Parolen« im öffentlichen Raum für wirksam und gefährlich.

Könnte was dran sein: Anders als linke Sprüche richten sich »rechte« Botschaften an eine öffentlich marginalisierte und stigmatisierte Gruppe. Solche Aufkleber signalisieren: »Du bist nicht allein! Wir sind viele!«

Hier nun geht es um dieses Großplakat, das ohne Namensnennung der Porträtierten auskam. »Erfolgreich für Deutschland. CDU«. Klar, es ist Frau Merkel, das erkennen wir trotz Weichzeichner, trotz der widernatürlich angehobenen Mundwinkel und trotz der hochironischen Pose, »für Deutschland« zu sein.

Aber – Moment mal! Ich bin mit Kindern unterwegs von Schnellroda nach Naumburg. Kurz hinter Freyburg an der Unstrut fahren wir in einen Kreisel. Ein Abzweig führt in einen noch nie besuchten Stadtteil mit geheimniskrämerischem Ortsschild: »Die Gieren«. Wer giert? Nach was? Häuser sind nicht zu sehen. Das Internet schweigt sich aus über den seltsamen Namen. Die direkt umgebenden Gemarkungen tragen ebenfalls Bezeichnungen, die man im *Herr der Ringe* verorten möchte: »Tote Täler«, »Schweigeberge«. Rätselhaftes Land.

Zwischen den Kreiselabfahrten Richtung Naumburg und »Die Gieren« hatte die CDU zur Bundestagswahl nun ein Plakat mit dieser überlebensgroßen Bundeskanzlerin aufgestellt. (Kostenfaktor: knapp 500 Euro – man google einmal »Kosten Grenzzaun«.)

Die Kinder geben ihrem Staunen Ausdruck: »Fahr noch mal rum! Was ist *das* für ein dämonischer Blick? Das gibt's doch nicht! Das muß doch jeder sehen, wie teuflisch die guckt!« In der Tat. Die markanten Einkerbungen im Merkelgesicht (die in der Schönheitsmedizin tatsächlich »Marionettenfalten« heißen) haben sie weggefiltert, auch anderes wurde retuschiert. Aber wie konnte den Plakatdesignern dieser stechende Blick entgehen? Es war mir selbst nie aufgefallen, dieses geradezu zombiehafte Erscheinungsbild! Gut, wir kreiseln noch eine Runde. Hal-



ten vor dem Plakat. Aaah! *Das* ist es! Da waren Bengel zugange, die in beide Merkelpupillen ein identitäres Lambda geklebt haben! Und die Stikker paßten offenkundig genau! Was für ein Effekt! Genial!

Später der Rückweg nach Schnellroda, wieder der Kreisel. Ein Auto steht da, eine Frau hält ihr Telephon aus dem Fenster und photographiert. Wer waren die Plakattäter? Gut: 23,4 Prozent der Stimmen gingen in diesem Wahlkreis an die AfD, man konnte es ahnen. Aber: Gäbe es eine identitäre Gruppe in Freyburg, wüßten wir davon. Es muß da ein subversiver Einzeltäter unterwegs gewesen sein. *Du bist nicht allein!*

Das paßt zu einer anderen Beobachtung. Jüngst war der Außenbereich des örtlichen Gymnasiums (anderer Wahlkreis) mit ähnlichen Aufklebern gepflastert. Die »Juniorwahl« der großen Schule hatte vier [sic!] Stimmen für die AfD ergeben, alle persönlich bekannt. Niemand von denen (einigermaßen glaubhaft versichert) betätigte sich je als Stickerkleber. Eine Art Geheimes Deutschland scheint hier zugange zu sein. »Gewonnen« bei dieser Probe- und Anlaufwahl haben übrigens »Die Grünen«, gefolgt von »Die Linke«. Die Sozilehrer dürfen sich auf die Schulter klopfen! Steht also fest: Die Alten wählten etabliert, die junge Intelligenz (naja: die Gymnasiasten) links.

Wo soll das hinführen? Und warum wählen die Begabteren (oder auch nur die Statussichereren) im Schnitt eher *nicht* rechts? Der Sozialwissenschaftler Manfred Kleine-Hartlage (*Warum ich kein Linker mehr bin,* Antaios-Bestseller 2012) hat sich gründlich mit dieser Frage beschäftigt. Erstens, »da der Mensch Konformist ist, will er – wenigstens durch ideologische Teilhabe – zu den seriösen Eliten gehören und schaltet zu diesem Zweck auch gerne den gesunden Menschenverstand ab.« Eine psychologische Bestechung – man will ja zu den offiziös »Guten« zählen – kommt hinzu, und die »geistige Korruption« ist in trockenen Tüchern.

Des weiteren sei Linkssein ein Distinktionsmerkmal zu »denen da unten.« Jede Putzfrau weiß, daß die Rede von Bereicherung-durch-Massenimmigration, von Genderexperimenten und Inklusion Bullshit ist. »Wie und warum schaffen die Linken es, so viele Menschen solche Dinge glauben zu lassen, von denen doch jede Putzfrau weiß, daß die Unfug sind? Nun, genau deshalb, weil jede Putzfrau das weiß! Wenn die Putzfrau nämlich sagt, daß der Regen von oben nach unten fällt, dann kann sich der, der das Gegenteil behauptet, eben dadurch als Intellektueller ausweisen.«

Relativ fest steht: Rund drei Millionen Deutsche, die dieses Jahr noch wahlberechtigt waren, werden es in vier Jahren nicht mehr sein: Im Jenseits gibt es keine Wahlscheine. Statistiken bestätigen: Die Alten wählen das Vertraute. Sie haben ihr Kreuzchen überproportional häufig bei der SPD und den Unionsparteien gemacht. Was wächst nach, wenn die Alten tot sind und die Jungen das Wahlalter erreichen? Wie sehr wächst der Verstand bis zum Abituralter?

Insofern: Sehen wir in dem Merkelschen Augenblick zwischen »Die Gieren« und »Freyburg« (ach, diese sprechenden Namen!) eine große Hoffnung glimmen. Die glutäugige Dauerkanzlerin hing übrigens eine Woche lang. Eine Woche vor dem Urnengang (noch so ein hübsches Wort) wurde das Großplakat erneuert. Eine Woche später wurde es entsorgt, vielmehr wohl: verwahrt. Alles sieht aus wie immer. Fast. Es steht dort eine Weide, leicht krüppelig geschnitten, Dilettanten waren am Werk. Sie treibt gerade, im Frühherbst, zur Unzeit, Kätzchen aus. Es ist klar, daß sie erfrieren werden, bevor sie aufblühen. Die Weide wird andermal wieder lospowern. Es ist übrigens keine Trauerweide. »Meyn Geduld hat Ursach.« ■

Die AfD der Wahl: Machtfragen, Richtungsdebatten, Strategiefindung

von Jan Moldenhauer

Am 24. September hat der *Demos* gesprochen und mit der AfD zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine echte Oppositionspartei in den deutschen Bundestag gewählt. Dem angesichts widriger Umstände achtbaren Ergebnis ist ein turbulentes und von innerparteilichen Stürmen geprägtes Wahljahr vorausgegangen, das mit dem bevorstehenden Bundesparteitag im Dezember seinen Abschluß finden wird.

Rückschau: Ausschlußverfahren und Strategiedebatten

Rückblickend begann das Wahljahr 2017 mit der Dresdner Rede von Björn Höcke am 17. Januar und dem darauf folgenden, von Frauke Petry forcierten und machtpolitisch motivierten Beschluß eines Parteiausschlußverfahrens gegen den Thüringer Landesvorsitzenden durch Teile des Bundesvorstandes am 13. Februar. Für eine machtpolitische Motivation spricht nicht zuletzt der Umstand, daß sich in der Causa Höcke mit Frauke Petry ausgerechnet jene Person als treibende Kraft erwies, die noch wenige Monate zuvor gefordert hatte, der Begriff des »Völkischen« müsse nunmehr wieder positiv besetzt werden.

Als sei das nicht genug des innerparteilichen Schadens gewesen, brachen die Bundesvorsitzende und ihr Ehegatte mittels eines »Zukunftsantrages« wenige Wochen vor dem Bundesparteitag am 22. und 23. April zur Unzeit eine Debatte über eine sogenannte »realpolitische« und eine angebliche »fundamentaloppositionelle« Strategie vom Zaun, zwischen denen sich die Parteibasis zu entscheiden habe. Dabei handelte es sich nach der Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen Björn Höcke um eine neuerliche politische Eselei sondergleichen, birgt doch eine Debatte über die strategische Ausrichtung einer Partei immer auch Spaltungspotential in sich. Vor diesem Hintergrund trafen die Delegierten auf dem Bundesparteitag eine weise Entscheidung und strichen den »Zukunftsantrag« völlig zu Recht von der Tagesordnung.

Statt nun das Votum der Delegierten zu akzeptieren und vor allem zu respektieren, fuhr das gedemütigte dynamische Duo Petry und Pretzell nach dem Parteitag mit dem verantwortungslosen Gerede vom drohenden Rechtsruck und einem notwendigen »realpolitischen Kurs« fort und brachte die AfD damit im Vor-Wahlkampf ohne Not in schweres Fahrwasser.

Lageanalyse: innerparteiliche Bruchlinie

In diesem Kontext stellt sich die Frage, was genau das Lager um Petry und Pretzell unter der »realpolitischen Option« versteht. Eine Auswertung der Aussagen selbsternannter Realpolitiker läßt den Schluß zu, daß diese danach trachten, schnellstmöglich politische Gestaltungsmacht zu erlangen – und zwar um jeden Preis. Daß die AfD dabei absehbar zu einem Bestandteil des Altparteiensystems werden und ihres Markenkerns verlustig gehen könnte, wird billigend in Kauf genommen. Ein Beispiel: In

Nordrhein-Westfalen wurden im Nachgang zur dortigen Landtagswahl im Mai 2017 von Teilen der AfD-Landtagsfraktion ernsthafte Überlegungen angestellt, den CDU-Multikulturalisten und Merkel-Apologeten Armin Laschet – natürlich als realpolitischen Akt – zum Ministerpräsidenten zu wählen. Erst nach heftigen Interventionen seitens der Bundesebene lenkte das Pretzell-Lager schließlich ein. Letztlich ebnet der propagierte realpolitische Weg also den Pfad hin zu einer mehrheitsbeschaffenden FDP 2.0. Im Ergebnis würde eine solchermaßen entkernte AfD ihr Alleinstellungsmerkmal und damit ihre Existenzberechtigung im deutschen Parteienspektrum verlieren.

Demgegenüber propagiert der nationalkonservative Flügel der AfD keinesfalls einen »fundamentaloppositionellen«, sondern vielmehr einen bewegungspolitischen Strategieansatz. Einerseits soll die Bewegungspartei AfD die Systemparteien aus der Opposition heraus und auf der Straße vor sich hertreiben. Gleichzeitig wird die Erlangung politischer Gestaltungsmacht angestrebt, allerdings nur zu eigenen Bedingungen und keinesfalls zu den Bedingungen des Altparteienkartells.

Selbstverständlich beinhaltet der bewegungspolitische Ansatz sachpolitische Elemente. Diese Tatsache läßt sich unschwer am Beispiel der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt illustrieren: In den nunmehr 18 Monaten ihres Bestehens hat die von André Poggenburg geführte Fraktion nicht nur zahlreiche Gesetzesentwürfe erarbeitet und hunderte Kleine Anfragen gestellt, sondern auch maßgeblich zum Rücktritt des CDU-Landtagspräsidenten Güssau und des SPD-Wirtschaftsministers Felgner beigetragen. Außerdem hat die Fraktion einen Untersuchungsausschuß zur Korruptionsbekämpfung sowie Enquete-Kommissionen zur Stärkung direkter Demokratie und zur Bekämpfung des Linksextremismus eingesetzt sowie einen alternativen Haushaltsentwurf eingebracht. Des weiteren ist es mehrfach gelungen, Keile in die CDU-Fraktion und die mittlerweile zerstrittene Kenia-Koalition zu treiben.

Analog zur Sachpolitik in den Ausschüssen und Plenarsitzungen findet indes auch eine Vernetzung mit dem vorpolitischen Raum statt. Mitglieder der Landtagsfraktion sprechen auf PEGIDA-Demonstrationen in Dresden, treten bei Akademien des Instituts für Staatspolitik auf oder besuchen die Einweihungsfeier für das Hausprojekt der Bürgerinitiative »Ein Prozent« in Halle. Auf die unabdingliche Rollenhygiene wird dabei stets geachtet.

Dementsprechend gelangt eine unlängst erschienene Studie der Otto-Brenner-Stiftung mit dem Titel *Die AfD vor der Bundestagswahl 2017* in bezug auf das Wirken besagter Landtagsfraktion zu folgendem Befund:

»Der mitgliederstärksten AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt ist es trotz interner Konflikte am erfolgreichsten gelungen, als Oppositionskraft landespolitische Akzente zu setzen und vor allem die CDU – und damit auch die Kenia-Koalition insgesamt – herauszufordern. Während die AfD-Fraktion die landesparlamentarische Bühne einerseits für teils radikale politische Vorstöße nutzte, erzeugte sie andererseits mit plakativen Brüchen der parlamentarischen Gepflogenheiten Aufmerksamkeit und schrieb auf diese Weise ihr Selbstverständnis als außerparlamentarische Bewegungspartei fort.«

Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u.a.: *Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition* (= *OBS-Arbeitsheft* 91), Frankfurt a.M. 2017.

Während also der sogenannte realpolitische Ansatz das Heil der Partei in der Annäherung und Anbiederung an das politische Establishment sieht und, konsequent zu Ende gedacht, unweigerlich im Etablierten endet, sieht der bewegungspolitische Ansatz *keine* Alternative im Etablierten. Vielmehr strebt die bewegungspolitische Ausrichtung nach einer grundlegenden Neugestaltung der politischen Landschaft inklusive der Beendigung und Rückabwicklung linksliberaler Gesellschaftsexperimente und also nach einer Politik, die *für* und nicht *gegen* Deutschland und sein Staatsvolk gerichtet ist.

Die bereits bemühte Studie der Otto-Brenner-Stiftung kommt außerdem – unter Verwendung unvermeidlicher politischer Kampfbegriffe – zu dem Befund, daß sich der bewegungspolitische Ansatz des nationalkonservativen Parteiflügels um die Galionsfiguren Alexander Gauland, Björn Höcke, Andreas Kalbitz, André Poggenburg und Hans-Thomas Tillschneider innerparteilich zunehmend durchsetzt: »Überdies versucht die AfD, völkische Vorstellungen öffentlich zu rehabilitieren. Zunächst von den ostdeutschen Landesverbänden offensiv vertreten, öffnet sich

die gesamte Partei gegenwärtig immer stärker in Richtung eines ›völkisch-autoritären Nationalismus‹ mit geschichtsrevisionistischen Zügen, der mittlerweile auch in den westdeutschen Bundesländern zusehends enthemmt propagiert wird. [...] Durch die AfD haben sich die roten Linien der politischen Kultur fraglos verschoben, was man als AfD-Effekt verbuchen kann.«

Wir halten fest: Die real existierende innerparteiliche Bruchlinie der AfD verläuft nicht zwischen »realpolitischen« und »fundamentaloppositionellen« Kräften, sondern vielmehr zwischen bewegungspolitischen Idealisten und Karrieristen im realpolitischen Schafspelz.

Blick nach vorn: Alternative Mitte – macht Petry den Lucke?

Die metapolitisch induzierte und durch den nationalkonservativen Flügel der AfD implementierte kontinuierliche Verschiebung des BRD-Diskursfensters ist innerparteilichen Karrieristen, die schnellstmöglich im politischen Establishment ankommen und also dauerhaft an die politischen Futtertröge andocken wollen, freilich ein Dorn im Auge. Mitten im Wahlkampf gründete sich die sogenannte Alternative Mitte (AM), deren Gründungslegitimation und Ausrichtung an den »Weckruf« von Bernd Lucke erinnert. Aus dem »Weckruf« ging nach dem AfD-Bundesparteitag in Essen im Juli 2015 die AfD-Abspaltung ALFA hervor, die mittlerweile im Nirvana politischer Bedeutungslosigkeit verschwunden ist. Das bekannteste Gesicht der AM ist das relativ unbekannte Bundesvorstandsmitglied Dirk Driesang. Unterstützt wird die Gruppierung allerdings von Markus Pretzell (»Ich bekenne mich vollständig zu den Idealen der AM.«) und Frauke Petry, die Gerüchten um eine etwaige neuerliche Abspaltung wiederholt Nahrung gegeben hat. Bereits vor dem Bundesparteitag in Köln berichtete der *Münchner Merkur:* »Sollte es ihnen bis Herbst nicht gelungen sein, die AfD auf einen realpolitischen Kurs zu zwingen und Höcke aus der Partei zu drängen, haben die Anhänger des Petry-Lagers deshalb offenbar einen Plan gefasst. Sie wollen nach der Bundestagswahl mit ihren Abgeordneten die AfD-Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen verlassen und eine neue Partei gründen. [...] Sowohl Petry als auch Pretzell wollten die Pläne auf Anfrage nicht kommentieren.« Und am 13. September, also keine zwei Wochen vor der Bundestagswahl, antwortete Petry auf die Frage der *Neuen Zürcher Zeitung,* ob sie unabhängig davon, welche AfD-Kandidaten in den Bundestag einziehen, in der neuen AfD-Fraktion sitzen werde: »Na ja, lassen Sie uns einmal abwarten, wie das Wahlergebnis am 24.9. aussieht, bis all die Mandate gezählt sind, und dann reden wir ab dem 25.9. darüber, wie es in der AfD weitergeht.« An diesem 25.9. verkündete Petry dann im Rahmen der Bundespressekonferenz, daß sie der neuen AfD-Bundestagsfraktion trotz ihres Direktmandats nicht angehören werde. Spitzenpolitiker der AfD forderten sie in den Stunden danach auf, die AfD zu verlassen. Petry und mit ihr Pretzell kündigten diesen Schritt tatsächlich für die kommenden Wochen an.

Marcus Bensmann: »Nach Petry-Rückzug: Die AfD erneut vor der Spaltung?«

merkur.de vom 18. Juli 2017.

Die Parallelstruktur ist damit aber nicht vom Tisch. In der Einladung zur »Deutschlandtagung der Alternativen Mitte« am 3. Oktober 2017 steht zudem zu lesen: »Auf dem Bundesparteitag im Dezember wird sich der weitere Werdegang der AfD entscheiden. Verliert die AfD dann die Anschlussfähigkeit an weite bürgerliche Kreise, so ist das Ende absehbar.«

Die Frage, ob es zu einer neuerlichen Abspaltung von der AfD kommen wird oder nicht, wird spätestens nach dem kommenden Bundesparteitag abschließend beantwortet werden können. Unabhängig davon zeigt die Geschichte der Partei, daß die Abspaltung der neoliberal-transatlantischen Kräfte um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel im Jahre 2015 keinen nachhaltigen Schaden hinterlassen hat. Damals konnte der Aderlaß in Form von einigen tausend Mitgliedern relativ problemlos kompensiert werden. In der Folge wurde die AfD nicht – wie von den Luckisten angedacht – zur systemintegrierten Mehrheitsbeschafferpartei der CDU, sondern bewahrte sich einen Mangel an Versöhnung mit den BRD-Funktionseliten. Häutungsprozesse der jungen Partei können für deren weiteren Werdegang also durchaus eine nutzenstiftende Wirkung entfalten.

»In der AfD sind Wölfe unterwegs«, stellte der CSU-Spitzenkandidat Joachim Herrmann in einem im September geführten Wahlkampfinterview fest. Zwei der Rudelführer haben sich gerade selbst erledigt. ■

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Steffen Dietzsch, 1943, lehrte Philosophie in Berlin und Leipzig. Er ist seit 2007 Direktor des Kondylis-Instituts für Kulturanalyse und Alterationsforschung (Kondiaf) der FernUniversität Hagen.
Denkfreiheit. Über Deutsche und von Deutschem, Leipzig 2016

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.
Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Querfront, Schnellroda 2017

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Das war's. Diesmal mit Kindern, Küche, Kritik, Schnellroda 2017

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg:) *Deutsche Daten,* Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs,* Schnellroda 2017

Dr. Frank Lisson, 1970, schreibt als freier Philosoph Prosa, Essays und Sachbücher.
Weltverlorenheit. Über das Wahre im Wirklichen, Wien 2016

Dr. Jan Moldenhauer, 1980, studierte Wirtschaftswissenschaften in Köln, London und Liverpool. Er arbeitet als Assistent des Fraktionsvorstands und als leitender Referent für die AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt.
The Impact of Peak Oil on Globalisation, Liverpool 2013

Josef Schüßlburner, 1954, ist Jurist und Regierungsdirektor in einem Bundesministerium.
»Verfassungsschutz«: Der Extremismus der politischen Mitte, Schnellroda 2016

Martin Sellner, 1989, studiert in Wien Philosophie (BA) und Rechtswissenschaften. Politisch aktiv als Leiter der Identitären Bewegung Wien.
Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2015

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er arbeitet für den Verlag Antaios.
Die deutsche Geschichte geht weiter … Die Brüder Marcel und Robert Hepp und ihr politischer Weg in den 1950er und 1960er Jahren, Berlin 2015

Dr. Dr. Thor v. Waldstein, 1959, studierte Rechtswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie und arbeitet als Rechtsanwalt.
Die entfesselte Freiheit. Vorträge und Aufsätze, Schnellroda 2017

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und freier Journalist.
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Annäherung an den Scheinriesen

von Götz Kubitschek

Herr Tur Tur ist eine Figur aus Michael Endes Büchern um Jim Knopf und Lukas, den Lokomotivführer. Herr Tur Tur lebt einsam in einer Wüste, er hat sich dorthin zurückgezogen, denn die Menschen erschrecken, wenn sie ihn sehen. Das hat nichts mit seinem Charakter zu tun: Herr Tur Tur ist ein friedlicher, empathischer, einfühlsamer Mann, wenn man ihn kennenlernt. Niemals würde er einem Geschöpf etwas zuleide tun. Aber er ist ein Scheinriese, und das bedeutet: Aus der Ferne *wirkt* er wie ein Riese, und nur sehr selten überwindet jemand seine Angst, nähert sich ihm – und stellt fest, daß dieser Scheinriese ein ganz normaler Mensch ist, wenn man neben ihm steht und mit ihm spricht. Über seine selbstgewählte Einsamkeit ist Herr Tur Tur recht traurig, denn eigentlich ist er ein geselliger Kerl, einer, der nützlich sein möchte für die Gesellschaft. Vielleicht (mag sich Michael Ende gedacht haben) würde alles anders, wenn einmal jemand die Geschichte Tur Turs aufschriebe und sie denen zu lesen gäbe, die sich vom Schein trügen (und das heißt: abschrecken) lassen.

»Deshalb sage ich, ich bin ein Scheinriese. Genauso, wie man die anderen Menschen Scheinzwerge nennen könnte, weil sie ja von weitem wie Zwerge aussehen, obwohl sie es gar nicht sind.«

Michael Ende: *Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer,* 1960.

Es gibt mindestens ein Dutzend Bücher, die sich mit uns und unserem Milieu beschäftigen – manche Autoren nähern sich nur schriftlich an, manche mit vorgefaßter Meinung, andere suchen uns tatsächlich auf, suchen das Gespräch, um vielleicht etwas von jenen Theorien und den vielen Begriffssetzungen und Bildern zu finden, mit denen ausgerüstet nun auch im Bundestag »Politik für das Volk« gemacht werden soll. Ellen Kositza hat diese Literatur und ihre Autoren in einem Text einmal grob unterteilt:

- Es gibt die, die nichts wissen, nichts gelesen haben und dennoch laut plärren; Heiko Maas (*Aufstehen statt wegducken. Eine Strategie gegen Rechts*, 2017), Ralf Stegner (mit einem Aufsatz im Sammelband *AfD – bekämpfen oder ignorieren* vertreten, 2016) und Konsorten. Dergleichen ist nicht der Rede wert.
- Dann haben wir die, die sehr wenig lesen, Fundstücke aus dem Internet zusammensammeln und daraus ein Alarmtütchen basteln, das vor allem auf den Autor selbst aufmerksam machen soll. Liane Bednarz wäre so ein Fall (*Gefährliche Bürger,* 2015). Sie existiert als Publizistin so, wie ein Groupie existiert, das seinem Star hinterhersteigt.
- Es gibt des weiteren solche, die in einen Austausch treten und aufmerksam zuhören. Sie tun dies, um daraus eine Agenda zu stricken, die in einem einzigen Satz sich bündelt und dann als Essenz auf allen Kanälen, vor allem denen der Öffentlich-Rechtlichen, vorgetragen wird: »Diese Rechten haben einfache Antworten auf komplexe Fragen.« Prominenter Vertreter: der Soziologe Armin Nassehi (*Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind*, 2015).

- Es folgen diejenigen, die viel lesen, wenig fragen, ihr Weltbildchen schon fertig zusammengezimmert haben und sich schreibend nur noch um ein paar furchterregende Adjektive bemühen müssen: Andreas Speits *Bürgerliche Scharfmacher* (2016) ist nachweislich ein Verkaufsflop. Indes: Vor allem dem Scharfmacher Speit, das sei erinnert, haben wir den Bestsellerstatus von Rolf Peter Sieferles *Finis Germania* zu verdanken. Leute wie er treten zuverlässig auf jede Mine, die man auslegt.
- Kommen wir zu denen, die nichts fragen und keinen Kontakt suchen (also auch nicht zuhören möchten), aber dies und das lesen, vielleicht sogar viel lesen, aber eben mit der Kantenschere in der Hand: Es dominiert die denunziatorische Absicht, weil man die »Gefahr« der Auseinandersetzung wittert. Der stramm linke Publizist Volker Weiß (*Die autoritäre Revolte*, 2017) ging auf diese Weise vor. Er wird von diesem Buch noch lange zehren müssen, er ist sich selbst in die Falle gegangen.

All das sind keine »Annäherungsbücher« (wie wir die interessanteren Versuche bezeichnen), sondern Distanzbeschreibungen, die das Scheinbare entweder bereits zu kennen glauben und ihren Glauben wortreich unterfüttern wollen – oder aber um den Schein wissen und ihn sehr bewußt als das Wirkliche verkaufen und noch aufbauschen, weil nur ein solcher Popanz Interessierte davon abhalten könnte, selber einmal nachzuschauen. Liane Bednarz wäre demnach der zwanghafte, Speit der ungeschickte, Weiß der wissenschaftlich angehauchte und Maas der abgehobene Versuch, mit Fernwaffen das Ziel, uns, zu treffen. Weit gefehlt!

Zu den Annäherungsbüchern also, aber vorab noch eine Bemerkung: Die Leser sind weiter als die Publizisten. Sie sind entdeckungsfreudig, wohl auch geistig unterernährt, denn der Mainstream hat seine Lieferungen rationiert und verkauft abgenagte Knochen. Der Sieferle-Skandal (dessen Ausmaß im Sonderheft »Sieferle lesen« unserer Zeitschrift dokumentiert ist) hat unserem Verlag Zehntausende neuer Leser beschert, keine Sensationsleser, sondern solche, die bedächtiger sind und gründlicher darüber nachdenken, warum sie an Mangelerscheinungen leiden, wenn sie die *FAZ,* den *Spiegel,* ein Buch von Carolin Emcke oder von Navid Kermani verdauen. Wir lernen Leser kennen, die einmal komplett die Speisekarte hoch und wieder runter bestellen, die Empfehlungen erwarten und sich nach zwei Wochen mit präzisen Fragen zu einer erweiternden Lektüre auf diesem oder jenem Feld zurückmelden. Das dürfen, müssen dicke Bücher sein, harte Bretter, nicht das schmale Vernutzungswissen oder die Art Bestätigungsliteratur, deren Quintessenz auf ein Flugblatt paßt. Wir vermuten halbe Heerscharen von Lesern, die einen anderen (unseren!) geistigen Kontinent erkunden würden, wüßten sie denn, daß es ihn gibt. Und in jeder Oberstufenklasse, in jedem Germanistikseminar und in jeder Kompanie wären mindestens fünf junge Leute aufzufinden, die sofort begriffen, wonach sie suchten, gingen sie einen Schritt weiter, bloß einen Schritt. Der Zugang ist immer noch recht geschickt verstellt. Der Scheinriese, der Scheinriese, und das ist das Beklemmende: Die Leser sind weiter als die Publizisten, aber leider auch abhängig von ihnen, weil immer noch als Instanz gilt, wer den Zugang zu den Sendezeiten und Feuilletonspalten hat.

»Es ist keineswegs so, daß der Konservatismus, den ich vertrete, keine Anhänger hätte. Konservative finde ich nicht allein unter meinen Freunden und Bekannten, nicht allein unter namhaften Intellektuellen wie Rüdiger Safranski und Sibylle Lewitscharoff, Martin Mosebach oder Peter Sloterdijk, sondern auch unter den erstaunlich vielen Lesern, die meine diesbezüglichen Beiträge in der ›Zeit‹ zustimmend begleiten.«

Ulrich Greiner: *Heimatlos,* 2017.

ANNÄHERUNGSBUCH I: »Mein Konservatismus behauptet, dass es nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist, zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu unterscheiden«, schreibt da einer, und: »Ich bin entschieden gegenwartskritisch, in vieler Hinsicht modernisierungskritisch, und ich bin davon überzeugt, dass sich das jeweils Neue gegen das Erprobte zu rechtfertigen hat, und nicht, wie es derzeit der Fall ist, umgekehrt.«

Es ist der ehemalige Feuilletonchef der *Zeit*, Ulrich Greiner, Jahrgang 1945, der das schreibt. *Heimatlos. Bekenntnisse eines Konservativen* heißt sein Buch, und wäre es nicht vor ein paar Monaten, sondern vor zehn Jahren erschienen (als Greiner noch nicht in Rente war, sondern im Herzblatt der linksliberalen BRD Verantwortung trug), würden wir ihn begrüßen und für seine späte, aber wertvolle Einsicht loben. Aber zwei

Aspekte hindern uns daran. Zum einen eben dieses viel zu Späte, das so sehr nach einem Riecher für eine nahe Tendenzwende gen rechts riecht. Was vor zehn Jahren noch ein krasser Schritt war (seinen Kollegen öffentlich zu zeigen, daß man ab sofort gegen die Strömung zu schwimmen gedenke), ist heute noch nicht ganz, aber beinahe schon avantgardistisch, mindestens aber schon interessanter als die hilflose Verwendung des Gesinnungsbestecks von gestern.

Zum andern: »Der Konservatismus, der mir vorschwebt, ist kein politisches Programm, und schon gar nicht folgt er Armin Mohlers ›konservativer Revolution‹.« Und weiter, über PEGIDA: »Die Medien haben die teilweise bösen Exzesse, die dort sicht- und hörbar wurden, in den Vordergrund gestellt, ohne gebührend darauf aufmerksam zu machen, dass keineswegs alle, die sich vornehmlich in Dresden versammelten, rechtsradikal waren.«

Es ist dieser sortierende, abtrennende, überblickanmaßende Ton eines Dazustoßenden, der uns nicht gefallen kann, und mehr: der die bis zum Erbrechen mit Vorschußvernunft ausgestatteten »Gemäßigten« verstärkt, die Wohlfühl- und Wohlstandskonservativen über 60, die Fein- und Weinschmecker, deren Agenda erfüllt ist, wo man sie in ihrer konservativen *Homezone* in Frieden läßt. Die Annäherung der abgesicherten Besitzstandswahrer: ein neues Genre.

ANNÄHERUNGSBUCH II: Der Gründe, sich uns anzunähern, gibt es viele, und signifikant für diese frühe Phase der Kontaktaufnahme ist das Bemühen der Besucher, den Eindruck entlang der eigenen Kategorien zu verarbeiten. Greiner stieß mit seiner Expedition nicht besonders weit vor, und er berichtet nun, daß es sich auch gar nicht lohne, mehr als beschwichtigungskonservatives Neuland zu betreten. Sein Buch ist also zugleich ein Annährungsbuch und eine Grenzziehung. Mit uns reden will er nicht.

Mit Rechten reden. Ein Leitfaden lautet hingegen der Titel eines Buches, das gerade bei Klett-Cotta erschienen ist (neben den Büchern Ernst Jüngers also). Die Autoren Per Leo, Maximilian Steinbeis und Daniel-Pascal Zorn haben sich da etwas Seltsames vorgenommen. Sie reden nicht mit uns, sondern mit unseren Büchern, vor allem mit unserem Gesprächsband *Tristesse Droite,* der in zwei Auflagen erschien und Kultstatus errang. Man kann also nicht recht behaupten, daß in diesem neuesten unter den Annährungsbüchern bloß *über* uns geredet würde – es ist eher ein *Zu*-uns-Sprechen, eine Art Monolog von dreien, die auf ihrem Vorstoß ins Herz der Finsternis Dinge erlebt und Erfahrungen gemacht haben, mit denen sie nun fertigwerden müssen. Daß *Mit Rechten reden* an uns gerichtet ist, belegen nicht nur die Häufigkeit unserer Namensnennungen und die wechselnden Anreden, unter denen »verehrte Feinde« eines gewissen Spagatcharmes nicht entbehrt: Das Buch ist derart vollgestopft mit Anspielungen selbst auf entlegene Texte und atmosphärische Schnipsel aus unserem Kosmos, daß wohl nur wir selbst in der Lage sind, das alles zu entschlüsseln.

»Arschloch und Opfer sind durch eine notwendige Dynamik miteinander verbunden.«

Per Leo, Maximilian Steinbeis, Daniel-Pascal Zorn: *Mit Rechten reden,* 2017.

Mit Rechten reden ist keine wissenschaftliche Arbeit, sondern Literatur. Es gibt da einen »rechten Informanten«, der im Kongo war und am 30. Juni 2017 an Malaria verstirbt. Die Gespräche am Sterbebett sind eine Art politischer Beichte, Erzählungen surrealer Träume, in denen wir (»Nur die Rechten müssen die Härte des Gesetzes fürchten«) karikiert auftreten und in aller Unschärfe und Absurdität dennoch auf eine Art »getroffen« werden, wie das nur literarisches Schreiben vermag. Daß zumal Per Leo ein guter Stilist sei, hat Ellen Kositza in der Besprechung seines Romans *Flut und Boden* bereits vermerkt und ihn darüber hinaus für die Vielschichtigkeit und Ehrlichkeit seiner historischen Identitätsfindung gelobt. Etwas von beidem ist auch in *Mit Rechten reden* vorhanden, es mag an Leos Anteil liegen.

Dieses Buch gibt uns einiges zum Grübeln auf, denn es stellt die Frage, wohin wir mit unserer großen Erzählung, unserem Habitus, unserem Ansatz wollen. Leo und seine Mitautoren meinen, unsere Antwort auf unsere Frage gefunden zu haben, und das meint: auf eine Frage, die nur wir uns so stellen. Sie lautet, warum das, was wir erkannt zu haben glauben und zu unserer Lebensaufgabe machten, von so wenigen geteilt würde: »Die Rechten sind die Minderheit, die sich selbst Deutschland nennt. Und daran wollen sie um jeden Preis leiden.« Unser Mythos sei der vom »ewigen, unerlösten Opfer«, und darum könne, »wer nicht mit ih-

nen leidet, nur gegen sie sein. Aggressive Jammerlappen sind sie. Wehleidige Arschlöcher. Unerlöste, tatbereite Opfer.«

Das ist starker Tobak, das ist ein Frontalangriff, und zwar ein sauber ausgearbeiteter (was an den paar Zitatschnipseln von eben nicht deutlich wird, aber während der Lektüre des vollständigen entscheidenden Kapitels schon). Wir meinen aber, daß dieser Angriff ins Leere stößt. Wir sind schon weiter, waren vielleicht mal dort, wo die Leo-Steinbeis-Zorn-Granaten nun einschlagen, aber nur, weil die Opferrolle eine mögliche Verhaltenslehre war (und tatsächlich sind ein paar von uns in dieser Rolle aufgegangen). Nein, wir sind längst weiter.

Woran man das sieht? Auf der Buchmesse zum Beispiel betreiben wir einen recht teuren Stand in diesem Jahr, und weil das nicht unkommentiert bleiben kann, hat die Buchmessenleitung einen Aussteller schräg gegenüber davon überzeugt, seinen Stand an die Amadeu Antonio Stiftung abzutreten, um uns zu »konfrontieren«. Diese Stiftung, die noch nicht einmal ein Verlag ist (geschweige denn, daß sie verlegerischen Kalkulationen folgen müßte), soll den Stand geschenkt bekommen haben. Es wäre also genügend Material beisammen für eine szeneinterne Opfer- und Tränendrüsen-Kampagne, aber so sind wir eben nicht. Stattdessen vermuten wir: Es wird in Halle 3.1, Gang G, einen ziemlich peinlichen Stand geben, an dem fünf lange Messetage lang keine rechte Freude aufkommen dürfte. Unser Stand wird das nicht sein.

Wir wissen, daß mit diesen Anmerkungen das bisher literarischste Annährungsbuch nicht ausreichend gewürdigt ist. Vor allem über Rudolf Borchardts Frage nach »dem Deutschen« wäre zu sprechen, aber nicht jetzt und hier. Deswegen: Wer uns so intim zu kennen meint, mag sich jenen Wappenspruch zu eigen machen, der von den Purpurreitern auf uns kam und dessen Verwendung unser Privileg nicht ist: *meyn geduld hat ursach!*

ANNÄHERUNGSBUCH III: Kommen wir zu Thomas Wagner, diesem Publizisten aus dem Umfeld der *Jungen Welt,* der sich selbst als links versteht, unglaublich viel gelesen und für sein Buch *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten* mit sehr vielen Leuten gesprochen hat. Martin Sellner, Frank Böckelmann, Benedikt Kaiser, Alain de Benoist, Henning Eichberg und uns. Alle hat er aufgesucht, gut vorbereitet und mit Fragen entlang einer Sorge, die ihn umtreibt und die er sich auch mit seinem Buch nicht nehmen konnte: Verliert die Linke nicht nur Terrain, sondern gleich ganze Themenfelder an eine Neue Rechte, die mit den Methoden der 68er tief ins Fleisch jener neoliberalen Beute einschneidet, die man Diskurshoheit nennt?

»Wenn die Linke sich darauf besinnt, daß sie tatsächlich über die besseren Mittel zur Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit verfügt und wenn sie sich bemüht, ihre Erkenntnisse und Lösungsvorschläge so zu formulieren, daß sie auch von Nichtakademikern verstanden werden, hätte sie auch in der Auseinandersetzung mit einem Götz Kubitschek oder einem Marc Jongen wenig zu fürchten.«

Thomas Wagner: *Die Angstmacher,* 2017.

Wagners Buch ist das bisher lehrreichste, auch für uns. Wir saugen Nektar daraus, unser Bibliotheksexemplar ist voller Anstreichungen, und bis in konzeptionelle Gespräche hinein verwenden wir es als Steinbruch. Vielleicht muß *immer* einer von außen kommen und das ihm Fremde ordnen, damit man selbst das längst Selbstverständliche in anderer Struktur noch einmal neu kennenlernt – und darüber begreift, wo man nicht weiterbaute, obwohl es sich gerade dort lohnen könnte.

Wagner hat begriffen, daß wir derzeit jede Schlacht gewinnen, und daß ein hilfloses Establishment versucht, die Auseinandersetzungen von heute mit den Keulen von gestern zu entscheiden: mit Unterstellungen, Verleumdungen, Diffamierungen, mit Diskursverweigerung oder eben damit, daß ein kraftstrotzender Verlag auf der Buchmesse mit einer Denunziations- und Selbstbedienungsstiftung konfrontiert wird. Der Begriff der »offenen Gesellschaft« ist dadurch zu einem Synonym für »Abschließung« geworden – und, möchte man ergänzen, zu einem für »irrelevante Projekte«. Die Neue Rechte und ihr politischer Arm hingegen kennen die gefährliche Sattheit nahe der Irrelevanz noch längst nicht. Sie sind eine intelligente Herausforderung, und sie haben begonnen, im linken Revier zu wildern.

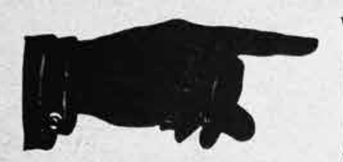
»Was nun?« möchte man in die Annäherungsgräben rufen. Skylla oder Charybdis? Den Scheinriesen herausstellen, weil man nicht möchte, daß die Angst vor ihm schwindet? Oder ihm nahe kommen, zu nahe treten, ihn entzaubern dadurch, zu dem Preis, daß noch viel mehr Leser, Leute, Wähler bemerken, was für ein netter Kerl in diesem Neuland wohnt? Dieser Weg – wird kein leichter sein. ■

Wählt Liste II

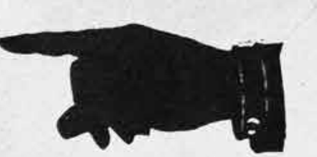
Dienstmädchen!

Hausangestellte!

Wählt Liste II



Keine Stimme der Liste I



Die Anhänger dieser Liste treten ein für die **Gesindeordnung** und damit für das Recht der Herrschaften, **die Dienstboten zu züchtigen!** Die Anhänger der Liste I haben **30 Jahre lang** den Dienstmädchen, ihren Schwestern und Müttern, die

Wöchnerinnenhilfe verweigert

und euch in der schweren Zeit der Entbindung in **Not und Elend** gestoßen. Diese Leute fordern **eure Herrschaften** auf, euch wie eine Schafherde gemeinsam zur Wahl zu führen und euch zu **zwingen,** nur die Liste abzugeben, die der **Herrschaft paßt.** Dienstmädchen, laßt euch nicht rechtlos machen! Folgt euren Freunden, die stets für euch eingetreten sind!

Die Frauen und Männer der **Liste II** haben euch

das Wahlrecht erkämpft
ein höheres Krankengeld erstritten
die Wöchnerinnen-Unterstützung gebracht

und werden euch befreien von der **unwürdigen Gesindeordnung** und zu **freien gleichberechtigten Menschen** machen. **Dienstmädchen!** Wählt alle die



LISTE II



Und wenn die Gegner, eure Feinde, auch sagen: die Frauen und Männer der Liste II sind lauter **Sozi** und ihr dürft **Sozi** nicht wählen, so antwortet: Wir wählen unsere **Freunde,** das sind die Leute der **Liste II:**

Ischinger Hans Weich Klara Schmidbauer Rupert

Gewerkschaftsverein München.

Autorenporträt Alexis de Tocqueville

von Michael Wiesberg

Kein Geringerer als der Philosoph Wilhelm Dilthey, der »Vater der Hermeneutik«, urteilte über das Werk von Alexis Comte de Tocqueville, daß er der »Analytiker unter den geschichtlichen Forschern seiner Zeit« sei, »und zwar unter allen Analytikern der politischen Welt der größte seit Aristoteles und Machiavelli«. Es war vor allem eine Arbeit, die Tocqueville bis heute zu einem Begriff macht, nämlich sein in den Jahren 1835 und 1840 in zwei Teilen veröffentlichtes Werk *Über die Demokratie in Amerika*, das bald auch aus dem Französischen in alle wichtigen europäischen Sprachen übersetzt wurde. Diese kritische Auseinandersetzung mit der Demokratie, deren Siegeszug er als unumkehrbar ansah, gehört heute zu den Klassikern der modernen Soziologie. Arnold Gehlen und David Riesman etwa erblickten in dem Amerika-Buch Tocquevilles die erste fundierte Analyse der egalitären Massendemokratie. Diese könne zu einem totalitären System entarten, zu einem »Despotismus neuer Art«, dessen Konturen in Anknüpfung an Tocqueville unter anderem der Historiker Jacob Talmon in seinen Arbeiten über die »totalitäre Demokratie« ausbuchstabiert hat.

Als Tocqueville seine subtilen Betrachtungen zu Papier brachte, herrschte der »Bürgerkönig« Louis-Philippe I., der nach der Julirevolution des Jahres 1830 auf den gestürzten letzten Bourbonen Karl X. folgte. Der studierte Jurist Tocqueville, der der *Petite noblesse,* dem Landadel der Normandie, entstammte, war in dieser Zeit Untersuchungsrichter am Gericht von Versailles. Ende der 1820er Jahre hatte er vom französischen Justizministerium den Auftrag erhalten, das Rechtssystem und die Reformen im Strafvollzug in den Vereinigten Staaten von Amerika zu untersuchen. Er trat die Reise nach Amerika, die von Mai 1831 bis Ende Februar 1832 dauern sollte, in Begleitung seines Freundes Gustave de Beaumont an, in dieser Zeit Prokurator des Königs am erstinstanzlichen Gericht in Versailles. Tocqueville und Beaumont hatten ihre »gefängniskundliche Amerikareise«, so der Politikwissenschaftler Matthias Bohlender, professionell vorbereitet und führten in den USA ihre Forschungsarbeit zum Beispiel anhand eines vorher erarbeiteten Fragerasters und mit der neuesten Interviewtechnik akribisch durch. Sie rezipierten Statistiken, Berichte und Register, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Ihr gemeinsames, Anfang 1833 veröffentlichtes Gutachten über das amerikanische Gefängniswesen wurde mit dem Prix Montyon der Académie française ausgezeichnet.

Dieses professionelle Vorgehen verdient deshalb eine etwas nähere Betrachtung, weil es auch Rückschlüsse auf ihre Urteilsfähigkeit im Hinblick auf die damals noch junge amerikanische Demokratie zuläßt, der ihr Privatinteresse galt. Er habe dort, so Tocqueville, ein Bild der reinen Demokratie gesucht: »Ich wollte sie kennenlernen, und sei es nur, um wenigstens zu erfahren, was wir von ihr zu erhoffen oder zu befürchten haben«. Beaumont und Tocqueville hatten die Ära der Präsidentschaft An-

»Wenn Ranke und seine Schule mit peinlicher Sorgfalt die Archive ausbeuteten, um das ganz Europa umspannende Geflecht diplomatischer Aktionen in der modernen Zeit zu erfassen, so dienen Tocqueville die Archive für einen neuen Zweck. Er sucht in ihnen das Zuständliche, das für das Verständnis der inneren politischen Struktur der Nationen Bedeutsame: seine Zergliederung ist auf das Zusammenwirken der Funktionen in einem modernen politischen Körper gerichtet, und er zuerst hat mit der Sorgfalt und Peinlichkeit des sezierenden Anatomen jeden Teil des politischen Lebens, der in der Literatur, den Archiven und dem Leben selbst zurückgeblieben ist, für das Studium dieser inneren und dauernden Strukturverhältnisse verwertet. Er hat die erste wirkliche Analyse der amerikanischen Demokratie gegeben.«

Wilhelm Dilthey: *Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften,* Frankfurt a.M. 1970.



Théodore Chassériau:
Alexis de Tocqueville, *1850*

drew Jacksons (Stichwort: *Jacksonian democracy*) vor Augen, in der Handel und Industrie boomten und die USA am Beginn einer ausgreifenden Phase der Expansion standen, die die Grenze *(Frontier)* nicht nur geographisch, sondern auch industriell und demokratisch immer weiter verschob. Jacksons Präsidentschaft wurde eher zwiespältig beurteilt, der Politiker als politischer Taschenspieler, aber auch als bürgernaher Politiker charakterisiert, in den insbesondere die »kleinen Leute« Vertrauen setzten.

Die beiden Franzosen trafen etliche Amerikaner von Rang und Namen; Tocqueville fertigte über diese Begegnungen bis hin zu wortwörtlichen Zitaten Aufzeichnungen an, und nicht nur Persönlichkeiten des »Establishments« in den Städten gehörten zu seinen Gesprächspartnern, sondern auch Siedler, Fallensteller oder Indianer. Seine Eindrücke legte er 1831 in dem Buch *Quinze jours au désert* (dt. *In der nordamerikanischen Wildnis* [1953] bzw. *Fünfzehn Tage in der Wildnis* [2013]) vor. Er porträtiert einen »kalten und leidenschaftlichen« Menschenschlag, »der mit allem handelt, Moral und Religion nicht ausgenommen; ein Volk von Eroberern«, das von einem Ziel besessen ist, nämlich dem »Erwerb von Reichtum«.

Ende Februar 1832 trafen Beaumont und Tocqueville wieder in Frankreich ein und legten in der Folge ihre richterlichen Ämter nieder. 1835 erschien dann der erste Teil der *Démocratie en Amérique* – das Buch gilt als Hauptwerk Tocquevilles und machte ihn mit einem Schlag bekannt. Im selben Jahr veröffentlichte er im übrigen auch eine Arbeit über *Das Elend der Armut,* die heute zu den Klassikern der Armutsforschung gezählt wird. Er geht hier das Phänomen der Massenarmut im Zuge der einsetzenden Industrialisierung mit der gleichen intellektuellen Schärfe an, die in seine berühmten Schriften auszeichnet, und beweist einmal mehr erstaunliche Weitsicht, wenn er kritisch die Folgen der gesetzlichen Armenunterstützung reflektiert, deren Effekte er zwiespältig beurteilt.

Tocqueville blieb nicht nur distanzierter Beobachter der politischen Verhältnisse: 1839 wurde er Mitglied der Nationalversammlung, nach der Februarrevolution 1848 Mitglied der Kammerkommission für die neue republikanische Verfassung und im Sommer 1849 war er sogar für fünf Monate Außenminister Frankreichs. Größere politische Spuren indes hinterließ er nicht; er selbst bekannte, als Denker »mehr wert« zu sein denn als »Täter«. Die letzten Jahren seines Lebens – er verstarb 1859 in Cannes – widmete er seinem unvollendet gebliebenen Alterswerk *Der alte Staat und die Revolution,* dessen erster Teil 1856 veröffentlicht wurde; die Arbeit gilt als erste soziologische Untersuchung zum *Ancien régime.* 34 Jahre nach seinem Tod erschienen 1893 Tocquevilles *Erinnerungen,* die vor allem um die Revolution von 1848, ihre Vorgeschichte und die Gegenrevolution kreisen. Zum Rang dieser nachgelassenen Aufzeichnungen, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit gedacht waren, schrieb Carl Schmitt, man erkenne Tocqueville am besten »in seinen Souvenirs«: Kein Historiker habe »etwas ähnliches aufzuweisen wie Tocqueville mit diesem wundervollen Buch.« Auch dieser Nachlaß unterstreicht seinen

Rang als scharfsinniger Beobachter der Zeitläufte, der auch winzigste Wahrnehmungsdetails reflektiert.

Die egalitäre amerikanische Demokratie, die Anfang der 1830er Jahre noch aus 24 Einzelstaaten bestand, faßte Tocqueville als eine Art Idealtyp der Demokratie auf, gelang es hier doch zum ersten Mal in der Geschichte, eine Demokratie in einem großen Flächenstaat zu etablieren, ein Gegenmodell zur alten ständischen Ordnung in Europa. Der Fokus der Betrachtung lag bei Tocqueville auf der Frage, was die französische Elite von der Demokratie in Amerika lernen könnte, um stabile Verhältnisse in Frankreich herstellen zu können. Bürgerliche Gleichheit, freie Wahlen der Repräsentanten des Volkes, das Engagement der Bürger in öffentlichen Angelegenheiten und Rechtssicherheit sowie die Frage, »wie der sich im Alltag manifestierende Geist der Gesetze die politische Ordnung prägt« (Karl-Heinz Breier), waren Säulen, die aus seiner Sicht auch in Europa Garanten für Stabilität sein könnten.

Im ersten Buch liefert Tocqueville eine Darstellung der institutionellen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Demokratie in Amerika, die aufgrund ihrer Verfassung und mittels lokaler Selbstverwaltung einen Ausgleich zwischen der Forderung nach politischer Mitbestimmung und dem Schutz vor staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre herzustellen vermöge. Föderalismus, dezentrale Verwaltung und intermediäre Instanzen sicherten in Amerika die Freiheit nach innen ab. Hieraus ergeben sich die Vorzüge, die Tocqueville herausarbeitet: Zum einen könnten Fehlentwicklungen, wie sie der französische Zentralismus hervorgebracht hatte, vermieden werden. Die begrenzte Amtsdauer gewählter Funktionsträger garantiere, daß Fehler korrigiert werden könnten; gegen die Anmaßungen der Regierenden gebe es institutionelle Sicherungen, der Bürgergeist werde durch vielfältige politische Teilhabe gestärkt. Nicht zuletzt werde etlichen Bürgern die Möglichkeit eröffnet, zu Wohlstand zu kommen.

»In der Egalität als solcher liegt nicht Machtabschwächung, sondern Machtverstärkung […] Diese Macht ist nicht nur dadurch besonders gefährlich für die Freiheit des Bürgers, daß in ihr eine Tendenz zur Selbstverstärkung liegt, sondern auch in der Unmerklichkeit, in der Allseitigkeit und in der Freiheitslegitimation ihrer Entfaltung – und all dies wird sodann zur Freiheitszerstörung eingesetzt.«

Walter Leisner: *Der Gleichheitsstaat.*

Dessenungeachtet kommt Tocqueville auch auf die Schwächen demokratischer Verfaßtheit zu sprechen, in deren Mittelpunkt das volatile Verhältnis von Gleichheit und Freiheit steht. Tocqueville arbeitet damit als einer der ersten, wenn nicht überhaupt als erster heraus, daß die Demokratie (die mit dem Anspruch einhergeht, die freieste politische Ordnung zu sein, da ihre Entscheidungsfindungsprozesse auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gleichgewichtung jeder Stimme fußen) Formen von Unfreiheit ausbilden könne, weil das Regieren im Namen der numerischen Mehrheit auf Kosten der individuellen Freiheit gehen könne: »Die Gleichheit löst nämlich zwei Tendenzen aus: die eine führt die Menschen geradewegs zur Freiheit und kann sie auch plötzlich in die Anarchie treiben; die andere leitet sie auf längerem, verschwiegerem, aber sicherem Wege in die Knechtschaft.« *En passant:* Der Staatsrechtslehrer Walter Leisner – neben dem Hohenheimer Emeritus Klaus Hornung einer der rührigsten Tocqueville-Rezipienten im konservativen Spektrum, den Robert Hepp einmal als »deutschen Tocqueville« bezeichnet hat – hat die Konsequenzen des Gleichheitspostulats und seiner machtverstärkenden Effekte unter anderem in seinem (weithin ungelesenen) Buch *Der Gleichheitsstaat* durchdekliniert.

»Man gelangt nicht immer nur dann zur Revolution, wenn eine schlimme Lage zur schlimmsten wird. Sehr oft geschieht es, daß ein Volk, das die drückendsten Gesetze ohne Klage und gleichsam als fühle es sie nicht, ertragen hatte, diese gewaltsam beseitigt, sobald ihre Last sich vermindert. Die Regierung, die durch die Revolution vernichtet wird, ist fast stets besser als die unmittelbar voraufgegangene, und die Erfahrung lehrt, daß der gefährlichste Augenblick für eine schlechte Regierung der ist, wo sie sich zu reformieren beginnt.«

Alexis de Tocqueville: *Der alte Staat und die Revolution.*

Schwächen im demokratischen System macht Tocqueville im weiteren auch im Hinblick auf die Führungsauslese aus (kompetente Führungspersönlichkeiten entschieden sich oft gegen eine politische Karriere, um in der Wirtschaft zu reüssieren), in der »fieberhaften Erregung«, die durch häufige Wahlen entstehe, in der Aufblähung der öffentlichen Ausgaben, um sich das Wohlwollen der Wähler zu sichern, im Verfolgen egoistischer Ziele durch kleinere Parteien, die die »Transmissionsriemen des demokratischen Systems für eigene Zwecke« (Oliver Hidalgo) nutzten und vor allem im Sinne von Klientelinteressen agierten, und schließlich im Konformitätsdruck im Denken, der durch die »öffentliche Meinung« erzeugt werde.

Tocquevilles Blick auf die Vereinigten Staaten war mitbestimmt von der Lage in Frankreich, die seit 1789 zwischen Restauration und Revolution oszillierte; nach dem gewaltsam herbeigeführten Ende des absolutistischen Systems konnten weder eine stabile Herrschaftsordnung etabliert noch der Zentralismus eingedämmt oder demokratische Rechte abgesichert werden. Der französische Zentralismus, dessen Konturen er vor allem in seiner Arbeit *Der alte Staat und die Revolution* nachgezeichnet

hat, führte dazu, daß der Bürger sich nicht mehr für das Schicksal und die Interessen seiner Gemeinde interessierte und ihm das politische Leben gleichgültig wurde.

Im zweiten Buch unternimmt Tocqueville eine grundsätzliche Untersuchung der Staatsform Demokratie und stellt sie in Beziehung zu den Sitten (*Mœurs*) der Menschen, die für ihn ein zentraler Faktor im Hinblick auf die Implementierung und Dauerhaftigkeit einer Demokratie darstellen. Ein Großteil des zweiten Bands kreist deshalb um die Bedeutung der bürgerlichen Tugenden, die im Deutschen mit »Sitten« nur unzureichend wiedergegeben werden können. Der Politikwissenschaftler Michael Hereth definiert *Mœurs* als den »gesamten Kosmos der Denk-, Verhaltens-, Debattier- und Interpretationsweisen«, die »konstitutiv für die Eigenheiten einer jeden Gesellschaft« sind. Sie seien entscheidend für die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Demokratie in den USA. Der christlichen Religion schreibt Tocqueville mit Blick auf die *Mœurs* eine starke Prägekraft zu, was, wie Hereth herausstreicht, der Verbreitungsfähigkeit demokratischer Ordnung Grenzen setzt. Eine Einsicht, die während so mancher jüngeren US-Präsidentschaft, in der das amerikanische Demokratieverständnis als Art Morgengabe für eine globalisierte Welt betrachtet wurde, übergangen wurde.

»Käme es in den demokratischen Nationen unserer Tage zum Errichten des Despotismus, so besäße er andere Merkmale, er wäre ausgedehnter und milder, und die Entwürdigung der Menschen vollzöge er, ohne sie zu quälen.«

Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika.*

Tocqueville leistete auch Pionierarbeit, indem er das Phänomen des Individualismus und der Bindungslosigkeit des Individuums einer ausführlichen Betrachtung unterzog. Der Politologe Oliver Hidalgo hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß Tocqueville die »zunehmende Atomisierung der Bürger« und die »um sich greifende politische Apathie«, die er mit Blick auf die moderne Demokratie diagnostiziert, als »Individualismus« kennzeichnet, der den einzelnen dazu bringe, das Gemeinwesen sich selbst zu überlassen. Ein Effekt dieses Phänomens besteht in der Übertragung der Lösung politischer und sozialer Probleme auf die Bürokratie. Das wiederum führt zu einem engmaschigen Netz aus Verwaltungsvorschriften, die letztlich jedwede soziale Tätigkeit erfaßten. Je unmündiger aber das Individuum sei, desto größer werde seine Abhängigkeit von der staatlichen Zentralgewalt.

Bei der Erörterung der Frage, welcher Tugenden es bedarf, damit der einzelne seine egoistische Perspektive überwindet, rekurriert Tocqueville vor allem auf die Religion, konkret auf den christlichen Glauben, der einer der Faktoren sei, um eine größere Affinität zum Gemeinwesen herzustellen. Kein demokratisches Gemeinwesen könne auf die Religion als sinnstiftende Quelle der Moral verzichten. Wie Hidalgo herausstreicht, zeige Tocqueville hier nicht nur seine Nähe zu konservativen Köpfen wie Edmund Burke oder Joseph de Maistre, sondern argumentiere auch analog zum bekannten Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der liberaldemokratische Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne.

Welchen Weg eine Demokratie letztlich nimmt, ob in Richtung Freiheit oder Despotismus, hängt nach Tocqueville also auch von der Frage ab, ob es ihr gelingt, den Individualismus einzudämmen oder nicht. Diese Alternative führt zu der zentralen Einsicht, daß derjenige, der »nicht gläubig« sei, »hörig« werde, und derjenige, der »frei« sei, »gläubig sein muß«. Ohne Religion mag sich, so resümiert Oliver Hidalgo, weder eine Vermittlung zwischen privaten und politischen Interessen noch ein Zusammengehörigkeitsgefühl einstellen. Als »vorpolitischer Glaube« (Hidalgo), der auf die Sitten und das Verhalten der Bürger einwirke, könne die Religion – Tocqueville läßt hier im übrigen eine eindeutige Präferenz für den hierarchisch geprägten Katholizismus gegenüber dem eher individualistisch ausgerichteten Protestantismus erkennen – auch auf das Agieren der politischen Protagonisten einwirken. Ohne das Korrektiv der Religion besteht die Gefahr, daß die Entwicklung immer weiter in Richtung »despotischer« Verwaltung voranschreitet, die im Zusammenspiel mit der »öffentlichen Meinung« mehr und mehr letzte Autorität beansprucht. Der Leser mag an dieser Stelle entscheiden, wie er diesen Befund ausfüllt. Anschauungsmaterial liefert zum Beispiel die Regulierungswut der EU-Bürokratie bis hin zur berühmten Krümmung der Gurke, aber auch die Rundumbetreuungsmaschine, die sich deutscher Staat nennt, der dem Bürger sogar vorschreibt, wie er »richtig«(= politisch korrekt) zu denken, schreiben und wählen hat. ▪

Literaturhinweise:

Harald Bluhm (Hrsg.): *Alexis de Tocqueville. Kleine Politische Schriften,* Berlin 2006;

ders. u. Skadi Krause: *Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie,* Paderborn 2016;

Karlfriedrich Herb u. Oliver Hidalgo (Hrsg.): *Alter Staat – Neue Politik. Tocquevilles Entdeckung der modernen Demokratie,* Baden-Baden 2004;

Michael Hereth: *Tocqueville zur Einführung,* 2., verb. Aufl., Hamburg 1992;

Oliver Hidalgo: *Unbehagliche Moderne. Tocqueville und die Frage der Religion in der Politik,* Frankfurt a.M. 2006;

Klaus Hornung: *Freiheit oder Despotismus. Die Erfahrung des 20. Jahrhunderts,* Bad Schussenried 2015;

Walter Leisner: *Der Gleichheitsstaat. Macht durch Nivellierung,* Berlin 1980;

Karl Pisa: *Alexis de Tocqueville. Prophet des Massenzeitalters. Eine Biographie,* Stuttgart 1984;

Alexis de Tocqueville: *Das Elend der Armut. Über den Pauperismus,* Berlin 2007;

ders.: *Der alte Staat und die Revolution,* Paderborn 2012;

ders.: *Erinnerungen,* Wien u. Leipzig 2010;

ders.: *Über die Demokratie in Amerika,* Stuttgart 2014.

Parteienherrschaft – und kein Ende?

von Erik Lehnert

Zu den Alternativlosigkeiten unserer Zeit gehört die Parteienherrschaft. Sie ist so unhinterfragbar etabliert und so fest verankert, daß bereits die Formulierung einer Alternative dazu als Glasperlenspiel erscheinen muß. Parteienherrschaft impliziert, daß es in der Politik nichts gebe, was über den Parteien stünde, und in der Gesellschaft kaum einen Bereich, der frei von ihnen wäre. Kritik ist daher im *wissenschaftlichen* Rahmen möglich, bleibt aber praktisch folgenlos, weil die Umsetzung dieser Kritik nur im *parteipolitischen* Rahmen möglich wäre. Dies setzte bei den Parteien nicht nur die Einsicht, sondern auch die Selbstbescheidung voraus. Aber: »Sie können nicht ihrer politischen Selbstvernichtung zustimmen. Das ist ein Heroismus, der auf anderem Boden gedeiht als auf parlamentarischem.« (Edgar Julius Jung)

Edgar Julius Jung: *Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich,* Berlin [3]1930

Die Immunisierung der Parteienherrschaft geht aber weit darüber hinaus. Jede Kritik gerät schnell in den Ruch des Antidemokratischen, weil eine andere Demokratie als undenkbar gilt, und sie ist vor allem auch sinnlos, weil es keine staatliche Stelle gibt, die für eine Begrenzung der Parteienherrschaft zuständig wäre. Es bleibt praktisch nur ein Weg offen: eine quasi parteienstaatskritische Partei ins Rennen zu schicken, um auf diesem Wege für eine Lockerung der Parteienherrschaft zu sorgen. Nach allem, was die Parteiensoziologie in den letzten hundert Jahren an Befunden zusammengetragen hat, ist dies jedoch ganz und gar aussichtslos. Die Erfahrungen, die wir mit den ursprünglich parteienstaatskritischen Grünen gemacht haben, sprechen Bände. Robert Michels sprach deshalb ironisch von der »Partei der Parteilosen« als einziger Möglichkeit eben dieser Parteilosen, ihre Interessen zu wahren.

Wenn man sich an die Klassiker der Parteiensoziologie hält (manche davon sind ungewollt zu Klassikern der Parteienkritik geraten), schälen sich einige Gesetzmäßigkeiten heraus, die sich in den letzten hundert Jahren als unhintergehbar erwiesen haben. Bereits im Jahr 1901 veröffentliche der russische Jurist und Politikwissenschaftler Moissei Jakowlewitsch Ostrogorski (1854–1921), der sich zur Jahrhundertwende in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten im Exil aufhielt, eine Studie über *Democracy and the Organization of Political Parties.* Darin kommt er anhand der Beispiele Englands und der USA zu dem grundsätzlichen Schluß, daß Parteien dazu neigten, zur bürokratischen Oligarchie zu werden, und damit die Idee der Repräsentation *ad absurdum* zu führen.

Moissei Jakowlewitsch Ostrogorski: *Democracy and the Organization of Political Parties,* London 1902 (EA, Paris 1901)

Ostrogorskis Vorschlag, die Macht der Parteien zu begrenzen, indem man sie abschaffe und durch Verbände ersetze, die zeitlich befristet für ein bestimmtes politisches Ziel gegründet und wieder aufgelöst werden sollten, verwirft Robert Michels (1876–1936) als unrealistisch. In seiner klassischen Studie *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* (1911, erw. Neuaufl. 1925) bezeichnet er die oligarchische Tendenz von Parteien oder auch Verbänden als anthropologische Konstante.

Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens,* Stuttgart [2]1925

Michels, der in seinem Buch die innere Verfassung der deutschen, sich demokratisch verstehenden Sozialdemokratie behandelt, zog seine These aus den Beobachtungen der radikalsten Spielart des Sozialismus, dem Anarchismus. Auch wenn dieser die persönliche Freiheit an erste Stelle setzte, erläge er doch der Oligarchisierung, sobald er sich politisch organisierte.

Maurice Duverger: *Die politischen Parteien,* hrsg. und übersetzt von Siegfried Landshut, Tübingen 1959

Was für das einzelne Parteimitglied vielleicht enttäuschend ist, wenn es (wie das ehemalige SPD-Mitglied Robert Michels) mit ansehen muß, wie seine Parteiführung die hehren Ideale der Demokratie mit Füßen tritt, bekommt im Parteienstaat eine eigene Dynamik, da in ihm kein politischer Bereich existiert, der nicht von Parteien okkupiert worden wäre.

Was für die einzelne Partei gilt, gilt dann zwangsläufig für alles. Die politische Klasse »entwickelt eine gewaltige Anziehungskraft und Fähigkeit der Absorbation, die auch ihren erbittertsten und konsequentesten Gegnern gegenüber auf die Dauer nur selten versagt« (Michels). Mit anderen Worten: »Der Wechsel des Kapellmeisters ändert nichts an der Musik.« Oder wie Norbert Lammert es nach der Bundestagswahl und mit Blick auf die AfD ausdrückte: »Der Domestizierungseffekt des deutschen Parlaments ist beachtlich.« Er habe einst schon den Grünen zugerufen: »Am Ende hat der deutsche Parlamentarismus euch mehr verändert als ihr den deutschen Parlamentarismus.«

Michels Gewährsmänner sind in dieser Frage die beiden italienischen Elitetheoretiker Vilfredo Pareto (1848–1923) und Gaetano Mosca (1858–1941), die sich vor allem dem Prozeß des Elitenwechsels widmeten. Für damalige Ohren waren deren Ergebnisse weniger ein Skandal als für heutige. Daß Führung und Eliten notwendig sind, stand damals nicht zur Debatte; heute wird diese Tatsache verschleiert. In vordemokratischen Zeiten gab es keine Notwendigkeit, über die Legitimität von Eliten nachzusinnen. Sie herrschten, weil sie herrschten. Und sie herrschten so lange, bis eine andere Elite sie hinwegfegte oder langsam ablöste. Problematisch wird das erst in dem Moment, wenn die Tatsache der Elitenherrschaft dem demokratischen Dogma widerspricht, wonach jeder eine Stimme hat und am Ende die Mehrheit darüber entscheidet, wer über sie herrscht. In diesem Fall ist die Oligarchisierung der Demokratie zur Parteienherrschaft ein Problem, weil sie den »wesentlichen Postulaten der Demokratie« widerspricht.

Vilfredo Pareto: *Allgemeine Soziologie,* ausgewählt, eingeleitet und übersetzt von Karl Brinkmann, Tübingen 1955

Gaetano Mosca: *Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft,* München 1950

Für einen ehrlichen Anhänger der Demokratie muß es daher einigermaßen erschütternd sein, wenn er feststellt, daß die Mechanismen der Herrschaftssicherung immer gleich geblieben sind, egal ob man das Volk abstimmen läßt oder nicht. »Durch den Kreislauf der Eliten ist die herrschende Elite in einer beständigen langsamen Umbildung begriffen. Sie strömt wie ein Fluß.« Pareto kann auch Revolutionen problemlos in sein Bild integrieren, die demnach nicht mehr sind als Überschwemmungen, nach denen der Fluß wieder in sein Bett zurückkehrt und wieder »regelrecht« strömt. Und laut Mosca regieren die Eliten nicht, weil sie dazu legitimiert sind, sondern sie sind zum Herrschen legitimiert, weil sie eine Karriere durchlaufen haben, die »bestimmte geistige und moralische Neigungen gefördert und andere unterdrückt« hat.

Diese Neigungen werden dann zum Problem, wenn sich ein Teil, eine Partei, oder mehrere Teile, mehrere Parteien, zum Vertreter des Ganzen aufschwingen. »Insbesondere die politische Partei liebt es, obgleich aus der Wahrung von Sonderinteressen heraus entstanden, sich mit dem Weltall oder doch wenigstens mit der Allheit der Staatsgenossen zu identifizieren, im Namen aller aufzutreten, im Namen aller den Kampf zum Besten aller anzusagen.« (Michels) Diese Eigeninteressen von Parteien werden in der Demokratie zum Problem, wenn sie als Partikularinteressen über die Interessen des Ganzen siegen. Dann besteht die »Gefahr, daß unsichtbare und unverantwortliche soziale Mächte die öffentliche Meinung und den Willen des Volkes dirigieren […]. Solange die demokratische Gleichartigkeit der Substanz noch vorhanden ist und das Volk politisches Bewußtsein hat, d.h. Freund und Feind unterscheiden kann, ist die Gefahr nicht groß.« (Carl Schmitt) Dieses Diktum auf die Lage 2017 angewendet, sagt: Die Gefahr ist riesig!

Carl Schmitt: *Verfassungslehre,* München/Leipzig 1928

ders.: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus,* München/Leipzig 1923

Das Parteien sich des Ganzen auf ihre Weise bemächtigen, hat sich in einem langen Prozeß stetig verschärft. Oswald Spengler sah 1924 in diesem Prozeß eine »lange, schleichende Krankheit«, von der Deutschland endlich geheilt werden müsse und die er in den »Parteien« namhaft

Oswald Spengler: »Neubau des Deutschen Reiches« (1924), in: ders.: *Politische Schriften,* München 1932



machte. Es waren Parteien »mit einem organisierten Anhang und einer zielbewußten Methode, welche das Reich bekrittelten, lähmten, unterwühlten […], um endlich in Beschränktheit und Selbstsucht das Staatsschiff anzubohren in dem Glauben, damit für ein Regierungsideal nach ihrem Geschmack freie Bahn zu schaffen – nicht für Deutschland, sondern für eine Partei.« Diese Macht haben sie freiwillig nicht mehr hergegeben. Wenn es dazu noch eine Chance gegeben hätte, so wurde sie im Kaiserreich vertan und nach der Niederlage 1918 unmöglich gemacht.

Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*. Beide Teile in einem Band, München 1976

Welche Konsequenzen das gleiche Wahlrecht nach sich ziehen würde, hat die Deutschen nicht erst seit der ersten Anwendung im März 1871 bewegt. Bereits Tocqueville hat auf die Ansprüche, die aus dem Postulat der Gleichheit folgen, hingewiesen, auch wenn diese zunächst auf Männer und den Wahlakt beschränkt blieb. Da die Mehrheit ungebildet und arm war, lag die Sorge, daß die Gebildeten und Reichen durch diese mundtot gemacht werden würden, nahe. Die Demokratisierung der Massen versprach, die gewohnte Welt auf den Kopf zu stellen. »Das allgemeine Stimmrecht ist in diesem Staate der edlen Bildung die organisierte Zuchtlosigkeit, die anerkannte Überhebung des souveränen Unverstandes, die Überhebung des Soldaten gegen den Offizier, des Gesellen gegen den Meister, des Arbeiters gegen den Unternehmer«, so Heinrich von Treitschke. Und auch Jacob Burckhardt sah überall die »Bedürfnisse und die dazu passenden Theorien« steigen und machte einen »herzlosen Hochmut« der Massen als wesentlichen Charakterzug aus.

Heinrich von Treitschke: »Der Sozialismus und seine Gönner« (1874), in: ders.: *Aufsätze, Reden und Briefe,* hrsg. von Karl Martin Schiller, Band IV, Meersburg 1929

Es gab daher zahlreiche Überlegungen, wie man trotz parlamentarischen Wahlverfahrens zu einer Elitebildung gelangen könne, die sich nicht lediglich nach Parteiinteressen sortiert und den Staat als Beute betrachtet. Im Reich griff man nicht zu dem radikalen Mittel, das einmal gewährte allgemeine Wahlrecht wieder abzuschaffen, sondern beschränkte sich mittels der Sozialistengesetze und nachteiliger Wahlkreiseinteilung darauf, der einzigen Partei, die sich die Abschaffung der geltenden Ordnung auf die Fahnen geschrieben hatte, das Leben schwerzumachen. Dennoch stiegen die Stimmenanteile der Sozialdemokraten ständig. In den Bundesstaaten galt teilweise noch ein Zensuswahlrecht. Insbesondere das preußische Dreiklassenwahlrecht stand zur Debatte, weil es nicht nur die Besitzlosen benachteiligte, sondern einseitig den Besitz als Maßstab anlegte. Um nicht denselben Fehler wie im Reich zu machen, diskutierte man als Alternative ein Pluralwahlrecht, nach dem wahlberechtigte Männer mehrere Stimmen haben konnten, wenn sie über Besitz, Bildung, Familie verfügten und ihren Wehrdienst abgeleistet hatten. Eingeführt wurde es 1909 in Sachsen, in Preußen nicht mehr.

Hans-Joachim Schoeps: »Das Pluralwahlrecht. Eine historische Studie« (1971), in: ders.: *Ein weites Feld. Gesammelte Aufsätze,* Berlin 1980

Hier hatten die historischen Ereignisse alle diesbezüglichen Unternehmungen obsolet gemacht. Spätestens seitdem der Kaiser in seiner Osterbotschaft von 1917 das gleiche Wahlrecht versprochen hatte, gab es kein Zurück mehr. Max Weber hat die Überlegungen bezüglich eines Pluralwahlrechts immer für »Literatengeschwätz« gehalten, weil es weder den sozialen noch den staatspolitischen Forderungen der Zeit entsprochen habe. »Gegenüber der nivellierenden unentrinnbaren Herrschaft der

Bürokratie, welche den modernen Begriff des ›Staatsbürgers‹ erst hat entstehen lassen, ist das Machtmittel des Wahlzettels nun einmal das einzige, was den ihr Unterworfenen ein Minimum von Mitbestimmungsrecht über die Angelegenheiten jener Gemeinschaft, für die sie in den Tod gehen sollen, überhaupt in die Hand geben kann.«

Max Weber: »Wahlrecht und Demokratie in Deutschland« (1917), in: ders.: *Gesammelte politische Schriften,* hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen [3]1971

Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie,* fünfte, revidierte Auflage, Tübingen 1976

Man merkt deutlich, daß der totale Krieg und die allgemeine Wehrpflicht bei Weber den moralischen Grund für die Erteilung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bildet. Allerdings sieht er darin noch mehr Notwendigkeiten Rechnung getragen. Nur der Parlamentarismus schafft seiner Meinung nach ein Gegengewicht zur reinen Beamtenherrschaft und ermöglicht (endlich) die Erziehung der Deutschen zu einem »Herrenvolk«, das sich als »Mitherr« in seinen Staat eingliedern kann. Er sieht die Gefahr nicht in der »an ihre Arbeitsstätten gebundenen Arbeiterschaft«, sondern in der Demagogie der »gänzlich verantwortungslosen Elemente«, den »Tagedieben und Kaffeehausliteraten«. Weber zieht also die Konsequenz aus den politischen Entwicklungen, die angesichts der Herrschaft der Massen gar keine andere Wahl lassen, als diese zu integrieren und zu politisieren.

Diese Bedingungen haben sich gründlich geändert. Für Weber scheint es unvorstellbar gewesen zu sein, daß sich ein Volk aus der Geschichte verabschiede, daß sich seine Teile nicht mehr mit den Interessen seines Ganzen identifizierten, und daß schließlich das Wahlrecht reine Makulatur sein könnte, da bei Wahlen nichts mehr zur Wahl stünde. Bei Weber dient das Parlament der Kontrolle der Beamtenschaft, heute sind beide Teil der Parteienherrschaft. Bei Weber ist die Wehrpflicht Ausdruck des Anspruchs, politisch mitentscheiden zu dürfen, weil man schließlich seinen Kopf hinhält. Heute gibt es keine Wehrpflicht und so, mit Weber gesprochen, auch keinen existentiellen Grund mehr, das Politische ernstzunehmen. Die staatspolitische Notwendigkeit für das gleiche Wahlrecht ist damit strenggenommen weggefallen.

Jason Brennan: *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen,* Berlin 2017

Damit steht es zur Disposition, zumindest gedanklich, denn in der Realität knüpft sich an das gleiche Wahlrecht das Gleichheitsdogma, dessen Entzug einer Beleidigung gleichkäme, weil es denjenigen, dem man es entzieht, vor den anderen herabzusetzen scheint. Gedanklich aber sind zumindest auf linker Seite, die da etwas freier ist, die Schleusen geöffnet, wenn der amerikanische Philosoph Jason Brennan (*Gegen Demokratie,* Berlin 2017), dem das Ergebnis der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten nicht gefällt, in Zukunft nur noch Informierte bzw. Leute, die einen Logiktest absolviert haben, wählen lassen will.

Lea Elsässer/Armin Schäfer: »Nur wer wählt, zählt? Politische Entscheidungen des Bundestags sind systematisch zu Lasten der Armen verzerrt«, abrufbar unter: www.mpifg.de

Die Durchsetzbarkeit solcher Ideen ist angesichts der ständigen Ausweitung des Wahlrechts eher unwahrscheinlich. Das Problem liegt auf der Hand, jedoch wird man es administrativ nicht lösen können, schon gar nicht im Parteienstaat. Die Wahlbeteiligung zeigt, daß viele Leute freiwillig auf ihr Wahlrecht verzichten. Hinzu kommt, wie eine Studie des Max-Planck-Instituts zeigt, daß diejenigen, die im wahren Leben bessergestellt sind, einen höheren Anteil der Wähler stellen, Gleichheit also auch im Wahlrecht eine Illusion ist. Man diskutiert vor diesem Hintergrund auch über eine Wahlpflicht; Belgien oder die Schweiz sind hier Vorbilder. Diese hätte zumindest den Vorteil, daß die Parteienherrschaft nicht mehr um ihre Legitimität fürchten müßte, weil nicht genügend Leute zur Wahl gehen. Das Problem ist damit allerdings nur verlagert, und zwar in eine Richtung, die seit 1789 beständig dieselbe ist: Staatszwang, der mittlerweile ein Parteienzwang ist.

Jacob Burckhardt: *Weltgeschichtliche Betrachtungen,* hrsg. von Rudolf Marx, Leipzig 1935 (EA 1905)

Hannah Arendt: *Über die Revolution,* München 1963

Für Jacob Burckhardt war klar, daß »irgendwo die menschliche Ungleichheit wieder zu Ehren kommen« würde; ob dann noch ein Staat existierte, der diesen Namen verdient, war ihm zweifelhaft. Hannah Arendt hat in eine ähnliche Richtung gedacht, wenn sie aus anderer Perspektive feststellt, daß Massengesellschaft und Parteienherrschaft durchaus nicht alternativlos sind: »Nur wer an der Welt wirklich interessiert ist, sollte eine Stimme haben im Gang der Welt. Von der Politik ausgeschlossen zu sein brauchte keineswegs eine Schande zu bedeuten […], wenn diejenigen, die teilhaben, sich selbst selektiert haben, dann haben diejenigen, die ausgeschlossen sind, auch sich selbst ausgeschlossen. Ein solches geregeltes Fernbleiben von öffentlichen Geschäften würde in Wahrheit einer der wesentlichen negativen Freiheiten Substanz und Realität verleihen, nämlich der Freiheit von Politik […].« ■

Kritik der parlamentarischen Vernunft

von Steffen Dietzsch

Das partei-politische Rhizom

Parteien geraten durch das, was sie tun, in die Kritik, zuerst natürlich in die Kritik anderer Parteien. Das ist die polemische Kommunikationsform des Parlamentarismus. Wo immer man sich zum Parlamentarismus entschließt, sind Parteien dessen natürliche Elemente. Sie erzeugen miteinander einen Betrieb, den man Politik nennt. Das ist inzwischen die nahezu naturförmige Struktur des Politischen in modernen Gesellschaften. In ihnen gibt es (zumal in Deutschland) fast keinen Bereich mehr, der vom Rhizom des Partei-Politischen unberührt bliebe.

Die zwei Grunderfordernisse für das Leben in der *Polis,* Selbsterhaltung und Freiheit, zu garantieren, sollen also aus der Kommunikation von Parteien, ihrem »Parlamentieren«, entspringen. Gerade heute wachsen viele zunächst empirische Zweifel, ob wirklich mit der politischen Form »Partei« Freiheiten noch rechtsförmig zu gewährleisten seien.

Parteien sind, so bestimmt es das deutsche Parteiengesetz, »Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen.« Das grundlegende Problem, das dabei auftritt, ist, daß die »Vertretung des Volks« und die »Willensbildung« von Parteien vermittelt und von Parteien repräsentiert werden müssen. Es müssen also Parteien mit allem, was sie definiert, darauf dringen, jedenfalls idealtypisch unbedingt als Stimme der Mehrheit – als Volkswille – wahrgenommen zu werden. Daß »Mehrheiten« durch die Logik von Wahlen immer bloß imaginiert werden können (und zwar immer gegen die schon numerische »Mehrheit« des Souveräns), scheint der »faule Fleck« in der Konstruktion der Parteiendemokratie zu sein. – Gegen diese hochrelativistische Mehrheitskonstruktion haben sich schon in der Frühzeit des Parlamentarismus Stimmen bemerkbar gemacht.

»Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen;
Der Staat muß untergehn, früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.«

Friedrich Schiller: *Demetrius*, Weimar 1857.

Die thetische Natur der Parteien

Parteien sind Erzeugnisse neuzeitlicher Lebenspraxis; sie sind begründet worden, um das Prinzip der Volkssouveränität »bewirtschaften« zu können. Das kann man exemplarisch beobachten in der ersten europäischen Revolutionsperiode am Ende des 18. Jahrhunderts, als der – neben Adel und Klerus – »Dritte Stand« sich als Repräsentant des ganzen Volkes ins Gespräch brachte. Diese Novität der politischen Emanzipation in Europa wurde im Januar 1789 mit der Frage Sieyès' entfacht: »Qu'est-ce que le Tiers-Etat? – Was ist der Dritte Stand?« Die Antworten waren: Was war er bisher? – Nichts! Was sollte er sein? – Alles!

Aber dieser Dritte Stand war nun selbst organisatorisch nicht insgesamt die Eine Partei, die der Rousseauschen *Volonté générale* unvermittelt Stimme gegeben hätte. Vielmehr etablierte sich bereits in der neuen

Pariser Nationalversammlung aus dem Dritten Stand eine thetisch-antithetische Zweiparteienstruktur. Das waren (damals) auf der einen Seite die Girondisten und auf der anderen die Jakobiner, also die Liberalen und die Egalitären. Das war jene Zweiteilung, die seither (grob gesagt) die Rechts-links–Betriebsform des modernen Parlamentarismus begründete.

Parteien-Transzendenz

Aber die Faszination der ganzen *Volonté générale* war damit parteienpolitisch längst nicht ausgemessen. Neben der *Liberté* und der *Égalité* wurde jetzt die Denkform der *Fraternité* entwickelt. Dieses Erbe trat in der Folge der Kommunismus an. Er ging hervor aus der Praxis des Vierten Stands, der sich in der französischen Revolution politisch mit den *Enragés,* den »Wütenden« des Armenpriesters Jacques Roux herausbildete und organisierte. Für sie waren Rechte immer *reale* Rechte (der Versorgung), die immer allen *formalen* Rechten (der Meinungs- oder Wahlfreiheit) übergeordnet sein sollten. Die *Enragés* wollten nicht länger mehr eine Partei unter anderen sein, sondern eher eine »Bewegung«, die sich um konkrete Vorgänge in der Polis zu kümmern habe.

Die neue politische Theorieform, die diesem Willen Struktur, Organisation und Perspektive verlieh, war die der Kommunistischen Partei. In deren *Manifest* (1848) wurde das bisherige Partei-Narrativ verlassen und für das, wofür »Partei« fortan stehen sollte, eine neue Perspektive entworfen, mit der der Begriff »Partei« transzendiert wurde: »Internationale Arbeiter-Assoziation«, begründet 1864 in London. Später würde man dies die »Partei neuen Typs« nennen.

Was bedeutet das? Die Kommunisten sind wie Katalysatoren die *Conditio sine qua non* für das soziale Reaktionsgeschehen: Selbst unbewegt, bringen sie alles in Bewegung. Sie wirken als das Allgemeine gegenüber allem Besonderen und Einzelnen am Prozeßgeschehen. Sie repräsentieren nicht das Allgemeine, sondern sie sind es, weil sie frei sind von Eigenprägungen durch Eigentum, Ethnie oder Konfession. Kommunisten verstehen sich so selbst als ideale abstrakte »Gesamtindividuen«. Diese neue transparlamentarische Lebensform – jenseits von Parteien – versteht sich (wie es am Ende von Abschnitt II im *Manifest* heißt) dann als eine allgemein menschliche Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Hier also ist innerhalb der (politischen) Theorie des Kommunismus ein Vorgang zu beobachten, wie sich ursprünglich säkulares Begreifen politisch-theologisch zu konzeptualisieren beginnen. Hier wird ein neuer theoretischer Zusammenhang gestiftet, dessen zentrale Metapher vom Absterben des Staates alle außerparlamentarische Widerstandskultur angeregt und geprägt hat – »Was fällt, das soll man auch noch stoßen!« (wie Friedrich Nietzsches knappe Formel aus dem *Zarathustra* lautet).

Einheitsparteien

Damit aber war ein Vertretungsbegehren für das Allgemeine in der Welt, das fortan der herkömmliche Politikbetrieb des Parteienparlamentarismus ebenso ins Kalkül ziehen mußte wie die Warnung vor diesem Anspruch. Sie klingt im Diktum des Marx-Kritikers Proudhon an, wenn er schreibt: »Wer Gott sagt, will betrügen«, und wurde von Carl Schmitt *(Der Begriff des Politischen)* umgewidmet in: »Wer Menschheit sagt, will betrügen.«

Es war dann das Politik- und Parteienverständnis des Liberalismus, der das Zusammenspiel von Einzelnem und Allgemeinem in empirisch-pragmatischen Alltagsprozessen zu organisieren versprach. Der Glaube an den Parlamentarismus, an ein *Government by discussion,* so schreibt Schmitt in *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus,* gehöre in die Gedankenwelt des Liberalismus. Das Problem ist, daß im Verhältnis von (Repräsentativ-)Parlamentarismus und (Massen-)Demokratie jener nur eine Teilmenge von dieser ist, also daß sie nicht umfangsidentisch sind. Indizien für diesen Sachverhalt sind die in der Floskel von der »Politikverdrossenheit« offenbare Abwendung großer Wählerschichten von der Programmatik und Alltagspraxis etablierter Parteien sowie eine permanente Wahlabstinenz.

Es zeigte sich nicht nur in Krisenzeiten, daß keine Partei, auch wenn sie allgemeinen Werten (besser: Interessen) verpflichtet zu sein scheint,

die Fähigkeit hat, all die verschiedenen allgemeinen Probleme einer Gesellschaft angemessen und optimal zu lösen. Das erweist sich anschaulich beim politischen Alltagsgeschäft im Parlamentarismus, bei Reformen. Einem kritischen Stereotyp zufolge scheitern Reformen immer. Das scheint zum Begriff »Reform« zu gehören. Demzufolge wäre eine Reform ein bestimmter organisatorischer, meist gesetzgeberischer Handlungsvollzug innerhalb eines politisch regulierten Zeitabschnitts (Legislaturperiode), dessen Resultat dann als genau das Defizit parteipolitisch identifiziert wird, das auszugleichen eine neue Reform nötig macht. Daß Reformen sozusagen nachher niemals das erfüllen, was sie zuvor versprachen, ist ein konstitutiver Widerspruch, der mit den Bedingungen ihrer Möglichkeit zusammenhängt: nämlich daß sie exklusiv auf dem Handeln von Parteien gründen.

»Ha, der Vorwurf der Anti-Politik! Das ist Quatsch. Ich mache Politik. Die Linke ist selber antipolitisch, sie ignoriert die Geschichte. Tatsache ist: In Italien gibt es keine Demokratie – nur ein illegitimes Parlament.«

Beppe Grillo im Interview mit *Spiegel Online* vom 19. Juni 2009.

Die »Fünf-Sterne-Bewegung« des Komikers Grillo erhielt im Februar 2013 26 Prozent bei den italienischen Parlamentswahlen.

Der Alltag der Parteiendemokratie zumal in Deutschland erzeugt die Tendenz zur (idealen) »Gesamtpartei«. Was heißt das? Alle parlamentarischen Mitspieler weisen nach einer gewissen parlamentarischen Dauer (vorzugsweise in Zeiten Großer Koalitionen) immer mehr parteipolitische Schnittmengen mit anderen auf – ein Umstand, der gelegentlich von Puristen hämisch und anklägerisch öffentlich gemacht wird. Daß diese vermeintliche Machtkonzentration, der Bonapartismus, wie Friedrich Engels (an Karl Marx, 13. April 1866) schreibt, die wahre Religion der modernen Bourgeoisie sei, wurde seit dem Staatsstreich des Louis Bonaparte gegen die Republik 1851 erstmals übernational deutlich. Solche Konzentrationen führen aber nicht etwa zu einer Verstärkung des gemeinsamen politischen Willens, sondern gerade umgekehrt zu stärkerer Parteienverdrossenheit beim Souverän. Genauer gesagt: zu stärkerer Parlamentarismusverdrossenheit.

Diese Tendenz der praktisch-geistigen Unierung von Parteien im Fortgang des parlamentarischen Alltags wurde analytisch von unterschiedlichen Autoren bemerkt. So hat etwa schon der Politologe Waldemar Besson einen demokratisch bedenklichen Parteiensynkretismus vermutet, als er in *Engagierte Wissenschaft* 1962 schrieb: »Im Grunde ist die Allparteienregierung der geheimste Wunsch aller Gruppen. Das große Herrschaftskartell, die oppositionslose Demokratie, ist eine verborgene, selten offen zugegebene Zielvorstellung der durchschnittlichen Parteipolitiker.«

Neue Gestaltbildung für die Polis – Antipolitik

Wenn also Parteien sich wie gegenwärtig auf Alltagsroutine ihrer Selbstverwaltung oder korruptibler Sozialtechniken konzentrieren (und nur in Wahlkämpfen in prämortaler Euphorie erwachen), dann werden für die Zivilgesellschaft neue Perspektiven der Verantwortung in der *Polis* nötig und denkbar.

Ein Neues könnte darin bestehen, die bisherige tiefe Disposition zu verändern, die immer für Parteien und Parlamente prägend war: Repräsentanz. Wenn das beiseite zu setzen wäre, dann würde das auch den bisherigen Begriff des Politischen verändern. Und ein neuer Begriff dafür hat sich in den letzten Jahrzehnten schon herausgebildet: Antipolitik. Der Antipolitiker sei dann, so hat es der ehemalige Präsident der Berliner Akademie der Künste György Konrád 1985 geschrieben, der echte Gegenspieler des Politikers, der den Bannkreis staatlicher Politik unter der Kontrolle der bürgerlichen Gesellschaft halten will. Das scheinbar so historisch gewordene Feste des Politischen wird überwunden, denn: »Die Antipolitik ist weder Stütze noch Opposition der Regierung, sie ist anders.«

»Dank der Begünstigung scheinbar ›horizontaler‹ Partizipationsmöglichkeiten durch das Netz liegen die Träume von einer ›direkten Demokratie‹, die seit Perikles' Zeiten (ca. 500 v. Chr.!) vergessen waren, wieder voll im Trend.«

Jacques de Saint Victor: *Die Antipolitischen,* Hamburg 2015.

Um dieses Problem der konstitutiv mangelhaften Teilhabe des Souveräns nicht in repräsentativer Parteiroutine untergehen zu lassen, gab es seit der zweiten europäischen Revolutionsperiode zwischen 1905 und 1935 den Denkeinsatz der Räte (russ. *Sowjet*). Hier werden die drei Aspekte von Parteien – ihre Thetik, ihre Unierung und ihre Transzendenz – sozusagen synthetisiert. In dieser neuen Gestalt würde der Demokratisierungsgrad und damit die Mitwirkung der Individuen in und für die verschiedensten Arbeitssysteme in der Polis maximiert.

Diese Idee der Räte entsprang zunächst aus der universellen Erfahrung mit sozialer Segregation in der imperialen und kolonialen Umwelt, aber dann auch aus einem alltäglichen Legitimitätsproblem in der politischen Kultur des Westens. Wenn hier von »allgemeinem« Wahl- oder Stimmrecht und »allgemeiner« Gleichheit die Rede ist, so wurden Hun-

derte von Millionen in der englischen Demokratie ebenso selbstverständlich ignoriert wie die Sklaven in der athenischen Demokratie.

Augenfällig war nämlich mit den (parteien-)demokratischen Prozeduren der Partizipation ein hohes Maß an Selektion verbunden. Denn an parlamentarischen Praktiken (Wahlen) durften in jenen Jahren beileibe nicht alle in der *Polis* Lebenden teilnehmen: vor allem Frauen nicht (erst seit 1919 in Deutschland, in England erst 1928, in Belgien erst 1948, in der Schweiz 1971); bei den Männern nur die, die ein Vermögen (Grundbesitz) hatten oder Steuern zahlten – und keine Farbigen waren. In den USA wurde erst 1957 das Wahlrecht für die Schwarzen endgültig gesetzlich verankert! Auch nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei gab es Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts eine starke Gegenbewegung. So entfernte beispielsweise Präsident Woodrow Wilson systematisch Afroamerikaner aus den Bundesbehörden. – Das waren augenfällige legitimistische Defizite in der klassischen Legalität moderner parlamentarischer Demokratien.



Die oppositionslose Demokratie, ist eine verborgene, selten offen zugegebene Zielvorstellung der durchschnittlichen Parteipolitiker.

Also: Größere Teilhabe an den Angelegenheiten der *Polis* wird größere Veränderungen am Parteiensystem mit sich bringen müssen. Was heißt das? Es wird nicht genügen, daß die Einbeziehung immer neuer interessierter Teilnehmer in Angelegenheiten der *Polis* (positiver Demokratisierungsgrad) zu immer mehr Parteien führen wird. Man wird das Parteienparadigma überprüfen müssen!

Um Demokratie eben nicht als eine Fiktion erscheinen zu lassen oder im Rahmen des Parlamentarismus kleinzuhalten, hat die 1917 in Rußland erstmals etablierte Räterevolution versucht, einen neuen Typus Staat zu begründen, der in vieler Hinsicht schon kein Staat mehr ist. Der dem Ernst-Jünger-Kreis zugehörige Leipziger Philosoph Hugo Fischer schrieb in seiner Studie *Lenin* (1933 eingestampft; Erstausgabe 2017) vom Programmatischen dieser Räteidee: »Das Unten ist so wichtig wie das Oben. Unten an der Apparatur sitzt nicht eine dumpfe Untertanenmenge, ein Haufen politischer Statisten, sondern das Unten ist der ›Ursprung‹ der politischen Qualifikation – das Oben die Zusammenfassung, Steigerung, Erfüllung –, also beide ›sind‹ etwas politisch Naturhaftes und Urwüchsiges.«

Die »Räte« waren parteipolitisch neutral konzipiert; das kam in einer Schicksalsstunde der russischen Räterepublik dramatisch zum Ausdruck, als die Matrosen von Kronstadt im März 1921 – rätelogisch rechtens! – Sowjets ohne Kommunisten forderten! Diese Konfrontation war eine klassisch tragische, denn in ihr zerstob der *Kairos* der Russischen Revolution *in statu nascendi*. Dabei war die Kommunistische Partei eigentlich als einzige »Partei« von ihrer geistigen Verfaßtheit her rätekompatibel: Als Partei »neuen Typus« verstand sie Politik nicht als Beruf. Ihr mobilisierender Beitrag für die neue antipolitische *Polis* sollte ihre Praxis der Arbeit, permanenter Selbstkritik, Integration nationaler Traditionen, Öffentlichkeit und Aufklärung sein. Vor so einer »unmittelbaren« (Schmitt) Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine künstliche Maschinerie, während diktatorische und cäsaristische Methoden nicht nur von der *Acclamatio* des Volkes getragen, sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können.

Diese postparlamentarischen Herausforderungen werden sich bewähren müssen in der Idee und Praxis eines neuen Europa, das sich wohl nicht parteienparlamentarisch, als bloße Fortsetzung des Nationalstaats mit anderen Mitteln, wird entfalten können. ■

Literaturhinweise:

Hugo Fischer: *Lenin. Der Machiavell des Ostens*, Berlin 2017;

György Konrád: *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen*, Frankfurt a.M. 1985;

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*, München u. Leipzig 1932;

ders.: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München 1923;

Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Schnellroda 2009.

Thesen zur öffentlichen Meinung

von Thor v. Waldstein

1. Öffentliche Meinung ist das, was die Leute meinen, was die Leute meinen

Öffentliche Meinung ist nicht das, als was sie scheinen soll. Obwohl die meisten Menschen an diesen Schein glauben, ist die öffentliche Meinung gerade kein Spiegelbild dessen, was die Mehrzahl der Bürger denkt. Die Mehrheit täuscht sich also darüber, wie die Mehrheit denkt. Und der Herrschaftsanspruch der Mächtigen über die schweigende Mehrheit hängt von nichts wesentlicher ab, als über die Instrumente zu verfügen, mit denen diese – im doppelten Sinne des Wortes – Mehrheitstäuschung ins Werk gesetzt wird. Öffentliche Meinung ist somit nach der ebenso grotesk anmutenden wie präzisen Definition des Medienwissenschaftlers Norbert Bolz »nicht das, was die Leute meinen, sondern das, was die Leute meinen, was die Leute meinen«. Öffentliche Meinung läßt sich also als eine Art psychologisches Netzwerk definieren, »das durch lose Koppelung von Bewußtseinen entsteht.« (Bolz) Die Kunst der Manipulation besteht dabei darin, die zu lancierende Mindermeinung so geschickt in diesem psychologisch vernetzten Klangraum der Öffentlichkeit zu präsentieren, daß nach außen der Eindruck entsteht, es handele sich um die Mehrheitsmeinung. Öffentliche Meinung ist also eine »institutionalisierte Fiktion« (Jürgen Habermas). Sie ist die Öffentlichkeit einer Mindermeinung, die sich aus dem Unterholz des Milieus, aus dem sie stammt, herausgewagt hat und sich nun erfolgreich mit dem Kleid der Mehrheitsmeinung schmückt.

»Nur die sind verächtlich, die sich vor Verachtung fürchten.«

La Rochefoucauld

2. Öffentliche Meinung setzt Egalitarismus und Konsumismus voraus

Der Herrschaftsanspruch der öffentlichen Meinung läßt sich nicht allein wegen der bisweilen unfaßbaren Leichtgläubigkeit der Leute gegenüber den offiziösen Verlautbarungen durchsetzen, sondern auch, weil unter den rechtlich gleichen Individuen ein Klima des Mißtrauens herrscht. Eine notorisch auf Egalitarismus getrimmte Gesellschaft wie die Bundesrepublik, in der es – auf allen Feldern des Politischen – von GleichstellungsbeauftragtInnen nur so wimmelt, kann schon von ihrer Natur her einem Klima der geistigen Freiheit, einem Klima der Widerstandskraft gegen den von der öffentlichen Meinung verbreiteten Dogmatismus nicht zuträglich sein. Wer menschliche Ungleichheiten förmlich mit der Brechstange gleichmachen will, erinnert an denjenigen, der »die Bergspitze[n] wegsprengt, um damit die Täler auszufüllen.« (Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn) Auf einem solcherart planierten Terrain, dessen oberstes Gebot der Haß auf die Ungleichheit ist, gedeihen – von den »Glückszwangsangeboten des Sozialstaates« (Bolz) nur unzureichend kaschiert – Angst, Neid und Mißtrauen, die natürlichen Feinde einer vertrauensvollen Debattenkultur unabhängiger und selbstbewußter Individuen.

Neben diesem egalitaristischen Momentum, das seit 1789 die politische Szenerie beherrscht, kommt spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts ein weiterer Effekt hinzu, der die Machtavancen der öffentlichen Meinung in den westlichen Industriestaaten beflügelt hat: die allmähliche Ablösung des selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Bürgers durch den von Konsumsehnsüchten getriebenen, unmündigen Verbraucher. Der soziologische Typus des Bürgers, der vom Staat nicht versorgt und betreut, sondern vor allem in Ruhe gelassen werden will, ist bis auf wenige Restexemplare faktisch ausgestorben. Wenn im bürgerlichen Zeitalter der Bürger den Staat nach seinen Vorstellungen geschaffen hat, so versucht heute umgekehrt der Staat, den Bürger so zu modellieren, wie es den Vorstellungen der herrschenden Minderheit entspricht.

Diese gespenstisch anmutende, demokratische Schubumkehr ist weiter fortgeschritten als viele meinen. Der »Infantilismus der Massenseele« (Hendrik de Man), von dem der staatlich modellierte Verbraucher beherrscht wird, beschränkt sich im übrigen keineswegs nur auf Figuren, die man früher als Lieschen Müller bezeichnet hätte. Besonders erschrekkend zu beobachten ist, daß auch Personen, die auf ihrem Fachgebiet über ein umfassendes Wissen und ein kritisches Urteilsvermögen verfügen und auf deren Leistungskraft die wirtschaftliche und kulturelle Substanz eines jeden Landes beruht (Unternehmer, Wissenschaftler, Anwälte, Ärzte, Ingenieure, Kaufleute, Verwaltungsbeamte usw.), dieser Urteilsfähigkeit nahezu vollständig entbehren, wenn sie nicht in ihrer Rolle als Spezialist auf ihrem Fachgebiet, sondern als Generalist, als *Homo politicus* in öffentlichen Angelegenheiten gefragt sind. Dann hört man auch von ihnen nur die immer gleichen Sprechblasen, die aus den Gehirnwaschmaschinen der öffentlichen Meinung herausblubbern.

»Hinter der Fassade des sich selbst bestimmenden Citoyen steht längst nicht mehr der Bourgeois, sondern der Verbraucher, zu dem diese Fassade überhaupt nicht paßt. Dem Bild des Verbrauchers entspricht ein ganz anderer Staat, ein Staat, der nicht mehr den Bürger zur Grundlage hat, sondern der sich selbsttätig von ihm emanzipiert hat […]. «

Johann Braun: *Wahn und Wirklichkeit. Über die innere Verfassung der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 2008.

3. Öffentliche Meinung beruht auf stereotyper Wahrnehmung

Das Verschwinden der kantigen, eigenwilligen Köpfe und das Heranddräuen des Massenmenschen, der sich von Stimmungen leiten läßt, hat dann auch den Boden bereitet für die 1922 von Walter Lippmann entwikkelte Stereotypenlehre. Diese besagt, daß der Mensch der Moderne mit bestimmten Wahrnehmungsschemata und Einordnungsschablonen arbeitet und Dinge, die nicht in diese Raster und Vorurteilsvorstellungen hineinpassen, überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

Unter Berücksichtigung dieser vorgefertigten Bilder und Standardisierungen, die die Leute im Kopf haben, wandelt sich natürlich auch das, was die öffentliche Meinung ausmacht. Wer die Tatsachen nur noch durch eine Stereotypenbrille zur Kenntnis nimmt, filtert durch diese Selbstzensur unliebsame Spektralfarben, also Tatsachenelemente, die dem Erwartbaren widersprechen oder auch nur widersprechen könnten, von vornherein heraus. Eine solche Verstümmelung des Sachverhalts führt dann dazu, daß sich faktengestützte Meinungen überhaupt nicht mehr bilden können. An dieser Stelle wird auch deutlich, daß der Schlüssel zur medialen Beherrschung des Massenmenschen nicht in »Meinungsmache«, also ideologischer Beregnung von oben, besteht, sondern darin, den Medienkonsumenten mit einer Schere im Kopf auszurüsten und zu einer selektiven Wahrnehmung zu veranlassen. Ist der einzelne auf diese Weise in die Falle des reduzierten Blicks gelaufen, kann er sich von der Fixierung auf die so künstlich geschaffene »Pseudo-Umwelt« (Lippmann), die die Wirklichkeit kokonartig umwebt hat, nicht mehr mit Bordmitteln lösen.

»Meistens schauen wir nicht zuerst und definieren dann, wir definieren erst und schauen dann. In dem großen, blühenden, summenden Durcheinander der äußeren Welt wählen wir aus, was unsere Kultur bereits für uns definiert hat, und wir neigen dazu, nur das wahrzunehmen, was wir in der Gestalt ausgewählt haben, die unsere Kultur für uns stereotypisiert hat. […] Was fremd ist, wird abgewiesen, was anders ist, wird blinden Augen begegnen. Wir sehen einfach nicht, was unsere Augen nicht zu berücksichtigen gewohnt sind.«

Walter Lippmann: *Die öffentliche Meinung*, München 1964.

4. Öffentliche Meinung wächst aus der Isolationsfurcht des Einzelnen

Zu dem anthropologischen Erbe des Menschen als Gruppenwesen, zu seinem Biogramm gehört, daß er genetisch darauf programmiert ist, im Einklang mit seinen Mitmenschen zu leben und alles zu vermeiden, was dazu führen könnte, sich als Einzelwesen in der Gruppe zu isolieren. Diese stammesgeschichtlich vorgegebene Diktatur der Harmonie war über Hunderttausende von Jahren hinweg unabdingbare Voraussetzung für das Überleben in einer unwirtlichen Umgebung, in der die Existenz des einzelnen und seiner Schutzbefohlenen nahezu tagtäglich durch Naturereignisse, Nahrungsmangel, wilde Tiere, feindliche Stämme usw. elementar bedroht werden konnte. Der *Homo sapiens* ist also anthropologisch

vor allem anderen zuerst ein Mitläufer, ein sozial determiniertes Wesen, das gelernt hat, daß es fatale Folgen haben kann, gegen die Wölfe zu heulen. Um eine solche Isolation zu vermeiden, hat der Mensch schon instinktiv erstaunlich filigrane Fertigkeiten entwickelt, so früh wie möglich zu erkennen, welche Verhaltensmuster von der Gruppe akzeptiert werden und welche nicht.

Übertragen auf das Feld der öffentlichen Meinung, bedeutet dies: Bevor der einzelne sich zu irgendeinem Thema äußert, gehen seine Anstrengungen dahin, zu erkunden, wie sich auf diesem Terrain das Meinungsklima darstellt und welche Meinung den Eindruck erweckt, von den meisten anderen geteilt zu werden. Dieser Raum des Sagbaren wurde von dem US-amerikanischen Ingenieur und Juristen Joseph P. Overton (1960–2003) als *Window of discourse*, als Fenster der Debatte, bezeichnet, innerhalb dessen die eigene Meinung zu plazieren der einzelne gut beraten ist, will er die Gefahr einer Isolierung vermeiden. Ist er mit dem, was in diesem Meinungskorridor an Sagbarem angeboten wird, nicht einverstanden, wird er gleichwohl in der Regel Widerspruch unterlassen und statt dessen das machen, was man in einer solchen Situation allein noch tun kann: Er schweigt und erweckt dadurch den Eindruck, der vermeintlichen Mehrheitsmeinung zuzustimmen.

»Die öffentliche Meinung zähmt das Meinen. Aus Angst vor Isolation beobachtet man ständig die öffentliche Meinung. Und öffentlich heißt eben genau die Meinung, die man ohne Isolationsangst aussprechen kann. Wir fürchten also nicht, eine falsche Meinung zu haben, sondern mit ihr allein zu stehen. […] Wer den Zorn der anderen fürchtet, schließt sich leicht der Meinung der scheinbaren Mehrheit an, auch wenn er es eigentlich besser weiß. Er bringt sich selbst zum Schweigen, um seinen guten Ruf nicht aufs Spiel zu setzen.«

Norbert Bolz: *Diskurs über die Ungleichheit. Ein Anti-Rousseau*, Paderborn u. München 2009.

Redebereitschaft und Schweigetendenz hängen also ganz maßgeblich davon ab, was als sagbar empfunden wird und was nicht. Lieber mit der Masse irren, als alleine recht behalten. Gelingt es einer Gruppe, durch lautes Bekenntnis diesen Raum des Sagbaren zu okkupieren und in ihrem Sinne zu erweitern, führt dies nach und nach dazu, daß Andersmeinende diesen Standpunkt einer scheinbar konsensitiv geschlossenen Öffentlichkeit akzeptieren oder jedenfalls mürrisch hinunterschlucken, ohne sich selbst zu artikulieren. Für diesen Spiralprozeß, bei dem die einen öffentlich mehr und mehr dominieren und die anderen aus dem öffentlichen Bild nahezu vollständig verschwinden und im wahrsten Sinne des Wortes mundtot sind, hat Elisabeth Noelle-Neumann bereits in den 1970er Jahren den präzisen Begriff der *Schweigespirale* geprägt. Öffentliche Meinung ist danach ein »sozialpsychologischer Vorgang, der aus der Wurzel der Isolationsfurcht des Individuums wächst.« Öffentliche Meinung schütze die Gesellschaft und halte sie zusammen wie eine »soziale Haut«. Der einzelne, der die öffentliche Meinung nicht teilt, leide umgekehrt an der Empfindlichkeit seiner eigenen sozialen Haut. Gleichzeitig betonte Noelle-Neumann aber, daß allein »demjenigen, der Isolationsfurcht nicht kennt oder sie überwindet«, die Möglichkeit offen stehe, die Gesellschaft zu verändern. Der Ketzer, der Reformator nimmt also »feindselige Öffentlichkeit in Kauf«, weil er »anders nicht missionieren« könne. In der »sengenden Erregung, die von der Berührung mit der Öffentlichkeit ausgeht«, provoziert er gezielt die Gesellschaft und treibt sie auf diese Weise zur Veränderung: Denn es nütze »denen, die Isolation nicht scheuen, die Schweigespirale. […] Wenn öffentliche Meinung für andere Konformitätsdruck ist, für sie ist öffentliche Meinung der Hebel zur Veränderung.«

5. Öffentliche Meinung herrscht durch Verschweigen

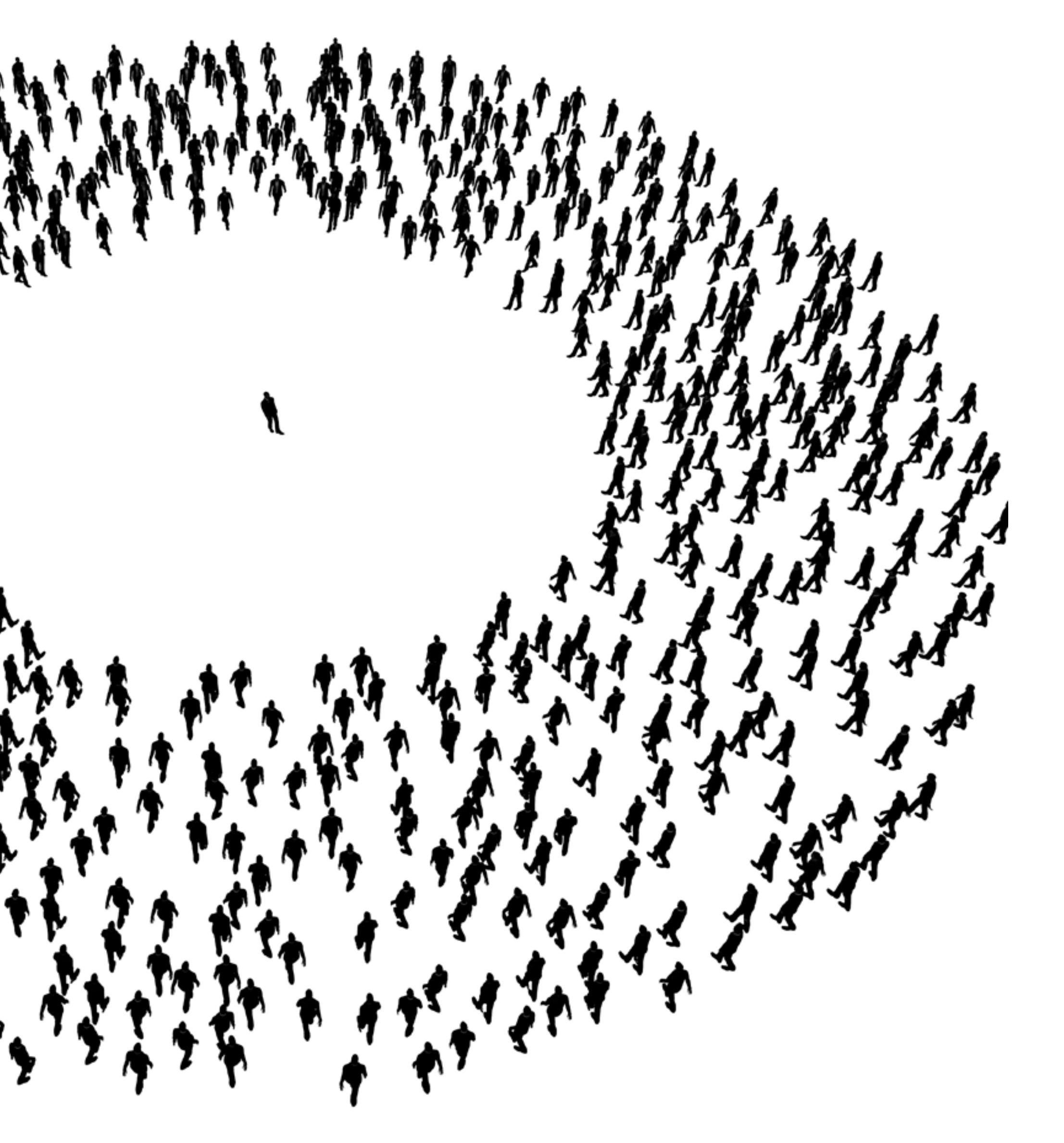
In unseren modernen Zeiten nehmen wir die äußere Welt ganz überwiegend durch Medien wahr: Eigene Beobachtungen des einzelnen sind die Ausnahme, und Sekundärwahrnehmungen – also die Belieferung mit ei-

ner Art Wirklichkeit zweiter Hand – sind die absolute Regel. Ist man sich darüber im klaren, dann leuchtet ein, welche Machtfülle sich in denjenigen konzentriert, die darüber entscheiden, was und vor allem was nicht in den Medien gebracht wird.

Und solche Wirklichkeitsannahmen des Medienkonsumenten werden von jenen *Gatekeepers* (Lippmann) hergestellt, die an den Schlüsselstellen medialer Macht sitzen: Journalisten, Fernsehredakteure, Zeitungsherausgeber, Verleger etc. Deren Macht besteht vor allem darin, mit dem großen Sieb der *Political correctness* solche Fakten dem Leser und Zuschauer vorzuenthalten, die nicht ins Bild passen, von denen man befürchten muß, daß sie Reaktionen des Bürgers hervorrufen, »die wir uns allen nicht wünschen können«.

»Was immer die Wirklichkeit tatsächlich sein mag, es ist bedeutungslos, nur unsere *Annahmen* über die Wirklichkeit zählen, nur sie bestimmen unsere Erwartungen, Hoffnungen, Anstrengungen, Gefühle, nur sie bestimmen unsere Handlungen.«

Elisabeth Noelle-Neumann: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung, unsere soziale Haut*, München u. Zürich 1980.



»Das müssen die Leute nicht wissen«, lautet eine der häufigsten Ermahnungen, mit denen Chefredakteure auf Redaktionskonferenzen unliebsame Themen, die zur Veröffentlichung vorgeschlagen werden, abwürgen. Auf dieselbe Weise werden Buchmanuskripte nonkonformer Autoren von etablierten Verlegern von vornherein abgelehnt, ohne daß es auf den Inhalt ankäme. In der DDR wurde ein solcher Vorgang als »kalte Bücherverbrennung« bezeichnet. Auf diese Weise ist ein Medienwesen entstanden, das in erster Linie mit der Kunst des Weglassens operiert und für das Michael Klonovsky auf der Zeitungsebene den treffenden Begriff der »Lückenpresse« geprägt hat.

Tatsächlich ist bei wichtigen Themen »das Meinungsspektrum auf Schießschartengröße verengt« (Gabor Steingart), und durch diesen Spalt ergießt sich jener »enorm homogene Brei« (Pierre Bourdieu) des ewig Wiedergekäuten. Mit anderen Meinungen, die häufig gerade auf einer anderen Faktenwahrnehmung beruhen, findet in diesem Reich der medialen

»Da es auf Dauer zu anstrengend ist, anders zu denken als man redet, denken die meisten auch schon politisch korrekt. Heute dürfen die Bürger sagen und schreiben, was sie wollen, weil sie ohnehin dasselbe denken. […] Daß man die Freiheit hat, zu sagen, was man denkt, besagt nicht viel, wenn man nicht mehr zu denken wagt, was man nicht sagen darf.«

Bolz: *Diskurs über die Ungleichheit.*

Lüge keine Auseinandersetzung statt: »Wer widerspricht, wird nicht widerlegt, sondern zum Schweigen gebracht.« (Bolz) Für dieses Ausknipsen Andersdenkender, dieses *Silencing* (Leo Strauss), sind physische Grobheiten, wie sie aus der Vergangenheit bekannt sind, nicht mehr vonnöten. In der BRD muß niemand Angst vor dem Henker haben, aber der soziale Tod lauert an jeder Weggabelung des öffentlichen Lebens. Die Machttechnik der Moderne besteht gerade darin, durch Bedrohung mit Isolation den Menschen viel effektiver zu dressieren, als dies in früheren Zeiten mit Daumenschrauben und Einzelhaft versucht wurde. »Die Stärke des Leoparden besteht in der Furcht vor dem Leoparden«, weiß eine nigerianische Volksweisheit, die gegenüber denjenigen, die schon länger hier leben, von denjenigen, die hier schon zu lange regieren, konsequent in die Praxis umgesetzt wird.

Der Zensur des Verschweigens liegt also nicht allein eine Unterdrükkung anderslautender Fakten und Meinungen im Lückenmainstream zugrunde; viele dieser abweichenden Ansichten werden schon – einen Schritt zuvor – aus Isolationsangst, Karrieremotiven oder Feigheit überhaupt nicht mehr geäußert und müssen daher auch nicht unterdrückt werden. Die schweigende Mehrheit verwirklicht ihren Anspruch auf Meinungsfreiheit also im wortwörtlichen Sinn: Sie genießt die Freiheit, keine eigene Meinung zu haben, jedenfalls keine eigene Meinung äußern zu müssen.

6. Öffentliche Meinung errichtet ein Zwangsregime der Pseudoaktualität und Desinformation

Zu den wesentlichen Elementen, mit denen die Auguren der öffentlichen Meinung herrschen, gehört das sogenannte *Agenda setting,* also die Macht darüber, welches Thema angeblich wichtig ist und deswegen auf dem medialen Spielplan ganz oben steht. Nach Niklas Luhmann vertraut das politische System bei dem zu leistenden Integrationsprozeß der öffentlichen Meinung weniger auf »Entscheidungsregeln« als vielmehr auf »Aufmerksamkeitsregeln«, die Regeln also, die bestimmen, was auf den Tisch kommt und was nicht. Dabei hat das Neue von vornherein »eine Vermutung der Wichtigkeit für sich« (Luhmann), was im Umkehrschluß bedeutet, daß Vorgänge, die nicht auf der Tagesordnung der Medien stehen, angeblich nicht wichtig sind. Ralf Konersmann spricht daher treffend von einem »Zwangsregime der Aktualität«, bei dem Aktualitäten stets »als Resultate eines weitläufigen Durchsetzungsgeschehens hervor[treten], in dessen Verlauf konkurrierende Auffassungen auf der Strecke geblieben sind.« Durch eine solche bisweilen groteske Vertauschung von wichtig und unwichtig entsteht notgedrungen ein verzerrtes Bild von der Welt, in der wir leben. Wer Unwesentliches als wesentlich und Wesentliches als unwesentlich darstellt bzw. behandelt, täuscht den Zuschauer oder Leser. Er will ihm eine Wirklichkeit weismachen, die es gar nicht gibt. Und er unterdrückt eine Wirklichkeit, die jenseits der Scheinwelt selbstreferentieller *Newsmaker* unübersehbar ist. Es handelt sich also um eine gezielte Desinformation mit der Absicht, die Schlußfolgerungen und Handlungsableitungen zu Lasten der Herrschenden zu verhindern, die sich bei sachgerechter Aufklärung der Bevölkerung über die Fakten ergäben oder jedenfalls ergeben könnten.

Der Staatssicherheitsdienst in der DDR unterhielt zur Betreibung solcher Desinformationskampagnen (sogenannter »Aktive Maßnahmen«) eigene Abteilungen, durch die laufend Ersatzthemen in den staatsoffiziösen Diskurs eingeschleust wurden, deren Aufgabe allein darin bestand, von dem eklatanten Versagen bzw. kriminellen Treiben der DDR-Verantwortlichen (Versorgungsengpässe, Ausreisedruck, politische Verfolgung Andersdenkender usw.) abzulenken. In der BRD wird die unablässige Abspulung von Ersatzthemen, »die Pornographie der Bedeutungslosigkeit« (George Steiner), durch die Medien besorgt, bei denen – wie von Geisterhand gesteuert – zeitgleich auf allen Kanälen, in allen Gazetten dieselben Pseudowichtigkeiten nicht selten in einer alarmistischen Tonlage zelebriert werden. Vom Gifteiskandal zur Flugbenzindebatte, vom Streit um das Dosenpfand bis zur Pandabärengeburt im Berliner Zoo, vom Abbrechen irgendwelcher Eisblöcke in der Antarktis bis zum Frauenfußball – stets geht es um Themen, die nicht interessant und schon gar nicht wichtig sind, die aber interessant und wichtig gemacht werden, um von dem eklatanten Versagen bzw. verfassungswidrigen Treiben der BRD-Verantwortlichen abzulenken. ■

Literaturhinweise:

Norbert Bolz: *Blindflug mit Zuschauer*, Paderborn 2004;

ders.: *Die ungeliebte Freiheit. Ein Lagebericht*, Paderborn u. München 2010;

Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied a.Rh. u. Berlin 1962;

Hanno Kesting: *Öffentlichkeit und Propaganda. Zur Theorie der öffentlichen Meinung*, Bruchsal 1995;

Ralf Konersmann: *Die Unruhe der Welt*, Frankfurt a.M. 2015;

Uwe Krüger: *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, 2., durchges. u. akt. Aufl., München 2016;

Niklas Luhmann: »Öffentliche Meinung (1970)«; in: ders.: *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*, 4. Aufl., Opladen 1971, S.9–34;

Hendrik de Man: *Vermassung und Kulturverfall. Eine Diagnose unserer Zeit*, München 1951;

Ulrich Teusch: *Lückenpresse. Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2017.

Parteienstaat und Demokratie-Relativierung

von Josef Schüßlburner

Als »Parteienstaat« kann in Anlehnung an die maßgebliche Untersuchung von Robert Michels die Situation gekennzeichnet werden, in der sich die politischen Parteien, ursprünglich gedacht als Instrument der Mitglieder und Wähler zur praktischen Umsetzung der Demokratie, in Herrschaftsinstrumente über das Volk verwandelt haben. Die Parteiorganisation wird dabei zur Sicherstellung der Macht etablierter Kräfte weitgehend Selbstzweck. Als Herrschaftsinstrument lassen sich Parteien durch Verringerung des Parteienwettbewerbs etablieren. Dies muß nicht gleich auf das Endstadium des Regimes einer Staatspartei hinauslaufen, aber es gibt Zwischenschritte wie ein Blockparteisystem (DDR-Demokratie) und vor allem ein Kartellparteiensystem (BRD-Demokratie). Letzteres wird durch Parteiengesetzgebung wie Erschwernis der Parteigründung und Regelungen zur Parteienfinanzierung, Sperrklauseln im auf Parteien ausgerichteten Wahlrecht zum Parlament und vor allem durch die Beschränkung der Vereinigungsfreiheit durch Parteiverbotsvorschriften herbeigeführt. Darauf läßt sich wiederum ein umfassendes Diskriminierungssystem zugunsten der Staatssicherheit aufbauen, welche in der Bundesrepublik die irreführende Bezeichnung »Verfassungsschutz« führt. Vor allem müssen staatliche Finanzmittel an die Führung etablierter Parteien fließen, was die Parteien von der Gesellschaft und die Parteiführung von der Basis unabhängig macht.

Ein derartiger Parteienstaat zeitigt dann Parlamente, die erhebliche Zweifel an ihrem repräsentativen Charakter aufwerfen. So gibt es immer wieder Studien, die etwa besagen: »Neun Prozent der deutschen Bevölkerung haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, 20 Prozent sind antisemitisch, 25 Prozent ausländerfeindlich, 36 Prozent islamfeindlich eingestellt.« Da aber in diesen Studien nicht behauptet wird, die Abgeordneten des Deutschen Bundestags wären etwa zu 36 Prozent islamfeindlich, wird damit auch dessen repräsentativer Charakter verneint. Und dies bei einem Wahlrecht, das gerade damit begründet wird, daß sich mit diesem Wahlsystem im Parlament weitgehend die Meinungen der Wähler spiegelten!

Diese Art eines Parteienstaats ist in der Bundesrepublik Deutschland für eine sich als westliche Demokratie verstehende Staatsordnung in einer außergewöhnlichen Weise etabliert, nicht zuletzt wegen einer alliierten Parteienlizenzierung, welche bestimmte Parteien der Staatsneubildung vorausgehen ließ: Nach Art. 21 (1) des Grundgesetzes wirken nämlich Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit, stehen ihm also gegenüber, während in einer Demokratie eigentlich das Volk über Parteien bei der Bestimmung der nationalen Politik mitwirkt, so in Art. 49 der Verfassung Italiens: »Alle Bürger haben das Recht, sich frei zu Parteien zusammenzuschließen, um in demokratischer Weise bei der Bestimmung der nationalen Politik mitzuwirken.« Gemessen an einer realistischen Bewertung des Stellenwerts politischer Parteien in einer »westlichen Demo-

»Dass der Verfassungsschutz dem spezifischen Kern seiner Sache nach überflüssig ist, werden wir begründen. Wie diese Institution binnen fünf Jahren behutsam und sozialverträglich abgewickelt werden kann […], legen wir ebenfalls dar. […] Und die viel beschworene Sicherheitslücke ist eine Chimäre, es wird sie nicht geben. Der Verfassungsschutz als solches ist genauso gut verzichtbar wie sein Lieblingsspielzeug, die geheimdienstlich geführten V-Leute. Es gibt ein Leben nach dem Verfassungsschutz.«

Claus Leggewie u. Horst Meier: *Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik*, Berlin 2012.

kratie« muß man in der Tat eine »im Unterschied zu allen vergleichbaren westlichen Ländern so einzigartige Machtstellung der Parteien« konstatieren, wobei »es zu den […] Statuserklärungen des Gesetzgebers und des Karlsruher Gerichts kein Vorbild und keine Parallele« (Wilhelm Hennis) gibt. Sie werden zu einer Art von Staatsorganen aufgewertet, wozu ihnen großzügige Steuergelder bewilligt werden. Als 1959 mit Hilfe eines *Obiter dictum (*einer juristischen Nebenbemerkung), des Verfassungsgerichts die Bundesrepublik als erstes europäisches Land die staatliche Parteienfinanzierung einführte, wäre dies beinahe eine Welturaufführung gewesen, wären dem nicht besonders einige südamerikanische Staaten zuvorgekommen. Mit schöner Offenheit spricht das gemeinsame Organ der drei etablierten Bundestagsparteien, *Das Parlament* (13. September 1985), davon, daß »das gesamte Finanzaufkommen der deutschen Parteien international gesehen recht einsam an der Spitze liegt.« Dabei ist es nahezu unmöglich, den Gesamtumfang der staatlichen Parteienfinanzierung zuverlässig zu ermitteln, zumal sich die Rechtsprechung vor allem mit dem Problem der eigentlichen, d.h. direkten Parteienfinanzierung befaßt hat, während gerade die Einnahmen, die vor allem einen wettbewerbsverzerrenden Effekt haben, wie die zunehmende Fraktionsfinanzierung oder die amtliche Tätigkeit von öffentlich Bediensteten für die Wahlkampfinteressen der mit Regierungsamt versehenen Parteipolitiker, dabei noch gar nicht erfaßt sind. Schätzungsweise bis zu zwei Drittel der Parteifinanzen dürften unter Einschluß der geldwerten Vorteile aus öffentlichen Kassen stammen.

Mit der von dem langjährig amtierenden Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz verkündeten Parteienstaatsdoktrin erfolgt eine Inkorporation der Parteien in den Staatsapparat. Dadurch werden Parteien als an sich freien Verbänden weitgehende Pflichten auferlegt, insbesondere die Verpflichtung auf ein gemeinsames Grundsatzprogramm, »freiheitliche demokratische Grundordnung« bezeichnet. Diese ist Bezugsgröße für eine weltanschaulich begründete Ausschaltung von Konkurrenzparteien, welche die etablierten Parteien durch Verfügung über die Monopolisierung des Antragsverfahrens bei den von ihnen beherrschten Staatsorganen herbeiführen können. Damit wird eine Demokratiekonzeption untermauert, die davon ausgeht, daß »das Grundgesetz ganz bewußt einen *neuen Typ der demokratischen Staatsform* geschaffen [hat], für die wir noch die richtige Vokabel suchen.« Das besondere dieses Demokratietypus, zu dessen Beschreibung irgendwie die Worte fehlen, besteht in der für die Staatssicherheit relevanten Analyse, daß »der *Grundrechtsterror auch von den Bürgern* als Grundrechtsinhabern her droht, also von *uns*« (Kommentierung von Art. 18 GG, »Verwirkung von Grundrechten«, durch Dürig u. Klein; Hervorhebung im Original). Damit dürfte wohl gemeint sein, daß ein repräsentatives Parlament parteienstaatlich gerade verhindert werden soll. Diese maßgebliche bundesdeutsche Doktrin wendet sich bewußt gegen die im freien Westen allgemein anerkannte Demokratietheorie, wie sie etwa von Schumpeter formuliert worden ist, wonach Demokratie der frei ausgetragene Wettbewerb der Parteien um die Regierungsmehrheit bei gleichem, periodisch auszuübendem Wahlrecht darstellt.

Ein wesentliches Instrument der Beschränkung des Parteienwettbewerbs und damit der Etablierung von Parteien als Herrschaftsinstrument über die Wähler stellt eine Parteiverbotskonzeption dar, deren Besonderheit ist, daß letztlich die verbale Verletzung von »Werten« als Verbotsgrund ausreicht, während politisch motivierte Illegalität die Verbotsvoraussetzung doch eigentlich nur darstellen sollte, wie dies etwa in § 78 der dänischen Verfassung formuliert ist: »Vereine, die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, Anstiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen, werden durch Gerichtsurteil aufgelöst.« Dagegen gilt in der Bundesrepublik Deutschland eine Praxis, die sich mit Hilfe der öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienste als permanenter ideologischer Notstand beschreiben läßt. Er ist darauf gerichtet, die harmlos erscheinende Sperrklausel des Wahlrechts für neue Parteien ins Unüberwindliche zu erhöhen. Das Schutzgut des Parteiverbots, nämlich die »freiheitliche demokratische Grundordnung«, wird dabei zu einem Überparteiprogramm, das wiederum die etablierten Parteien des »Verfassungsbogens« zu einer virtuellen Einheitspartei

»Am naheliegendsten erscheint die Lösung, nach der die Parteienherrschaft selbst im Sinne einer Annäherung des geschriebenen Rechts an die Rechtswirklichkeit durch die Verfassungen rechtsatzmäßig anerkannt wird […]. Hiernach würden die Abgeordneten als Angehörige einer bestimmten Partei das Volksganze ebensowenig repräsentieren wie die Regierung, die dann in Wirklichkeit nur noch ein Exekutivausschuß der verfassungsmäßig jeweils zur Regierung berufenen Parteien und Fraktionen sein würde. In diesem Sinne [wurde] jüngst […] folgerichtig als letzte Konsequenz des heutigen Systems die auch offizielle Anerkennung des Parteiministers gefordert.«

Gerhard Leibholz: *Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert*, 3., erw. Aufl., Berlin 1966.

»Alle spezifisch parlamentarischen Einrichtungen und Normen erhalten erst durch Diskussion und Öffentlichkeit ihren Sinn. Das gilt insbesondere von dem verfassungsmäßig heute offiziell noch anerkannten, wenn auch praktisch kaum noch geglaubten Grundsatz, daß der Abgeordnete von seinen Wählern und seiner Partei unabhängig ist […]. Diese Einrichtungen werden unverständlich, wenn das Prinzip der öffentlichen Diskussion keinen Glauben mehr findet. Es ist nicht so, als könnte man einer Institution nachträglich beliebige andere Prinzipien unterschieben und wenn ihre bisherige Grundlage entfällt, irgendwelche Ersatzargumente einfügen.«

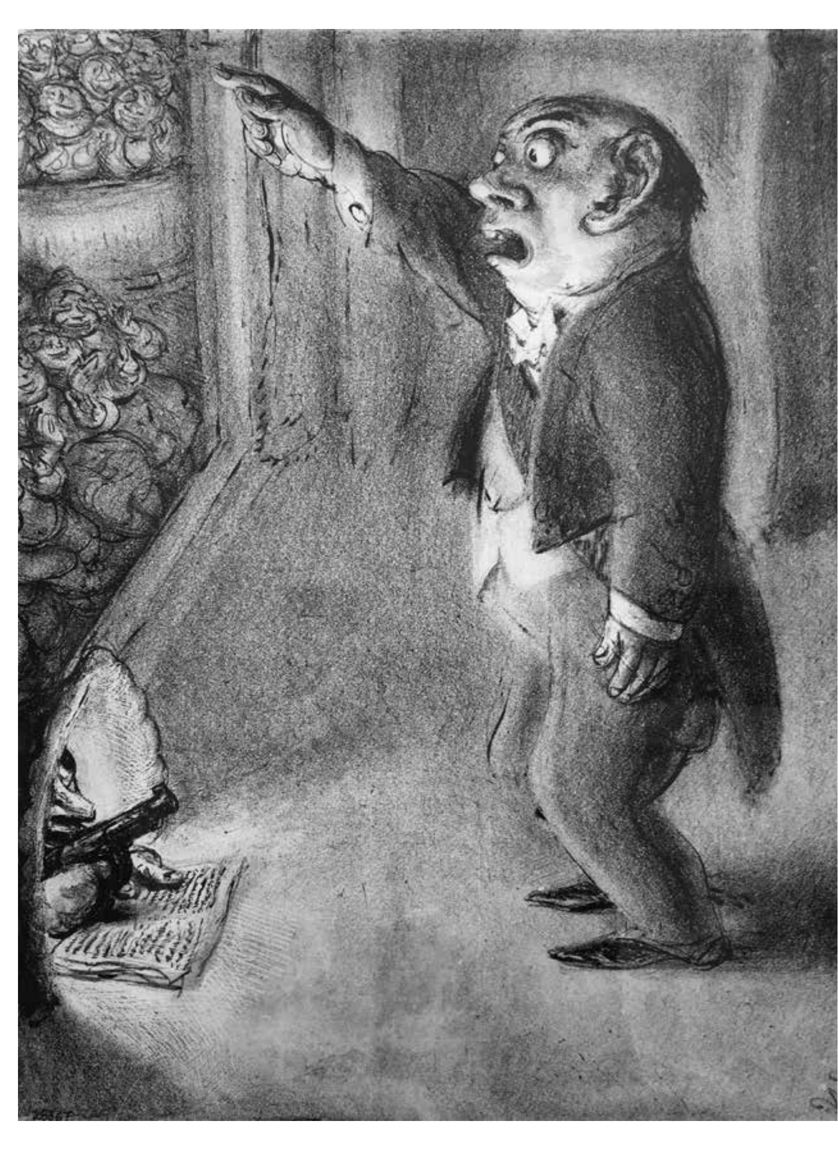
Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, 2. Aufl., München 1926.

macht. Konzeptionell tut sich hier eine Tendenz in Richtung Einparteienherrschaft auf, so daß nicht verwundern sollte, daß der Hauptbegründer des Parteienstaatskonzepts, nämlich Gerhard Leibholz, den italienischen Faschismus zur Zeit der Weimarer Republik durchaus positiv würdigen konnte. Diese Parteienstaatsdoktrin stellt sich dabei als gegen den Parlamentarismus gerichtet dar, da diese Lehre den unabhängigen Abgeordneten als Kern des Parlaments abschaffen muß, was aber wie folgt als verfassungsmäßig postuliert wird: Der Abgeordnete wisse doch, auf was er sich in einer Parteiendemokratie eingelassen habe, so daß er sich damit freiwillig dem Fraktionszwang ausgesetzt habe und deshalb doch die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten gegeben wäre. Mit dieser Logik könnte natürlich auch begründet werden, daß die Abgeordneten der DDR-Volkskammer unter Diktator Ulbricht von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) »frei« waren, da sie sicherlich wußten, auf was sie sich als Mitglieder der Volkskammer in der »Volksdemokratie« eingelassen hatten.

Diese Parteienstaatskonzeption macht deutlich, daß die etablierten »Demokraten« nicht mehr wirklich an die Demokratie glauben, zumindest soweit sie von Abstammungsdeutschen ausgeübt wird: »Wir müssen das alles so organisieren, daß das Volk nicht viel zu sagen hat, im Zweifel wählen die doch alle wieder Nazis«, so die Einschätzung der wesentlichen Motivation seiner Kollegen durch den früheren SPD-Generalsekretär Peter Glotz im *Focus*. Die Frage, wie es den bundesdeutschen Demokraten, die ihre »Bevölkerung« abstammungsbedingt für potentielle »Nazis« halten (zumindest für Leute, die zu einem Drittel islamfeindlich sind), gelingt, nicht falsch zu wählen und damit sicherzustellen, daß ein erkennbar nicht repräsentatives Parlament vorliegt, läßt sich mit »Parteienstaat« beantworten. Daß sich damit eine erhebliche Divergenz der bundesdeutschen Parteienstaatskonzeption zu den »liberalen Demokratien des Westens« auftut, hat das Bundesverfassungsgericht im KPD-Verbotsurteil erkannt: »Das System dieser Verfassungen [des freien Westens] besteht darin, daß den Bürgern der freie Zusammenschluß zu politischen Parteien ohne Einschränkung freigestellt oder sogar – wie in der italienischen Verfassung von 1947 – ausdrücklich gewährleistet ist, und daß das Risiko einer selbst grundsätzlich gegnerischen Einstellung einer Partei zur geltenden Staatsordnung bewußt in Kauf genommen wird; für äußerste Fälle der Staatsgefährdung werden gegenüber den verantwortlichen Personen die Sanktionen des Strafrechts bereitgehalten. Dem mag *die optimistische Auffassung* zugrunde liegen, daß die beste Garantie des freiheitlichen demokratischen Staates in der Gesinnung seiner Bürger liegt; *da freies Wahlrecht besteht, kann und soll die Abwehr staatsfeindlicher Parteien sich in der Versagung der Wählerstimmen ausdrücken*; so werden sie in ›systemkonformer‹ Weise von der politischen Willensbildung des Staates ausgeschlossen.« (BVerfGE 5, 85) Dieser anthropologische Optimismus, welcher etliche westliche Demokratien trägt, ist bei Deutschen anscheinend nicht angebracht. Diese müssen im Kontext der westlichen Wertegemeinschaft nachhaltig diskriminiert werden, werden doch etwa den Briten und Franzosen keine Parteien wegverboten, wie das Verfassungsgericht in seinem KPD-Verbotsurteil noch erkannt hatte: »Es ist also kein Zufall, daß die liberalen Demokratien des Westens ein Parteiverbot entsprechend Art. 21 Abs. 2 GG nicht kennen, wie es auch der deutschen Reichsverfassung von […] 1919 fremd war.« Statt für die Gleichbehandlung der Deutschen in der von ihnen nachhaltig befürworteten »westlichen Wertegemeinschaft« einzutreten, verschärfen deutsche »Demokraten« die Ungleichheit bei der Parteienfinanzierung und erlauben über »Antidiskriminierungsgesetze« die privatrechtliche Diskriminierung von Abstammungsdeutschen mit »rechtem Gedankengut«.

Für die politische Linke als die geborenen »Demokraten« tut sich mit der Frage des Parteienstaats und seines Herrschaftscharakters mittels Finanz- und Ideologiekontrolle tatsächlich ein unauflösliches Dilemma auf: Das von Michels festgestellte »eherne Gesetz der Oligarchie«, welches der Parteienstaatsdoktrin zugrunde liegt, belegt die Richtigkeit einer rechten Weltsicht: Auch Politik in einer Demokratie ist das Geschäft weniger (gr. *Oligoi*) und erfordert ein entsprechendes Interesse sowie Befähigungen, die nicht generell bei jedem Menschen vorhanden sind und daher in einem

arbeitsteiligen Prozeß zur Entfaltung gebracht werden müssen. Da es beim politischen Geschäft um Machtausübung in einer Monopolsituation geht – es gibt gebietlich nur *eine* Staatsgewalt –, hat dieser arbeitsteilige Prozeß notwendigerweise eine oligarchische Wirkung. Insofern kann als Ziel der bundesdeutschen Parteienstaatsdoktrin ausgemacht werden, sich bei stillschweigender Akzeptanz rechter Prämissen zur Kontrolle des Wahlvolks eine ideologisch linke Vormacht zu sichern. Die wird dann als »Demokratie« ausgegeben, was aber bestenfalls als liberale Oligarchie angesprochen werden kann, zumal gemäß neueren Demokratietheorien ohnehin nur so etwas erreicht werden könne.



Freie Rede (A. Paul Weber)

Die Linke muß dabei die »bittere biologistische Schlußfolgerung« konzedieren: »*Homo sapiens* kann keine wirklich egalitäre Gesellschaft begründen, auch wenn die Kriterien für die Exzellenz von Gesellschaft zu Gesellschaft variieren. Da ja die genetische Veranlagung der Individuen und ihr kulturelles Erbe bunt und vielfältig sind, werden auch ihre sozialen Erfolge stets in einem Mißverhältnis zueinander stehen. Gleich, ob ihre Begabung angeboren oder in der Familie erworben ist – Individuen, die das Talent zur Akkumulation und Ausübung von Macht haben, werden letztlich auf Machtpositionen landen, unter welchem Regime auch immer. Eine Gesellschaft kann womöglich darüber entscheiden, *wer* ihre Privilegierten sein werden, aber nicht, vollständig *ohne Privilegierte* auszukommen. Ich hoffe, daß die Geschichte diese doch ziemlich überzeugende These widerlegen möge.« (Sergio Benvenuto)

Nun: Die einzige Möglichkeit, einer Oligarchie entgegenzutreten, ist der Wettbewerb. Es müssen sich ohne ideologische und finanzielle Diskriminierung neue Parteien bilden können, die den etablierten Parteien ihre eigenen Demokratieparolen vorhalten (wogegen die Diffamierungsformel »Populismus« steht). Für die politische Rechte eröffnet diese Erkenntnis gerade in der Bundesrepublik die Möglichkeit, zu zeigen, daß sie die wirklichen Demokraten sind: Michels hat als Gegenmittel gegen das gegen den demokratischen Egalitarismus wirkende eherne Gesetz der Oligarchie nur die Möglichkeit gesehen, dieser bestehenden Oligarchie immer wieder durch Parteineugründungen entgegenzuwirken, um das Anliegen der Demokratie zu sichern. Dementsprechend kann es einer politischen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland nur darum gehen, repräsentative Parlamente zu erkämpfen, indem die Wettbewerbschancen für Parteineugründungen von rechts erhöht werden: Es gilt, das bundesdeutsche Parteiverbotssystem, das daraus entwickelte Verbotsersatzsystem, die staatliche Parteienfinanzierung, die wahlrechtlichen Sperrklauseln und was damit in vielfältiger Weise verbunden ist, abzuschaffen. An dieser Verwirklichung von Demokratie kann in der Bundesrepublik Deutschland nur die politische Rechte ein Interesse haben, während politische Linke und linke Mitte – in die Enge getrieben – sich genötigt sehen, ihre Geringschätzung für Demokratie und den Träger der Volksherrschaft in Deutschland kundtun zu müssen. ■

Literaturhinweise:

Hans Herbert von Arnim: *Die Hebel der Macht und wer sie bedient. Parteienherrschaft statt Volkssouveränität*, München 2017;

Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens.* 2. Aufl., Leipzig 1925;

Josef Schüßlburner: *»Verfassungsschutz«: Der Extremismus der politischen Mitte*, Schnellroda 2016;

Markus Thiel (Hrsg.): *The »Militant Democracy« Principle in Modern Democracies*, Farnham u. Burlington 2009;

Danilo Zolo: *Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*, Göttingen 1997.

Wechselträume

von Frank Lisson

Wir wollen nicht nur als bloße Opposition in die Parlamente einziehen, sondern eine *andere Politikergeneration* hervorbringen! – So äußerte sich sinngemäß auf dem Stuttgarter Parteitag 2016 Marc Jongen im Zusammenhang mit der Diskussion um eine mögliche Begrenzung der Amtszeit für Abgeordnete, die in der AfD den notorischen Berufspolitiker-Karrieristen verhindern sollte. Doch eben deshalb, weil man sich als neue, korrigierende Kraft verstehe und demgemäß einen insgesamt höheren Anspruch an sich selbst stelle, der es unmöglich mache, sich durch sein Mandat sogleich korrumpieren zu lassen, sei ein solcher Begrenzungsbeschluß gar nicht nötig. Darin liegt viel Hoffnung begründet, mit der AfD werde tatsächlich ein *anderer Charakter* die Bühne des Politischen betreten, der sich *wesentlich* von dem in jeder Hinsicht abstoßenden Typus des Blockparteienfunktionärs unterscheide.

Nun, wäre es nicht allerdings eine fulminante Aufbruchs- und Ausbruchsgeste, wenn man mit oberster Priorität diesen neuen Charakter darstellen und vermitteln wollte? Freilich müßte das heutige Demokratieverständnis schon den Ansatz zu einem solchen »geistigen Adel« in der Politik als einen lächerlichen Anachronismus verwerfen und vereiteln, weil er sich auf geradezu anmaßende Weise vom Allgemeinmenschlichen zu sehr entfernte; dennoch wäre es vielleicht den Versuch wert, eine Art *Antipoden,* also den auch geistig unbestechlichen, nicht selbstsüchtigen, bloß seinem Gewissen als Volksvertreter verpflichteten Ausnahmepolitiker in die Wirklichkeit einzuführen und dem absurd-fratzenhaften Geschwätz staatlicher Dauerwerbesendungen die Vision komplett anderer Charaktere entgegenzustellen. Einer, der die ungeheuerliche Frechheit besäße, die kleinen und großen Verlogenheiten des »Regimes« – also der Gesamtheit herrschender Wirklichkeiten – unerschrocken beim Namen zu nennen und der die Courage hätte, all denen, die innerhalb des intellektuellen Mitläufertums bis in die dritte Reihe hinein, ohne ihren Gesinnungsautomatismus je selber reflektiert zu haben, für dreißig, spätestens aber für dreihundert Silberlinge auch am miesesten Spiel teilnehmen müssen: all diesen also, der größten aller geschichtlich-funktionalen Mehrheiten, die bösesten Wahrheiten ins Gesicht zu sagen. Kurz: einer, dem es an Verschlagenheit und Selbstgefälligkeit fehlte, um jemals einer *von denen* zu werden. – Natürlich ist es äußerst fraglich, ob so jemand, der das Zeug zu alldem hätte, sich heute überhaupt noch in die Politik verirrte oder auch nur Zugang zu den Werkhallen industrieller Meinungsfertigung suchte. Und was, wenn jene täglich demonstrierten Schäbigkeiten längst als lauter »Menschlichkeiten«, mithin als das »Normale« von den allermeisten inzwischen anerkannt und hingenommen worden wären? – Hier also endet bereits der schöne Traum. Denn wer würde als echtes, rigoroses Vorbild vorangehen und den Grimm wie den Spott auf sich ziehen wollen, ein Spielverderber, Miesmacher, naiver Idealist und politischer Romantiker zu sein?

»Wenn nicht, sprach ich, entweder die Philosophen Könige werden in den Staaten, oder die jezt so genannten Könige und Gewalthaber wahrhaft und gründlich philosophiren, und also dieses beides zusammenfällt, die Staatsgewalt und die Philosophie, die vielerlei Naturen aber, die jezt zu jedem von beiden einzeln hinzunahen, durch eine Nothwendigkeit ausgeschlossen werden, ehe gibt es keine Erholung von dem Übel für die Staaten, lieber Glaukon, und ich denke auch nicht für das menschliche Geschlecht.«

Platon: *Der Staat.*

Wie viel Absicht auch immer hinter der eingangs zitierten Selbstbeschreibung gesteckt haben mag, einen wirklich *anderen* Politikercharakter zu generieren: Sie enthält die unbedingt nötige personale Grundvoraussetzung für die Legitimität der AfD, sofern die Forderungen nach einer *Alternative* und dem *Mut zur Wahrheit* keine bloßen Phrasen bleiben sollen. – Denn eh man sich versieht und formal zwar immer noch den politischen Wechsel anstrebt, hat sich vielleicht schon ein ganz anderer Wechsel vollzogen: Gab man einst vor, mit seiner Person dem Politischen dienen zu wollen, dient plötzlich das Politische der eigenen Person.

In seinem Vortrag *Politik als Beruf* entwarf Max Weber 1919 den Dualismus aus *Verantwortungsethik* und *Gesinnungsethik:* »Es gibt zwei Arten, aus der Politik seinen Beruf zu machen. Entweder man lebt ›für‹ die Politik – oder aber: ›von‹ der Politik. Der Gegensatz ist keineswegs ein exklusiver.« In der Regel tue man nämlich beides. Und es zeichne die erste Ethik aus, die zweite nie außer acht zu lassen. Denn: »Einen ganz trivialen, allzu menschlichen Feind hat daher der Politiker täglich und stündlich zu überwinden: die ganz gemeine *Eitelkeit,* die Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall: der Distanz sich selbst gegenüber. [...] Der Verantwortungsethiker rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, – er hat [...] gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit vorauszusetzen, er fühlt sich nicht in der Lage, die Folgen eigenen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte, auf andere abzuwälzen.«

»Daß Könige philosophiren, oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen: weil der Besitz der Gewalt das freie Urtheil der Vernunft unvermeidlich verdirbt.«

Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden.*

Daher strebt, wie die Erfahrung lehrt, der in diesem Sinne »unvollkommene« politische Mensch instinktiv danach, sich über das Gemeinwesen selber zur Geltung zu bringen, also nicht Medium der Sache oder des Amtes zu sein, sondern die Sache als Medium für die eigene Geltung zu nutzen. Schließlich ist auch und gerade der *Politikos* nur ein Mensch – und nichts Menschliches ist ihm fremd. Ja, vielleicht ist der politische Mensch sogar viel mehr Mensch als irgendein Mensch. Als Selbstvermarktungsstratege tritt er zum Staat in ein Unternehmensverhältnis mit Gewinngarantie, das vor allem Managerqualitäten erfordert. Denn die Partei ist das Produkt, das es zu bewerben gilt; und um wieviel leichter fällt ihm diese Aufgabe, wenn er bloß zwischen zwei Produkten gleicher Art, zwischen Pepsi und Coca-Cola zu wählen hat! Darin liegt das verhängnisvolle, verhärtende, aber eben auch stabilisierende Element des heutigen Parteienstaates.

»Keine Ethik der Welt kommt um die Tatsache herum, daß die Erreichung ›guter‹ Zwecke in zahlreichen Fällen daran gebunden ist, daß man sittlich bedenkliche oder mindestens gefährliche Mittel und die Möglichkeit oder auch die Wahrscheinlichkeit übler Nebenerfolge mit in den Kauf nimmt, und keine Ethik der Welt kann ergeben: wann und in welchem Umfang der ethisch gute Zweck die ethisch gefährlichen Mittel und Nebenerfolge ›heiligt‹.«

Max Weber: *Politik als Beruf.*

Vielleicht dürfte mittlerweile auch mancher die AfD als ein solches *Geschäftsmodell* für sich entdeckt haben, der in den Altparteien nie über eine subalterne Stellung hinausgelangt war und nun seine Chance auf Rangerhöhung beim Aufsteiger sucht. Daher ist der Verdacht möglicherweise gar nicht ganz unbegründet, daß einzelne, die erst kürzlich damit begannen, sich »Gedanken um Deutschland zu machen«, den derzeit wieder leicht erhöhten Marktwert des Produkts Patriotismus erkannt haben und vor allem deshalb für die neue Firma tätig geworden sind? – Denn welchem der bisherigen Berufspolitiker wäre es je um das Wohl des Landes gegangen, wenn damit nicht zugleich die Aussicht auf ein noch höheres Eigenwohl verbunden wäre?

»I will always be too expensive to buy« – Bliebe auch dies nicht bloß einer der vielen verlogenen Sprüche heuchlerischer Pseudokünstler (hier der Adrian Pipers und ihrer Biennale-Installation von 2015), gäbe es weder unsere politische Klasse noch den Kulturbetrieb oder die Kunstszene, deren zumeist blödsinniges und durchsichtiges Gehabe ja gar nicht stattfinden würde, wenn es nicht staatlich alimentiert würde. Wo das öffentliche Leben als großer Korruptionsvorgang oder, gelinder gesagt, als selbstbetrügerischer *Überlebenskompromiß* erkannt wird, schwinden die Freude am Spiel und die Achtung vor den Gewinnern. Es ist kaum möglich, mit Augen auf diese Dinge zu schauen, ohne daran erblindet oder von sich selber als Teil der Dinge berauscht zu sein.

Schließlich wird jeder Staat irgendwann *auf seine Weise* hermetisch, selbstsüchtig, ja verbrecherisch, wenn er nur lange genug Gelegenheit dazu bekommt. Denn das Allzumenschliche findet in jedem Regime über kurz oder lang seine treuen Verbündeten. Wo nicht spätestens alle fünfzig Jahre die politischen und kulturellen Eliten ausgetauscht werden, endet jeder Staat dort, wo dieser inzwischen angekommen ist: in einem verhalten totalitär-ochlokratischen Zustand, den akzeptieren muß, wer mitspielen will. Eine Wirklichkeit, in die sich die allermeisten derart ein-

gelebt haben, daß ihnen das Bedrückende dieser Lage gar nicht mehr auffällt. In einem solchen Regime, das keine echte Opposition, keinen echten Widerspruch, keine Bewegung in die *andere* Richtung duldet, genießt die staatliche Niedertracht freien Lauf.

Deshalb stehen die Chancen, daß wir in absehbarer Zeit eine Wiederkehr der großen Verwerfungen und politischen Leidenschaften erleben werden, momentan nicht eben hoch. Jedenfalls scheinen derzeit hierzulande keine grundsätzlichen Entscheidungen, keine Kurswechsel gewünscht, sondern allenfalls sanfte Korrekturen, womit der Traum von einer echten politischen wie geistigen Erneuerung ins Irreale kippt, zumal er von einem saturierten, streng auf Integrität bedachten, fest im Leben verankerten Wohlstandsbürgertum am allerwenigsten geträumt wird. Schon das politische *Ethos* eines Max Weber dürfte gar nicht mehr verstanden werden, wo man im Käfig der Konditionierungen fleißig seine Runden dreht, eingezirkelt von lauter roten Linien, welche die Zoodirektion in der Absicht immer enger zog, das Tier auf eine *neue Art* hin zu dressieren. Und schon will es auch gar nicht mehr gefährlich sein, sondern nur noch mitmachen, weil es die Vorteile begriffen hat, die ihm die neue Wirklichkeit bietet; dieser ehemalige Tiger also ist nicht einmal mehr traurig – sondern nur noch pragmatisch. Er hat sich an den Speiseplan gewöhnt und auch daran, seinen Wärtern aus der Hand fressen zu müssen, um nicht sanktioniert zu werden. Was bleibt ihm, so er nicht abmagern will, auch anderes übrig?

»Der Verantwortungsethiker zeichnet sich sozusagen dadurch aus, daß er die ›Sache‹, der er ›leidenschaftlich‹ hingegeben ist, den ›Realitäten‹ (den ›Dingen und Menschen‹) anzupassen sucht, während der Gesinnungsethiker eher danach trachtet, diese ›Realitäten‹ seiner ›Leidenschaft‹ bzw. der ›Sache‹ gemäß umzugestalten. Im einen Fall hat man es in letzter Konsequenz daher mit einem Realisten, Pragmatiker, Reformer zu tun, im anderen Fall mit einem Idealisten, Fundamentalisten oder Revolutionär.«

Lothar R. Waas: *»Max Weber, Politik als Beruf* (1919)«.

Tatsächlich befindet sich der stolze, freiheitlich-patriotische Mensch heute erneut in einem historischen Dilemma: Sucht er als moderater Teilnehmer am Bestehenden den Zugang in den Machtapparat, um diesen von innen heraus mitzugestalten, muß er sich seinen Kontrahenten so sehr angleichen, daß echte Brüche nicht mehr möglich sein werden, zumal niemand innerhalb des regierenden Feudalismus bereit ist, die Spielregeln zu ändern. Bewahrt er sich hingegen seinen fundamentaloppositionellen Anspruch auf einen Regimewechsel, wären drastische Verschlechterungen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie europaweite Umsturzbestrebungen nötig, um jemals in die Regierungsverantwortung hineingewählt zu werden.

Björn Höcke sprach in seiner wohl auch deshalb von allen Seiten reflexartig denunzierten »Dresdner Rede« manche böse Wahrheit aus, so auch diese, daß die AfD die letzte *evolutionäre* Chance auf Veränderung sei – was impliziert: Wird diese Chance vertan, wäre Veränderung nur noch *revolutionär* möglich. Weil Höcke dann auch noch gegen den heiligsten Staatskult verstieß, indem er die zum festen Bestandteil hiesiger Politik gehörende Methode kritisierte, die historische Schande zum Zwecke der eigenen Unantastbarkeit zu instrumentalisieren, machte er sich gewissermaßen der »Gotteslästerung« schuldig; und der innerparteiliche Rüffel folgte auf dem Fuß: Als *konservative* Partei will die AfD naturgemäß keine *revolutionäre* sein; also habe man sich auch nicht gegen die bestehenden, unsere politische Wirklichkeit konstituierenden Staatskulte zu richten, geschweige denn mit diesen zu brechen.

Vor hundert Jahren, zu Max Webers Zeiten, hätte die Tatsache noch Geltung für sich beanspruchen dürfen, daß sich ein »Volk« in seiner Einheit dadurch definiert, daß es instinktiv weiß, was das »Richtige« ist, weil es *sich versteht*. Wo diese Übereinkunft und damit der ethisch-ethnische Zusammenhalt nicht mehr gegeben ist, wird aus Gemeinschaft Gesellschaft, und es verschieben sich die Koordinaten zur Begründung des sozialen Miteinanders. Würde man sich heute über die tatsächliche Lage ungeschönt bewußt werden, müßte man unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß es unter den gegebenen Umständen leider gar keine Alternative zur Fundamentalopposition gibt. – Oder glaubt man allen Ernstes, dieses Regime werde die AfD jemals respektieren oder auch nur entsprechend gewähren lassen, solange die Partei sich den Etablierten nicht komplett angeglichen hat?

»Welches ist nun die Kunst, durch welche man erreicht, daß man gar nicht oder so wenig als möglich Unrecht leidet? […] Entweder muß man selbst im Staate herrschen, sei es gesetzmäßig oder gewalttätig, oder man muß der bestehenden Gewalt freund sein.«

Platon: *Gorgias*.

Daher bleibt die Naivität der sogenannten »Realpolitiker« erstaunlich, man könne als »koalitionsfähige« AfD politisch irgend etwas bewirken, denn eine im derzeitigen Parteiensystem koalitionsbereite AfD wäre natürlich keine Alternative mehr, sondern eine *Contradictio in adiecto*. Die Abschleifung hin zur Realpolitik ergibt sich erfahrungsgemäß automatisch, weshalb ein fundamentaloppositioneller Ansatz so lange wie

möglich bewahrt werden sollte, sofern man wirklich ein anderes Land, eine andere Politik, andere Eliten anstrebt.

Wollte die AfD dagegen selber die Bedingungen diktieren, müßte sie (was eben nicht sehr wahrscheinlich ist) in absehbarer Zeit mit mindestens 40 Prozent stärkste Partei werden, was wiederum einen gründlichen Zeitgeistwandel voraussetzte. Wer einen echten »Wechsel«, also richtungsweisend in die Verhältnisse eingreifen will, muß diesen jedoch eine andere »Kultur« (Literatur, Philosophie, Kunst) entgegensetzen, die sich nicht bloß aus nostalgischen Glücksmomenten herleitet, sondern parallel zum laufenden Prozeß selbst erst erschaffen wird. Denn politische Wirkung basiert bekanntlich nicht zuletzt immer und vor allem auf kultureller Hegemonie. Solange also die parlamentarische Rechte sich nicht bemüht, eine echte *Kontrakultur* zu entwerfen und darzustellen, weil sie deren Bedeutung unterschätzt, wird sie auch keinen entscheidenden Einfluß auf den Zeitgeist nehmen können und politisch marginal bleiben. Denn ohne das Rüstzeug für eine geistige Erneuerung dürfte schwerlich eine politische durchzusetzen sein.



Natürlich ist das alles leichter gesagt als getan. Denn die Gesinnungskartelle im gesamten institutionellen Spektrum zu durchbrechen, das von den Hochschulen bis in die Redaktionen der Staatsmedien reicht, gliche einer wahren Herkulesarbeit, da die Institutionen heute viel geschlossener und homogener sind, als sie es noch für die sogenannten 68er waren. Aber solange die Opposition den gesamten staatlichen Propagandaapparat gegen sich hat, wird sie sich kaum öffentlichkeitswirksam darstellen können. Deshalb wäre zunächst eine interne intellektuelle Aufrüstung vonnöten, die das Fundament legte, um langfristig auch mit einer *geistigen* Alternative den bestehenden Strukturen entgegenwirken zu können. Denn noch nie hat sich ein politischer Wandel ereignet, ohne daß ihm eine geistig-kulturelle Bewegung vorausgegangen wäre.

Vielleicht gelänge es dann, in vielerlei Hinsicht *besser* zu werden und *anders* zu bleiben als die Herrschenden, um dieses *Besser-* und *Anderssein* allen Nichteinverstandenen als echte Alternative anzubieten. Denn wo es reichlich Mut erfordert, sich für die Opposition zu engagieren und jede politische Arbeit jenseits der Kartelle zum existentiellen Wagnis wird, haben die Regierenden das Politische als solches unattraktiv gemacht und die Demokratie nicht nur *ad absurdum* geführt, sondern quasi abgeschafft. Dieser Zustand könnte wiederum nur dadurch aufgebrochen werden, daß die von nun an im Bundestag vertretene Opposition irgendwann zur Regierung gelangte und dann ihrerseits mit den Gegnern fairer umginge, als die regimeeigene »Zivilgesellschaft« heute mit der AfD umgeht; also ohne Gleichschaltung und Zensur im öffentlichen Raum, ohne staatlich gedeckten Terror gegen Andersmeinende. Solange aber bleiben die *freie Republik* und *echte Demokratie,* bleibt das *freie Spiel der Kräfte* ein zu verwirklichender, vielleicht allzu naiver Traum.

Denn nach zweitausendfünfhundert Jahren Staatsgeschichte und den Erfahrungen der letzten dreißig Jahre fällt es freilich schwer, noch an die Verwirklichung ideal-demokratischer Verhältnisse zu glauben. Schließlich ist Freiheit immer die Freiheit derer, die sich dazu ermächtigen, den Gegnern ihrer Herrschaft das Recht auf Beteiligung abzusprechen. Und weil der Mensch ein Mensch ist, wird der historische Traum von einem vernünftig-weitsichtig, volksnah und dennoch klug-gerecht regierten Land, der Traum von einer politisch-kulturellen Wirklichkeit, die den feineren Geschmack nicht permanent beleidigt, wohl immer ein Traum bleiben. – Dennoch: Bewahren wir uns diese Hoffnung, die ein Auftrag ist! Der Anfang wäre gemacht. ■

Literaturhinweise:

Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg 1795;

Platon: *Der Staat*, Hamburg 2016;

Platon: *Gorgias oder über die Beredsamkeit*, Stuttgart 1993;

Lothar R. Waas: »Max Weber, Politik als Beruf (1919)«; in: Manfred Brocker (Hrsg.): *Geschichte des politischen Denkens. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M. 2007, S. 495–508;

Max Weber: *Politik als Beruf*, München u. Leipzig 1919.

»Schutz vor der falschen Wahl« – Parteienverbote in der BRD

von Nils Wegner

Am 23. Oktober 1952, kurz vor der Mittagspause, bescherte der erste Präsident des ein Jahr zuvor gegründeten Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) Hermann Höpker-Aschoff der jungen Bundesrepublik ein Novum: Zum ersten Mal seit dem Erlaß des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien am 14. Juli 1933 wurde auf deutschem Boden eine Partei verboten – das Verbot der NSDAP durch das am 10. Oktober 1945 in Kraft getretene Kontrollratsgesetz Nr. 2 nicht eingerechnet. »Im Namen des Volkes« verkündete Höpker-Aschoff der Öffentlichkeit Westdeutschlands und der Welt:

1. Die Sozialistische Reichspartei ist verfassungswidrig.
2. Die Sozialistische Reichspartei wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Sozialistische Reichspartei zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.
4. Die Bundestags- und Landtagsmandate der Abgeordneten, die auf Grund von Wahlvorschlägen der Sozialistischen Reichspartei gewählt sind oder zur Zeit der Urteilsverkündung der Sozialistischen Reichspartei angehören, fallen ersatzlos fort.
5. Das Vermögen der Sozialistischen Reichspartei wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.

Was war geschehen? Bereits im Frühjahr 1949, etwa zeitgleich mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, hatte sich um Fritz Dorls, einen Historiker und ehemaligen Angehörigen des Strasserflügels innerhalb der NSDAP, sowie die vormaligen NS-Funktionäre Gerhard Krüger und Fritz Rößler eine »Gemeinschaft unabhängiger Deutscher« zusammengefunden, die anläßlich der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 ein taktisches Bündnis mit der bereits 1946 gegründeten, deutschnational-monarchistisch ausgerichteten Deutschen Konservativen Partei-Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) einging, was Dorls, Krüger und Rößler den Einzug in den ersten westdeutschen Bundestag ermöglichte. Nur wenige Wochen später entzweiten sich die Gruppen über Fragen des politischen Kurses jedoch wieder, und die drei »unabhängigen Deutschen« gründeten mit ihrer Gefolgschaft am 2. Oktober die Sozialistische Reichspartei (SRP). Die SRP positionierte sich als Sprachrohr der von Vertreibung und Entnazifizierung Betroffenen und gesellschaftlich Abgehängten, agitierte gegen die Besatzungsmächte und appellierte besonders intensiv an ehemalige NSDAP- sowie Wehrmachtsangehörige. Propagandistisches Aushängeschild war der Generalmajor der Wehrmacht Otto Ernst Remer, der als Kommandant des Berliner Wachbataillons »Großdeutschland« den Putschversuch vom 20. Juli 1944 in der Reichshauptstadt niedergeschlagen hatte.

Durch seine aggressiven öffentlichen Auftritte und das direkte Anknüpfen der SRP-Veranstaltungen an die politische Ästhetik des Dritten

»Eine Umfrage ergab, daß nur 20 Prozent der Bevölkerung ›alles in ihrer Macht Stehende‹ tun würden, um eine Gruppe wie die SRP aufzuhalten. Im US-Außenministerium war man besorgt darüber und warnte, ›jedes Wiederaufflackern des deutschen Nationalismus [mahne] zwangsläufig zur Vorsicht […]. Vertriebene, Veteranen, Ex-Nazis, wirtschaftlich Benachteiligte […] und vor allem die desillusionierte Jugend in einem kriegszerstörten Land – sie alle sind mehr als unzufrieden mit dem Bonner System und könnten eine nationalistische Abkürzung zum politischen Heil bevorzugen.‹«

Martin A. Lee: *The Beast Reawakens*, Boston 1997.

Reichs wurde die kleine Partei (Mitgliederhöchststand im Sommer 1951: ca. 10000) schnell bundesweit und international bekannt und sorgte insbesondere bei den amerikanischen Besatzungsbehörden sowie in den USA selbst für Verstimmung. Dieses provokante Vorgehen schuf die ersten »breiten Bündnisse« der Bundesrepublik in Form von »Antiradikalistischen Fronten«, die sich vom DGB über SPD, CDU und FDP bis hin zur nationalkonservativen Deutschen Partei (die vor allem das Abwandern ihrer Klientel zum radikaleren Konkurrenten befürchtete) erstreckten und durch Proteste die polizeiliche Schließung zahlreicher Wahlkampfveranstaltungen der SRP erzwangen. Längst vergessen ist, daß auch der »Radikalenerlaß« von 1972 seinen Ursprung im behördlichen Vorgehen gegen die SRP hatte – bereits am 19. September 1950 beschloß die Bundesregierung den sogenannten Adenauer-Erlaß, der es öffentlich Bediensteten untersagte, in als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen Mitglied zu sein.

Es war jedoch weit weniger die Krawallrhetorik der SRP als ihr bedenklicher schneller Wahlerfolg, der das von der Kleinpartei unablässig attackierte Bonner System zu weiterem Durchgreifen zwang: 1951 zogen die »Reichssozialisten« mit 16 Sitzen in den niedersächsischen Landtag (im Landkreis Lüneburg stärkste Partei noch vor den gemeinsam angetretenen CDU/DP) und mit acht Sitzen in die bremische Bürgerschaft ein. Gegen mehrere SRP-Funktionäre wurden die Entnazifizierungsverfahren wiederaufgenommen; am 4. Mai erklärte die Bundesregierung im Alleingang alle aktivistischen Untergruppierungen der Partei für verfassungswidrig. Am 20. November dann beantragte die Bundesregierung die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP durch das BVerfG, der 13 Monate später entsprochen wurde. Nur drei Tage später lag der Antrag vor, eine weitere Partei für verfassungswidrig zu erklären – dieses Verfahren jedoch sollte sich bedeutend länger hinziehen.

»Nicht wenige Kommentatoren sahen in der Haltung der amerikanischen Besatzungsbehörden einen wesentlichen Grund für das Wiedererstarken des Rechtsextremismus. Der Wahlerfolg der SRP wurde weniger als aktuelle Gefahr denn als zukünftige Bedrohung gesehen. Vor dem Hintergrund solcher Äußerungen mußte die Haltung der Adenauer-Regierung gegenüber dieser neuen Rechten zum Gradmesser für die demokratische Zuverlässigkeit der politischen Eliten in der Bundesrepublik werden. Entsprechend aufmerksam wurden alle Regierungsäußerungen zum Thema eines Verbotes der SRP studiert.«

Thomas Reuter: *Die ambivalente Normalisierung. Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA 1941–1955*, Stuttgart 2000.

In zweiterem Fall war das Ziel die Kommunistische Partei Deutschlands. Die KPD hatte sich unmittelbar nach Kriegsende wiedergegründet, war als erste Partei überhaupt von allen vier Besatzungsmächten lizenziert worden und in frühe Regierungsverantwortung gelangt: In der bayerischen Übergangsregierung mit CSU und SPD etwa stellte der Kommunist Heinrich Schmitt den »Sonderminister für Politische Befreiung« (Entnazifizierung), auch westdeutsche Zonenbeiräte bedienten sich rege der ehemals politisch Verfolgten. Nicht nur gehörten dem Parlamentarischen Rat zwei ranghohe KPD-Mitglieder an; die Partei zog 1949 auch mit 15 Sitzen in den ersten Deutschen Bundestag ein. Unmittelbar zuvor hatte sie sich organisatorisch von ihrer Schwesterpartei in der SBZ getrennt, die bereits drei Jahre vorher mit der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei zwangsvereinigt worden war – *de facto* handelte es sich bei der KPD seitdem um den westdeutschen Ableger der SED, der allerdings auf Geheiß der westlichen Besatzungsmächte diesen Namen nicht führen durfte.

Es schien durch personelle wie ideologische Kontinuitäten naheliegend, im aufflammenden Kalten Krieg die Kommunistische Partei als »Fünfte Kolonne« der Sowjetunion in Westdeutschland zu betrachten. Nach offizieller Gründung beider deutscher Staaten verschärfte sich demgemäß die Gangart: Der Adenauer-Erlaß führte auch zu zahlreichen Entlassungen von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst. Als Vorspiel zum Verbotsantrag erfolgte am 26. Juni 1951 das Verbot der Freien Deutschen Jugend in der Bundesrepublik gemäß Art. 9 Abs. 2 GG, wonach »gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung« gerichtete Vereinigungen verboten sind; der FDJ wurde maßgeblich ihre Verbindung zur SED und KPD angelastet. Zudem wurde am 30. August des Jahres das Erste Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen, das das Strafgesetzbuch der jungen BRD um zahlreiche politische Delikte wie Hoch- und Landesverrat, Staatsgefährdung sowie die dazugehörige Propagandaverbreitung erweiterte und durch die so ermöglichten politischen Prozesse sowie damit einhergehende Durchsuchungen und Beschlagnahmungen zu einer weiteren Schwächung der kommunistischen Parteistruktur beitrug. Nachdem die KPD derart sturmreif geschossen schien, war ihr Verbotsverfahren parallel zu dem gegen die SRP gewissermaßen als »ein Aufwasch« geplant.

»Die kommunistische Unterwanderung Westdeutschlands ist Anfang Juli der SED und der westdeutschen KPD von Sowjetbotschafter Iwan Iwanowitsch Iljitschow als Ziel gegeben worden. Der entscheidende Hebel solle beim Deutschen Gewerkschaftsbund, der SPD und der Jugend angesetzt werden. [...] Ihre Sonderausbildung befähigt sie, in Zusammenarbeit mit den westdeutschen KP-Ortsgruppen an der Zonengrenze den Durchschleusdienst von West nach Ost und zurück für diejenigen zu organisieren, die vorübergehend den westdeutschen Ohne-uns-Pinsel bei Seite legen, um in der Sowjetzone an den Mit-uns-Karabiner zu greifen.«

o.A.: »Vom Pinsel zum Gewehr«; in: *Spiegel* 33/1952, S. 11.

Das aber scheiterte entgegen allen Erwartungen am Bundesverfassungsgericht, konkret an dessen Präsident Höpker-Aschoff. Denn während dieser die SRP bereitwillig für verfassungswidrig erklärte, war er



Polizeiliche Schließung der Redaktionsräume der Sozialistischen Volkszeitung, *dem Organ der KPD, in Frankfurt a.M.*

Gegner eines KPD-Verbots und vermochte es, das anhängige Verfahren bis zu seinem Tod im Jahre 1954 hinauszuzögern. Die Bundesregierung griff daraufhin zu anderen Mitteln: Bereits im Januar 1952 verlor die KPD durch eine Änderung der Bundestagsgeschäftsordnung ihren Fraktionsstatus und konnte dadurch keine Anträge mehr stellen; ihre Abgeordneten waren zur Untätigkeit verdammt, bis die Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag im September 1953 die Partei aus dem Parlament spülte und auf den Stand einer bedeutungslosen Splitterpartei zurückwarf. Dieses Vorgehen führte zu einer Verschärfung der außerparlamentarischen Agitation der Kommunisten bis hin zum Ruf nach einem »revolutionären Sturz des Regimes Adenauer«, der im Verbotsverfahren später zu Ungunsten der KPD ausgelegt wurde. Hinzu kam, daß bereits ab 1948 unter Mithilfe der SBZ/DDR wiederholt »reformatorische« Funktionäre, die etwa innerhalb der BRD einen legalistischen Kurs zu fahren bereit waren, aus den Parteistrukturen entfernt worden waren. Derart vorgeprägt schritt Höpker-Aschoffs CSU-konservativer Amtsnachfolger Wintrich zur Vollstreckung des Regierungswillens: Am 17. August 1956 erging das Verbot der KPD als »marxistisch-leninistische Kampfpartei«, die mehrfach schriftlich eingeräumt habe, daß es »keinen friedlichen Weg zum Sozialismus« gebe. Die Mitglieder der Partei setzten ihre Tätigkeit daraufhin vielfach in der Illegalität fort, bis 1968 mit Billigung des damaligen Justizministers und späteren Bundespräsidenten Heinemann die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) als Neukonstituierung entstand.

Beide Verbotsverfahren und ihre jeweiligen Urteilsschriften sind in ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis der Bundesrepublik als »wehrhafte Demokratie« sowie des BVerfG als deren Schild kaum zu unterschätzen: Während das SRP-Urteil *(BVerfGE 2, 1)* Vokabeln wie »verfassungswidrig«– im konkreten Fall u.a. wegen Wesensverwandtschaft zur NSDAP – sowie »freiheitliche demokratische Grundordnung« als »Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt« in höchstrichterliche Form goß, kam dem KPD-Urteil *(BVerfGE 5, 85)* sein Folgenreichtum durch die Betonung des »Störungsmodus« (Horst Meier) der verfassungswidrigen Ziele einer Partei im Unterschied zu ihrem Verhalten zu: Zum Zeitpunkt ihres Verbots spielte die Kommunistische Partei im westdeutschen Politikbetrieb nach massiver rechtsstaatlicher Verfolgung keine nennenswerte Rolle mehr. Ohnehin bleibt die Frage nach dem tatsächlichen Charakter der Grundordnungsgefährdung offen, wenn man berücksichtigt, daß es für SRP- und KPD-Verbot einen ganz konkreten regierungspolitischen Anlaß gab: Einzig von ganz rechts und ganz links gab es wahrnehmbaren Widerstand gegen die von Bundeskanzler Adenauer seit dem Petersberger Abkommen von 1949 forcierte Westintegration der Bundesrepublik und insbesondere die bevorstehende Wiederbewaffnung. Kommunisten wie Postnationalsozialisten forderten einen »nationalen Neutralismus« mit der Option auf Wiedervereinigung des (blockfreien) Deutschlands; jeweils mit unterschiedlichen Folgeabsichten, doch gleichermaßen zur Beunruhigung der bereits in Kategorien einer bipolaren Weltordnung denkenden Bundesregierung. Neben einer Disziplinierung potentiellen politischen Aufbegehrens nach innen eliminierten die Verbote (im Falle der KPD ungeplant spät) somit zugleich in einem politischen Interessenfeld faktisch die gesamte Opposition – eine gelenkte Opposition zumal, stand

»[D]as auf ›Ziele‹ gestützte Parteiverbot konstituiert eine potentielle Rücknahme der Meinungsfreiheit – und zwar in ihrem Kernbereich der politischen Rede. Es gibt keinen vernünftigen Grund, das auf ›verfassungsfeindliche‹ Ziele und Absichten fixierte Präventionsdenken der fünfziger Jahre in die deutsche Gegenwart des 21. Jahrhunderts zu verlängern.«

Horst Meier: »Die ›verfassungswidrige‹ Partei als Ernstfall der Demokratie. Kritik des abermaligen Verbotsantrags gegen die NPD sowie Skizze für eine restriktive Interpretation«; in: ders.: *Verbot der NPD*, S. 129–198.

doch mit dem Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer die »rechte Hand« von SRP-Chef Fritz Dorls im Dienste des Verfassungsschutzes.

Der die letzten 17 Jahre beanspruchende Versuch, das dritte Parteiverbot in der Geschichte der Bundesrepublik zu erlassen, weist zu seinen Vorgängern bemerkenswerte Parallelen auf. Ein Bombenanschlag in Düsseldorf hatte im Juli 2000 zehn Menschen verletzt; da es sich um osteuropäische Einwanderer und zusätzlich bei sechs von ihnen um Mitglieder der jüdischen Gemeinde handelte, wurde sofort ein fremdenfeindlicher bzw. antisemitischer Hintergrund vermutet. Bundeskanzler Gerhard Schröder rief daraufhin (welt-)öffentlichkeitswirksam den sogenannten »Aufstand der Anständigen« aus, und ausgerechnet am 30. Januar 2001 beantragte die Bundesregierung – zwei Monate später gefolgt von je eigenen Verbotsanträgen von Bundestag und Bundesrat – beim BVerfG die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Die Antragsbegründungen ließen schnell Zweifel an den Erfolgsaussichten des Verbotsverfahrens aufkommen: Der 1964 als Abspaltung der Deutschen Reichspartei (wiederum Nachfolgerin der DKP-DRP) gegründeten und 1969 nur knapp nicht in den Bundestag eingezogenen NPD wurde fast ausschließlich verfassungsfeindliche Propaganda vorgeworfen; die Absicht eines gewaltsamen Umsturzes der BRD oder schwere Straftaten konnten jedoch nicht nachgewiesen werden. Zusätzlich kam 2002 heraus, daß Verfassungsschutzämter zahlreiche Funktionsträger der Partei als Vertrauensleute angeworben und gesteuert hatten, darunter das Gründungsmitglied Wolfgang Frenz (von 1961 an fast 30 Jahre lang V-Mann) und den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Udo Holtmann, und daß ein Großteil der als Belege der Verfassungsfeindlichkeit angeführten Zitate von ebendiesen stammte. Unter diesem Eindruck stellte das BVerfG am 18. März 2003 das Verbotsverfahren wegen »fehlender Staatsferne« der NPD ein.

»Sicher ist […], dass die jahrzehntelange, so maßlose wie groteske Infiltration der NPD mit Kohorten von V-Leuten, die sogar bis ins Verbotsverfahren hinein reichte, dessen Einstellung gebietet: Der ganze Prozessstoff ist geheimdienstlich so gründlich kontaminiert, dass beim besten Willen nicht mehr fair verhandelt werden kann.«

Horst Meier: »In der Nachfolge der NSDAP? Das SRP-Verbotsurteil und das Verfahren gegen die NPD«; in: ders.: *Verbot der NPD,* S. 67–78.

Gelegenheit zu einem zweiten Anlauf bot sich 2012 nach Aufdeckung der mutmaßlichen Mordserie des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« und dem folgenden öffentlichen Aufschrei. Anfang Dezember des Jahres bekundeten die Bundesländer geschlossen die Absicht, einen Verbotsantrag beim BVerfG einzureichen, dem sich Bundesregierung und Bundestag diesmal nicht anschließen wollten. Der Antrag folgte ein Jahr später; die Vorbereitung (unter anderem unter Einforderung detaillierter Beweise, daß die V-Männer in der Partei abgeschaltet worden seien) dauerte volle zwei Jahre, so daß die tatsächliche mündliche Verhandlung erst im März 2016 begann. Das Urteil fiel erst am 17. Januar 2017: Die »medial dauerpräsente Gottseibeiunspartei« (Thor v. Waldstein) sei demnach zweifelsfrei verfassungsfeindlich – aber bedürfe aufgrund ihrer politischen Bedeutungslosigkeit keines Verbots, da ihre gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichteten Ziele nicht verwirklicht zu werden drohten. Dieser Urteilsspruch kam einer Überantwortung der Erledigung der NPD an die Zivilgesellschaft gleich – gerichtlich bestätigte »Verfassungsfeinde« haben von Saalmieten bis hin zu Anstellungen und Geschäftskonten wenig Aussicht, sich in der gesellschaftlichen Sphäre zu halten. Neben der so elegant delegierten Statuierung des innenpolitischen Exempels gelang dem BVerfG mit seinem Urteil *(2 BvB 1/13)* zusätzlich die Feindmarkierung des seit dem 19. Jahrhunderts etablierten »ethnischen Volksbegriffs«, der Nationaldemokraten und Nationalsozialisten verbinde sowie »gegen die Menschenwürde [verstoße und] zugleich das Gebot gleichberechtigter Teilhabe aller Bürger am politischen Willensbildungsprozess« verletze. Beim Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD ist somit eine faktische Erklärung der Verfassungswidrigkeit der Definition des Volks als Abstammungsgesellschaft herausgekommen.

Letzten Endes gilt noch immer, was der jüdischstämmige zeitweilige »Lieblingsschüler« Carl Schmitts, Otto Kirchheimer, bereits 1961 bemerkte: Politische (auch höchstrichterliche) Justiz liegt vor, »wenn Gerichte für politische Zwecke in Anspruch genommen werden, so daß das Feld politischen Handelns ausgeweitet und abgesichert werden kann. Die Funktionsweise der politischen Justiz besteht darin, daß das politische Handeln von Gruppen und Individuen der gerichtlichen Prüfung unterworfen wird. Eine solche gerichtliche Kontrolle des Handelns strebt an, wer seine eigene Position festigen und die seiner politischen Gegner schwächen will«. ■

Literaturhinweise:

Henning Hansen: *Die Sozialistische Reichspartei. Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei,* Düsseldorf 2007;

Otto Kirchheimer: *Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken,* Neuwied u. Berlin 1965;

Horst Meier: *Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001–2014,* Berlin 2015;

Carl Schmitt: *Legalität und Legitimität,* München 1932;

Thor v. Waldstein: »In Karlsruh' wächst ein Gummibaum … Anmerkungen zum NPD-Verbotsverfahren«; in: ders.: *Die entfesselte Freiheit. Vorträge und Aufsätze wider die liberalistische Lagevergessenheit,* Schnellroda 2017, S. 233–238;

ders.: »Unterwegs zur Karlsruher Republik. Die Folge eines Urteils«; in: *Neue Ordnung* I/2017, S. 20–24.

Richtungsentscheidung »Defend Europe«

von Martin Sellner

60.000 Euro! Als ich Anfang Juli die bisher größte Überweisung meines Lebens tätigen sollte, war mein Finger kurz wie erstarrt. Nach diesem Klick würde es kein Zurück mehr geben. Dieser Klick nämlich katapultierte die Identitäre Bewegung in ein Abenteuer, an dessen Ende wir entweder triumphieren würden oder mit einer blamablen Niederlage zu leben hätten. Mit der europäischen Leitungsebene der IB war bereits alles abgeklärt, ich hatte das »O.K.«. Die Bilder der »C-Star« waren beeindruckend, und uns allen war klar: Nie wieder Schlauchboote – auf einem Schiff wollten wir das Lambda hissen! Ein letztes Zögern noch, dann drückte ich die Taste. Die »C-Star« war gechartert, und »Defend Europe« nahm seinen Lauf.

Jetzt, da die bisher größte, teuerste, riskanteste und erfolgreichste, am meisten gefeierte und verlachte, unterstützte und attackierte Aktion vielleicht der gesamten außerparlamentarischen Nachkriegsrechten vorbei ist, möchte ich ein Fazit ziehen. Die schlimmsten und die hochtrabendsten Erwartungen haben sich beide nicht erfüllt: »Defend Europe« war ein Erfolg und ein politisches Abenteuer. Es war eine Geschichte, deren Faszination sich nicht einmal ihre Gegner entziehen konnten, die als Widersacher sogar zu integralen Mitspielern wurden. Der Grundgedanke der Mission ist rasch erklärt, er folgte einem der simpelsten strategischen Ansätze politischen Protests: kontrollierte Eskalation und stellvertretendes Handeln, das die Autoritäten blamiert und sie durch Fortsetzung und Steigerung dazu zwingt, einzuschreiten und durchzugreifen.

Wie alle anderen beobachteten wir ebenso wütend wie ohnmächtig den offensichtlichen Rechtsbruch der NGOs, die im Mittelmeer als Schlepper fungieren und die Überflutung Europas mit Illegalen vorantreiben. Die empörten Protestnoten, die sich an die Politik richteten, bewirkten monatelang wenig bis nichts. Da war er wieder: der Alptraum, das mich seit der Grenzöffnung 2015 verfolgt. Damals war es angesichts des Verrats an unserem Land und inmitten einer nie dagewesenen Protest- und Revolutionsstimmung eigentlich unsere Aufgabe, den größtmöglichen und effektivsten Widerstand zu leisten. Aber waren wir dieser Aufgabe nachgekommen? Ich und viele andere waren Tag und Nacht im Einsatz gewesen. Gruppen wurden aus der Taufe gehoben, Netzwerke, Unternehmen und Projekte gegründet, hunderte Demos und Aktionen organisiert, Texte verfaßt, Bücher geschrieben und Videos gedreht. Wir hatten die Zeit genutzt, um parlamentarisch und aktivistisch eine neue patriotische Bewegung zu etablieren, deren Wachstumspotential uns zum Angstgegner der Multikultis gemacht hatte. Doch die entscheidende Aktion blieb aus. Wo war die wochenlange Besetzung eines geplanten Asylzentrums durch Aktivisten? Wo blieb eine dauerhafte Blockade an der österreichischen Grenze? Wann wurde aus einer Demo die spontane Okkupation eines Platzes?

Alles war letztlich symbolisch und temporär. Es wurden Zeichen gesetzt, aber die Machthaber wußten gewiß: Es reichte, abzuwarten, bis die Wutbürger und Aktivisten nach »gesetztem Zeichen« wieder nach Hause



Die »C-Star« auf hoher See

gingen. Der metapolitische Druck auf die veröffentlichte Meinung und ihren schmalen Korridor steigerte sich, aber ein echter »Druck auf der Straße« und der entscheidende Akt des gewaltfreien Widerstands blieben aus. Sie blieben aus, obwohl wir die Aktivisten und die Mittel, die finanzielle und moralische Unterstützung gehabt hätten und die geschichtliche Lage wie nie zuvor unseren Einsatz forderte. Die »Große Aktion« wurde so lange aufgeschoben, bis sich dieses Fenster geschlossen hatte. Nie wieder sollte uns das passieren!

Gegen diesen Schwur stand die schleichende Verbürgerlichung. Es gab keinen Grund zur Klage. Der Aktivismus der IB funktionierte: Wir waren in wenigen Jahren zur aktivistischen Avantgarde im rechten Lager geworden, wir beschäftigten die Medien und bauten gerade unsere Strukturen aus. Persönlich hatte ich mit der App »Patriot Peer« ein ambitioniertes Projekt in Arbeit, dazu einen erfolgreichen YouTube-Kanal, einen gut laufenden T-Shirt-Versand und dazu gerade mein erstes Buch veröffentlicht. Kurz: Ich und die IB waren drauf und dran, uns in der Rolle des Belagerers einzurichten. Den Erfolg konnte keiner leugnen, aber das »Einrichten« im Erträglichen wurde den idealistischsten Teilen der IB unerträglich. All das führte notwendig zu diesem »historischen Mausklick«, zum Chartern der »C-Star«. Statt mit dem gesammelten Geld zehn Schlauchboote zu mieten und wie im Mai in Catania einem NGO-Schiff symbolisch in den Weg zu fahren, wollten wir wirklich etwas bewirken. Ein Schiff, eine Crew und zehn Tage Einsatz vor der libyschen Küste. Die Zielbestimmung war recht vielfältig. Wir wollten die NGOs durch unsere Präsenz unter Druck setzen, ihre Aktivitäten dokumentieren, die libysche Küstenwache unterstützen, zurückgelassene Schlepperboote versenken und – falls wir genötigt würden – Migranten an Bord nehmen und sie nach Afrika zurückbringen. All diese Punkte sind, näher betrachtet, nur Variationen des eines Ziels: Eine »rechte NGO«, der es gelänge, ihr Schiff in den Brennpunkt der Migrationskrise zu bringen, wäre eine Bla-



Immer knapp an Bord: Trinkwasser

mage für die Politik und eine Destabilisierung der Schleuserzusammenarbeit zwischen Kriminellen und den *Welcome*-NGOs. Der Platzsturm einer Fankurve, der zum Spielabbruch führt, folgt einer ähnlichen Logik, ebenso die Antifademos gegen rechte Kongresse. Proteste und Raumnahmen schaffen Spannung und Eskalation, die Politikern die Möglichkeit gibt, mit dem ganzen Problem legislativ Schluß zu machen.

Dieses Kalkül ging auf, als Anfang August eine Presseaussendung des österreichischen Innenministers Wolfgang Sobotka verlautbarte, daß durch die Mission »Defend Europe« die »Schließung der Mittelmeerroute noch dringender« geworden sei. Man dürfe das »Feld nicht Ewiggestrigen überlassen«. Damit der Staat in diesem »Feld«, also seinen Grenzen, aktiv wurde, war es aber offenbar nötig, daß eine Gruppe Jugendlicher ihm diese Grenzen noch einmal zeigte.

Unsere ständige Dämonisierung als gefährliche Subjekte, denen »alles zuzutrauen« sei, machte die Medien unfreiwillig zu Komplizen dieser Strategie. Die Versuche, unsere Aktion ins Lächerliche zu ziehen, weil die prophezeiten Gewaltakte und Verbrechen unsererseits ausblieben, stehen daher im absurden Kontrast zu der hysterischen Berichterstattung und dem überbordenden Interesse an dieser »uninteressanten« und »sinnlosen« Mission.

Unsere Gegner erkannten das Kalkül und wußten genau: Wenn wir es schafften, in die Schlepperzone zu gelangen und dort Präsenz zu zeigen, und wenn dort der von ihnen hysterisch beschworene, von uns verantwortete Ertrinkungstod von Migranten nicht stattfinden würde, wäre unsere Mission ein Erfolg. Die »C-Star« würde zum politischen Hebel, mit dem das illegale Treiben abgeschaltet werden könnte. Ihre Chance sahen unsere Gegner darin, unsere Mission bereits vor dem Erreichen der libyschen Küste scheitern zu lassen, uns vor den Augen der Weltöffentlichkeit zur Kapitulation zu zwingen und damit der Lächerlichkeit preiszugeben. Dieses Exempel sollte dann eine pädagogische Wirkung auf jeden Widerstand haben: »Bleibt bei euren Demonstrationen und Aktionen, bei euren



Sonnenuntergang oder Ausschau nach Beute?

Artikeln, Videos und Protestpostings, aber begebt euch nicht auf unser Terrain. Das ist zu groß für euch.«

Unsere Mission wurde uns also so schwer wie nur irgend möglich gemacht. Eine geölte Maschinerie aus medialer Hetze und diplomatischem Druck machte die »C-Star« zum »Geisterschiff«, das nach der Abfahrt in Dschibuti für mehr als einen Monat in keinem Hafen normal anlegen konnte. Wasser und Treibstoff wurden verweigert oder zu absurden Preisen verkauft, das Schiff wurde von Einsatzkräften gestürmt und verwüstet, die Crew malträtiert und inhaftiert und mit allen legalen und illegalen Mitteln an der Ab- und Weiterreise gehindert. Alle Vorwürfe entpuppten sich als Presselügen: ukrainische Söldner an Bord? Menschenschlepperei auf unserem Schiff? Wir in Seenot? Nichts entsprach der Wahrheit, aber es kostete uns Zeit und Geld. Dazu häuften sich auch einige seltsame Vorfälle: Beim Ablegen in Dschibuti funktionierten alle Geräte bis auf ein paar Kleinigkeiten einwandfrei. Nachdem ein Techniker an Bord war, um die zu reparieren, begannen auf einmal zahlreiche unerklärliche »Schwierigkeiten« (insbesondere brannte wenige Tage später unser Turaya-Satellitensystem durch, das uns eine rudimentäre Internetverbindung an Bord ermöglicht hatte). Als uns ein Versorgungsschiff aus Malta Diesel bringen sollte, pumpte es uns einige Tonnen Wasser in den Tank. All das ist natürlich nicht als Sabotage beweisbar, doch das fortwährende Kopfschütteln der Crew, die so etwas »in ihrer gesamten Zeit auf See noch nie erlebt« hatte, spricht Bände.

Ein Hauptziel der Mission wurde nun das bloße Durchhalten: nicht die Nerven verlieren, als wir im Hostel in Südzypern erfuhren, daß die gesamte Mannschaft der »C-Star« samt Schiffseigner im türkischen Gefängnis sei und die Behörden darüber nachdächten, das Schiff zu versteigern, um die Kosten zu decken; die Zähne zusammenbeißen, als wir vor Sfax festsaßen, uns Einlaß und Versorgung verweigert wurde, wir weder genug Sprit noch Nahrung hatten, um irgendeinen anderen Hafen zu erreichen; weitermachen, als wir um vier Uhr in der Frühe von Sirenen und Rotlicht geweckt wurden, weil der Motor aufgrund des gewässerten Die-



Unser »Jolly Roger«

sels streikte und das Schiff von der Strömung in Richtung libyscher Gewässer getrieben wurde.

Weitermachen! Das hieß, von jetzt auf gleich Pläne über Bord zu werfen und neue zu entwickeln, immer drei Alternativen *in petto* zu haben und im richtigen Augenblick beispielsweise Hals über Kopf Nordzypern zu verlassen, gegen alle Aussichten die Anker zu lichten und ins Ungewisse loszufahren – immer wieder an Bord improvisierend, reparierend und unerwartete Ausfälle durch neue Ideen ausgleichend.

Zeitweise waren wir vollkommen abgeschnitten von der Öffentlichkeit, aber wir blieben in dem Bewußtsein auf See, daß jede unserer Bewegungen von tausenden bösen und zugleich von tausenden wohlwollenden, mitfiebernden Blicken beobachtet würde und die Weltpresse nur darauf wartete, die Mission endgültig für »gescheitert« erklären zu können (wie sie es bereits mehrfach voreilig getan hatte). Und so nahm der Druck auf uns zu, gesteigert noch durch die Ungewißheit über die Dauer und den Fortlauf der Mission: Die »C-Star« war das meistgehaßte und meistgeliebte Schiff des Mittelmeers geworden und hatte sogar ihren eigenen *Hashtag* auf Twitter.

Am Ende scheiterten unsere Gegner. Gegen eines dieser berühmten »breiten Bündnisse« aus Regierungen, NGOs und Medien hatten wir uns durchgesetzt, libysche Küstennähe erreicht und unser eigentliches Ziel in Angriff genommen. Unsere Präsenz wirkte. Während wir Schiffe wie etwa die »Aquarius« überwachten, kamen ihre Aktivitäten zum Erliegen. Unter unseren Augen verspürten sie keinerlei Lust auf eine »Rettung«, die sich vor laufenden Kameras womöglich als Übergabe entpuppt hätte.

Die massive Berichterstattung, die bei der feindlichgesinnten Presse naturgemäß nur negativ ausfallen konnte, paßte perfekt in unsere Strategie. Ohne die weltweite Flut an Artikeln wäre unsere Aktion wohl nicht auf der Ebene der großen Politik angekommen. Tatsächlich ergibt sich eine frappierende Korrelation, wenn man die Chronologie der Aktion mit dem Zusammenbruch des NGO-Geschäfts parallelisiert:

- Am 26. Juni gibt die IB bekannt, daß sie die »C-Star« chartern und in die SAR-Zone fahren würde.
- Am 28. Juni kündigt die italienische Regierung an, ihre Häfen für jene NGOs zu schließen, die neuen Verhaltensregeln nicht zustimmen.
- Am 8. Juli. legt die »C-Star« in Dschibuti ab.
- Am 12. Juli veröffentlicht die italienische Regierung erstmals die neuen Verhaltensregeln für NGOs, die u.a. die Übergabe von Migranten auf See und das Eindringen in libysche Hoheitsgewässer untersagen.
- Am 29. Juli geht die Crew vor Zypern an Bord.
- Am 3. August beschlagnahmt die italienische Polizei in Lampedusa das Schiff »Iuventa« der NGO »Jugend rettet« und geht dem Vorwurf der Schlepperei nach. Zusätzlich wird die libysche Küstenwache (wie von uns gefordert) mit einem Boot unterstützt.
- Am 5. August trifft die »C-Star« in der SAR-Zone ein und konfrontiert die »Aquarius« und die »Golfo Azzurro«.
- Am 12. August geben »Ärzte ohne Grenzen« und die »Sea-Eye« aufgrund des gestiegenen Drucks auf und verlassen die SAR-Zone.
- Am 15. August trifft die »C-Star« auf die »Golfo Azzurro« und hindert sie mit kreativen und gewaltlosen Methoden an der Weiterfahrt. Die daraufhin eintreffende libysche Küstenwache lobt den Einsatz von »Defend Europe« und verjagt die »Golfo Azzurro« mit den Worten »Go ahead and never come back« aus ihren Gewässern.

Seit der Mission »Defend Europe« hat sich die Lage also geändert. Die öffentliche Unterstützung für die NGOs brach samt deren Spendeneinnahmen zusammen. Viele haben aufgegeben, und einige mußten sogar ihre Schiffe verkaufen. Die italienische Regierung unterstützt die libysche Küstenwache, die nun besser denn je in der Lage ist, ihre Gewässer von den NGOs sauberzuhalten. Und das Wichtigste: Seit fast einem Monat ist niemand mehr auf der Mittelmeerroute ertrunken, was unseren Slogan und unsere Überzeugung bestätigt: Grenzen retten Leben.

Die IB hat während der »Defend-Europe«-Mission einige Breitseiten erhalten. Gelder wurden eingefroren, Verträge gekündigt und Zahlungswege ausgetrocknet. Wir haben etwas an Sicherheit und Behaglichkeit eingebüßt und in der Bewegung Hemmnisse gespürt, die uns vorher gar nicht bewußt waren. Auch ich habe nun kein PayPal-Konto mehr, und sogar mein Privatkonto wurde mir unlängst gekündigt, aber dennoch ist klar: Ich würde diesen Mausklick von Anfang Juli jederzeit wiederholen.

»Defend Europe« hat die IB entscheidend verändert. Unter Druck haben wir erst gesehen, wozu wir in der Lage sind und zu welcher Unterstützung und welchem Vertrauen unser Lager bereit ist. Der Sprung ins Ungewisse war hochriskant, doch er war ein »qualitativer Sprung«. Die neuen Strukturen der europäischen Zusammenarbeit, die im Zuge der Mission geschaffen wurden, können weiter ausgebaut werden, und die Gegner wissen nun, daß wir Ernst machen und uns nicht mit einer zugewiesenen Rolle als wirkungsloser Störenfried zufriedengeben.

Die psychologische Wirkung ist für mich neben dem Druck auf die NGOs in der SAR-Zone und die Politiker in den Parlamenten einer der größten Erfolge von »Defend Europe«. Wir haben nicht nur ein Zeichen gesetzt, sondern wirklich etwas erreicht. Jedes Crewmitglied ging im Bewußtsein an Bord, daß dieser Schritt auch sein Leben gefährden könnte. Wir haben viel riskiert, hart gearbeitet und waren bereit, uns selbst und das Erreichte zu opfern. Wir sind an unsere Grenzen gestoßen, aber gestärkt aus dieser unwägbaren Zeit hervorgegangen.

Womöglich hätte ein ähnlich entschiedenes Vorgehen der IB im Jahr 2015 auch die Schließung der Balkanroute massiv beschleunigen können. Wir dürfen nie wieder zu spät kommen »Defend Europe« war eine Richtungsentscheidung für die IB. Die Strategie der Tat hat sich durchgesetzt. Unverhandelbar gewaltfrei, aber gewaltig durch maximale Risiko- und Opferbereitschaft. Bloß symbolischer Protest und Zeichensetzen allein reichen nicht. Wir dürfen uns nicht in einer Nische einrichten, sondern müssen das gesamte patriotische Widerstandspotential ausschöpfen, solange es noch vorhanden ist.

Aus Schillers *Wallenstein* stammt der Vers: »Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.« Manchmal an Bord spürte ich, was Schiller damit meint und warum er recht hat. ■

Europäische Rechtsparteien – ein Überblick

von Benedikt Kaiser (BK) und Nils Wegner (NW)

Die europäische Parteienlandschaft ist, speziell auch im konservativen, freiheitlichen und rechten Spektrum, vielfältig, doch wird dieses Milieu – insbesondere in deutschsprachigen Medien – den Bürgern allenfalls verfremdet und diabolisiert, selten rational und unvermittelt vorgestellt. Das betrifft die Alternative für Deutschland in der Bundesrepublik, aber auch zahlreiche Gruppierungen in ganz Europa. Die vorliegende, nicht zuletzt aus Platzgründen selektive Auswahl soll Abhilfe schaffen. Sie bietet einen knappen Überblick darüber, in welchem europäischen Land welche Formationen mit welchem politischen Hintergrund und Stil zu Wahlen antreten, welche Erfolge in den letzten Jahren erzielt werden konnten oder welche Gründe dafür sorgen, daß eine relevante Rechte gar nicht erst entstehen kann.

Frankreich

Für Frankreich war das Jahr 2002 eine Zäsur. Jean-Marie Le Pen, der Gründer und Motor des Front National (FN), kandidierte zur Präsidentschaftswahl gegen mehr als ein Dutzend Kandidaten. Er erreichte – knapp hinter Jacques Chirac – fast 17 Prozent der Stimmen. In der Stichwahl mobilisierten alle Parteien ungeachtet der politischen Herkunft gegen den FN-Kandidaten. Le Pen unterlag deutlich und erzielte nur 17,8 Prozentpunkte. Bereits damals, im April 2002, warb die Anti-FN-Einheitsfronde von Trotzkisten bis zu Christlich-Konservativen mit Sprüchen wie »Besser eine Bananenrepublik als ein faschistisches Frankreich«. Die in diesem Sinne mal banal, mal komplexer aufrechterhaltene Dichotomie »Gut« gegen »Böse« war und ist dezidiert vorgegeben in der Tradition der Französischen Fünften Republik, die den FN als bereits 1972 gegründete Rechtspartei einfach nicht los wird. Dabei war die Partei nicht von Beginn an ein »Trendsetter des Rechtspopulismus« (Florian Hartleb), sondern war in den ersten Jahren nur eine Sammlung von unterschiedlichen Strömungen der konservativen bis radikalen Rechten. In den 1980er Jahren begann sukzessive das Wachstum des FN, erlebte in den 1990er Jahren ein Auf und Ab und mündete 2002 in das Duell Le Pens mit Chirac. Die Zeit danach war für den FN schwierig. Richtungskämpfe erschütterten seine Reihen, persönliche Querelen kamen hinzu. Erst 2012 gelang dank einer umfassenden Modernisierung – Außendarstellung, innere Struktur, Programmatik – ein Comeback. Unter Marine Le Pen, der Tochter des »Patron« Jean-Marie, die seit 2011 die Geschicke der Partei leitet, wurde alte Stärke erreicht bzw. übertroffen. Bei der Präsidentschaftswahl von 2012 gelang Marine Le Pen ein Achtungserfolg von 17,9 Prozent, sie kam aber nicht in die Stichwahl. Noch wichtiger als dieses Wahlergebnis war aber die Arbeit vor Ort, in den Dörfern, Gemeinden, Städten, in den Départements. Der FN löste sich von »altrechten« Zöpfen und durchbrach – mit einem sozialorientierten Patriotismus nach innen und einem nationalen Souveränismus nach außen – den klassischen *Cordon sanitaire* des Establishments, verankerte sich vor Ort als »greifbare« Wahlalternative mit offenem Ohr und entkam so bei weiten Teilen der Franzosen der Dämonisierung, für deren vormalige Zementierung Jean-Marie Le Pen verantwortlich gemacht wurde.

Diese erfolgreichen Bemühungen um einen geläuterten Ruf kulminierten am 23. April 2017 im Präsidentschaftswahlergebnis der Spitzenkandidatin Marine Le Pen: Sie erzielte 21,3 Prozent der Stimmen und mußte sich damit nur dem Wirtschaftsliberalen Emmanuel Macron geschlagen geben, der auf 24 Prozent der Stimmen kam. Die auf den ersten Wahlgang folgende Massenmobilisierung des gesamten politischen Spektrums links des FN – wie bei Le Pen senior 2002 reichte es von Trotzkisten bis zu Christlich-Konservativen – war beispiellos; im Netz kursierte ein Foto aus einem Kiosk, wo etwa 15 Zeitschriften und Magazine auslagen – sie alle, so unterschiedlicher Façon sie auch waren, zeigten den Le-Pen-Gegner Macron auf dem Titelblatt. Das Stichwahlergebnis (33,9 Prozent für Le Pen, 66,1 Prozent Macron) gab für die unmittelbar folgenden Parlamentswahlen keinen Schwung: Der FN fiel auf die Kernwählerschaft von etwa 13 Prozent zurück.

Neben dem Front National existieren mehrere kleinere Gruppierungen rechts des FN, zumeist Abspaltungen. Ihr Erfolg bei Wahlen beschränkt sich indes auf einige wenige lokale Hochburgen im Süden Frankreichs. (BK)

Griechenland

Als im Januar 2015 bei den Wahlen im krisengebeutelten Griechenland zur stärksten Partei eine linke Sammlungsbewegung wurde – Syriza (»Koalition der radikalen Linken«) – und die etablierten Konservativen und Sozialdemokraten – die politische »Kaste« in der spanischen Podemos-Terminologie – aufgrund ihrer EU-Loyalität als Kooperationspartner ausschieden, blickte der Syriza-Chef Alexis Tsipras nach rechts und koalierte von nun an mit den Unabhängigen Griechen (Anel), die in den letzten Jahren bei den wiederholten Urnengängen zwischen 3,7 und 10,6 Prozent erobert hatten. Die Unabhängigen Griechen regieren nach wie vor mit Syriza, und es bleibt festzuhalten: Anel ist eine dezidiert rechte Partei. Ihre Agenda ist nationalistisch bis chauvinistisch (in bezug auf Deutschland oder die Türkei), wirtschaftspolitisch protektionistisch und gesellschaftspolitisch konservativ. Die Agitation von Anel richtet sich dabei insbesondere gegen »die da oben« in Form der Konservativen und Sozialdemokraten, gegen »die in Brüssel« in Form der EU-Nomenklatura und gegen jene Teile der griechischen Medienlandschaft, denen vorgeworfen wurde, die Ängste und Sorgen des einfachen Volkes zu verschleiern, während den Konservativen und Sozialdemokraten nach dem Mund geredet worden sei. Die anfangs angenommene antikapitalistische Schlagseite wird häufig von einer deutschlandfeindlichen Grundstimmung überlagert, die in der Geschichte wurzelt. Gewissermaßen erscheint der ewige Deutsche als Ausbeuter Griechenlands von 1941 – dem Zeitpunkt des Angriffs Hitler-Deutschlands – bis heute – in Form von Schäuble und der Austeritätspolitik.

Rechts von Anel steht Chrysi Avgi – die Goldene Morgenröte. Die Partei vertritt rechte, bisweilen neofaschistische, vor allem aber auch neonationalsozialistische Standpunkte. Trotz dieser Tatsache hält sich die Goldene Morgenröte mit etwa sieben Prozent Stammwählerschaft im griechischen Parlament; 2014 erhielt man zudem über neun Prozent der griechischen Stimmen bei der Europawahl und sandte drei Vertreter ins Europaparlament. Die Partei ist nicht, wie Anel, »kleinbürgerlich« geprägt, sondern rekrutiert sich insbesondere aus militanten Rechtsstrukturen und (teilweise ehemaligen) Polizisten und Militärs. Daneben wirbt die Partei unter Auslandsgriechen, vor allem auch in den USA, Kanada und in den westeuropäischen Ländern. (BK)

Niederlande, mit Ausblick auf Belgien

Wie in Frankreich, war auch für die Rechte in den Niederlanden das Jahr 2002 eine parteipolitische Zäsur. Pim Fortuyn, Spitzenkandidat seiner eigenen islamkritischen, prowestlichen und wirtschaftsliberalen Plattform, wurde von linken Medien zunächst als »Rassist« dämonisiert und dann im Mai des Jahres von einem linksextremen Terroristen ermordet. Die Anhänger Fortuyns formierten sich neu als Liste Pim Fortuyn (LPF) und erzielten in einem geschockten Land 17 Prozent. Die LPF zerstritt sich und zerfiel ohne ihren charismatischen Gründer rasch. Vier Jahre nach dem Tod Fortuyns wurde von Geert Wilders die Partei für die Freiheit (PVV) gegründet. Da die Niederlande kein Parteiengesetz oder ähnliches kennen, war es ihm möglich, die Partei so aufzustellen, daß nur er allein sowie die ebenfalls gegründete Parteistiftung Mitglied werden konnte. Aus dem Stand erzielte der marktliberale Islamkritiker fast sechs Prozent der Stimmen. Sein symbiotisches Verhältnis zu den Medien half ihm, die Stellung seiner Ein-Mann-Partei auszubauen; 2010 erzielte er bereits 15,5 Prozent und wirkte prompt als Stütze für eine Minderheitsregierung – ein Umstand, der dem als Gegner des Establishments angetretenen Wilders schadete. Zwei Jahre später, als die Koalition zerbrach, fiel er folgerichtig auf zehn Prozent der Stimmen. Im März 2017 konnte Wilders wieder zulegen; die erreichten 13 Prozent blieben aber deutlich unter den eigenen (und gegnerischen) Erwartungen.

Im Vergleich zum Front National aus Frankreich ist die PVV eine Partei gänzlich anderen Typs. Bei Wilders steht nicht »das Volk« im Fokus. Er argumentiert nicht *per se* gegen das mediale und politische Establishment, dem er selbst entstammt, lehnt in keinem Fall wirtschaftliche (er ist marktliberal), außenpolitische (er ist erklärter Anhänger der NATO) oder permissive gesellschaftliche Grundbausteine der niederländischen Politik ab. Gemeinsam mit linken Parteien sorgte er beispielsweise dafür, homosexuellen Paaren die gemeinsame »Ehe«-Schließung zu erleichtern, spricht sich zudem weiterhin für die offene und »bunte« Gesellschaft aus. Alles, was Wilders als »rechts« erscheinen läßt, ist die konstante Negativfixierung auf den Islam (und seine meist marokkanischen Gläubigen in den Niederlanden), den er als »Totalitarismus des 21. Jahrhunderts« bezeichnet, sowie die Ablehnung der Brüsseler Bürokratie, die wiederum daher rührt, daß die EU zu islamfreundlich agiere. Wilders verspricht, die Unzufriedenheit vieler Niederländer zu kurieren, indem er die Islamisierung stoppt, aber ansonsten alles – Multikulti, offene Gesellschaft, Transatlantismus etc. – beim alten beläßt.

Dennoch wird Wilders von linken Medien als »Rechtspopulist« dargestellt, und im Inland und Ausland wird er von den Gegnern des Altparteienkartells als einer der ihren wahrgenommen (so auch von Teilen der AfD). Gleichzeitig aber bleibt der Ansatz Wilders' deutlich hinter den Möglichkeiten (und Wahlergebnissen!) zurück, die beispielsweise der französische Front National mit seinem an eine Weltanschauung und an breite Schichten des Volkes rückgebundenen sozialorientierten »Rechtspopulismus« erreicht (der mehr als nur ein einziges Thema kennt).

Auch bei den belgischen Nachbarn von Wilders sieht es anders aus. Der Vlaams Belang (VB) ist keine genuin rechtspopulistische, sondern eher eine traditionelle Rechtspartei mit modernen Stilelementen. Ein unabhängiges Flandern ist das primäre Ziel, Masseneinwan-

derung wird als bedrohlich abgelehnt. Als separatistische Kleinpartei, die derzeit belgienweit nur 3,7 Prozent und in ihrer Stammregion Flandern nur rund sechs Prozent der Stimmen erreichen kann, ist sie zwar fest in den kulturellen und politischen Sphären der Flamen verwurzelt, aber kein Erfolgsmodell. Die Hochzeit der parteipolitischen Rechten in Flandern ist einstweilen vorbei, im wallonischen Teil Belgiens sogar nie erreicht worden. (BK)

Spanien

In Spanien (wie auch in Portugal) kommt die politische Rechte nicht in Fahrt. Trotz perpetuierter ökonomischer Krisenlage und Jugendarbeitslosigkeitszahlen, die längst die 25 Prozent übersteigen, können rechte Kräfte diese Unzufriedenheit nicht kanalisieren. Die liberalkonservative Regierungspartei Partido Popular (PP) beherbergt zwar altfranquistische Überbleibsel und katholische Rechte; diese sind aber marginalisiert und ohne relevante Einflußmöglichkeiten. Weiter rechts gibt es keine landesweit aktive Partei. In den einzelnen Regionen, vor allem im Baskenland und in Katalonien, gibt es verschiedene bürgerlich-nationalistische Gruppen, deren thematische Fokussierung sich aber meist auf die Themen Autonomie, Separatismus und Islamkritik beschränkt. Die radikale Rechte um verschiedene Falange-Nachfolgegruppen kann selten Ergebnisse über dem Promillebereich erzielen, weshalb sich die politisch aktive Jugend andere, fast ausschließlich außerparlamentarische Betätigungsfelder sucht.

Das Gros der politisch regsamen spanischen Jugend wendet sich jedoch einer Partei zu, die gerade keine »Partei« im klassischen Sinne darstellen möchte und durchaus »rechte« Elemente absorbiert. Die eigentlich »linkspopulistische« Formation Podemos (»Wir können«) ist ein Produkt der europäischen im allgemeinen und der spanischen Finanz- und Wirtschaftskrise im besonderen. Entstanden erst im Frühjahr 2014, liegen die Wurzeln von Podemos in den Krisenjahren 2011/2012, als die außerparlamentarische Bewegung der Indignados (»Empörte«) vor allem jugendlichen Protest gegen Regierungskonservative und Sozialdemokraten auf die Straßen trug. Pablo Iglesias, heute Generalsekretär von Podemos, zog aus den Massenprotesten die Schlußfolgerung, daß auf das außerparlamentarische Spielbein nun ein parlamentarisches Standbein zu folgen habe. Podemos überwindet die klassische Links-Rechts-Dichotomie und setzt bewußt auf volksnahe, auf populistische Theorie und Praxis. Iglesias und Co. vertreten zugespitzte Positionen in bezug auf die »Kaste« der Politiker und die ihnen tatsächlich oder vermeintlich hörigen Journalisten: Dort werde abgehoben vom »Volk« agiert, und dieser Komplex sei durch Korruption und Kleptokratie gekennzeichnet. Der Begriff der »Kaste« ist dabei elementarer Bestandteil der Podemos-Verlautbarungen; er wirkt integrierend auf Unzufriedene jeder Couleur und jeder gesellschaftlichen Schicht.

Inigo Errejon, Politikwissenschaftler und »Nummer zwei« von Podemos nach Iglesias, ist verantwortlich für die Wahlkampfstrategien der linken Populisten; er beruft sich dabei direkt auf Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (vgl. *Sezession* 79). Zudem integriert Podemos positive Bezugnahmen auf Patriotismus und Vaterland in das moderne linke Programm. Damit eckt man aber im weiteren linken Spektrum durchaus an und sorgt für Ausfransungen am linken Rand, wo man die Gefahr sieht, die Unzufriedenheit »rechts« aufzuladen. Die populistische Taktik des Bezugs auf die Gepeinigten des aktuellen Zustandes der politischen und ökonomischen Verhältnisse gegen die oligarchische »Kaste« als konkretem Gegner hat sich bis dato jedoch bewährt: Ende 2015 erreichte man bei den Parlamentswahlen 20,6 Prozent der Stimmen und bewies, daß das spanische Zweiparteienregiment der Vergangenheit angehören könnte. Solange also die politische Rechte in Spanien mit dem Mainstreamkonservatismus des PP und der Zersplitterung der »alten« Rechten verbunden wird, kann Podemos derartige Widersprüche aushalten und weiter daran arbeiten, die Grenzen zwischen Links und Rechts zugunsten eines »popularen« Programms zu verwischen. (BK)

Tschechien

In Tschechien gibt es keine Rechtspartei mit Erfolgsaussichten. Die Dělnická strana sociální spravedlnosti (DSSS; Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit) ist eine radikal rechte Splitterpartei. Es hat sich gezeigt, daß ihre unumstrittene und bewußte Verankerung im marginalisierten altrechten Lager der Tschechischen Republik jedes Wachstum über dieses Spektrum hinaus – auch aufgrund der historischen Situation des Landes – unmöglich macht. Einzelne lokale Wahlerfolge in der böhmischen Peripherie konnten daran nichts ändern.

Jenseits der DSSS steht mit Andrej Babiš ein Politiker vom Typ Silvio Berlusconis im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Babiš gilt manchen Medien als »Rechter«; bekannt ist er aber vor allem als zweitreichster Mann des Landes. Der Eigentümer mehrerer Tageszeitungen gründete 2011/12 die Partei ANO (Ano heißt einerseits auf tschechisch »Ja« und steht andererseits für »Aktion unzufriedener Bürger«) und ist Finanzminister in Prag. 2013 erreichte er mit ANO prompt 18,65 Prozent der Wählerstimmen bei der Abgeordnetenhauswahl, bevor man 2016 bei den Regionalwahlen mit 21 Prozent sogar stärkste Kraft Tschechiens wurde. Babiš' Agitation richtet sich gegen »die« politische Klasse, gegen die »alten« Parteien und für einen schlanken Staat samt schlanker Verwaltung. Die Vorwürfe, Babiš habe sich die Wahlformation geschaffen, um den Reichtum seiner Holdings weiter zu mehren, können bis heute nicht zweifelsfrei bestätigt werden, stehen aber im Raum. Fest steht zudem, daß Babiš aufgrund von Steuerbetrugsvorwürfen von seinem Amt zurückgetreten ist und Ende Oktober 2017 vorgezogene Neuwahlen stattfinden werden. Positive Bezugnahmen

auf Heimat, Tradition und soziale Verantwortung sind in Tschechien parteiübergreifend vorhanden; auch dadurch wird die Entstehung einer dezidiert rechten Partei deutlich erschwert. (BK)

Slowakei

In der Slowakei verhält sich die Lage ein wenig anders. Gleich zwei relativ erfolgreiche Rechtsparteien konkurrieren in Bratislava um Stimmen. Die Slovenská národná strana (SNS, Slowakische Nationalpartei) ist eine christlich-nationalkonservative Partei mit sozialer Ausrichtung. Die *Národniari* erzielten zuletzt bei den 2016er Wahlen über 8,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die daraufhin entsandten 15 Abgeordneten koalierten unter dem sozialdemokratischen Premier Robert Fico mit dessen linkspatriotischer Partei sowie mit der christdemokratischen Vertretung der ungarischen Minderheit. Erst im August 2017 wurde diese Drei-Parteien-Koalition durch die SNS aufgekündigt; es geht, wie Beobachter vermuten, vor allem um koalitionsinterne Verteilungskämpfe (Stellen und EU-Fördermittel). Rechts der traditionsreichen SNS steht die erst 2010 gegründete Partei Kotleba – L'udová Strana Naše Slovensko (LSNS, Volkspartei Unsere Slowakei). Die Anhänger der LSNS stehen für einen radikalnationalistischen Kurs bei Betonung der sozialen und christlichen Verortung der slowakischen Nation. 2012 kam die LSNS lediglich auf 1,58 Prozent und blieb isoliert. Bei den Regionalwahlen im November des folgenden Jahres wurde Parteichef Marian Kotleba in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten zum Regionalpräsidenten seines »Landschaftsverbands« (ähnlich dem Bundesland in Deutschland) in der Mittelslowakei gewählt. Erst nach diesem Wahlerfolg erfuhr die Partei weitreichende mediale Aufmerksamkeit; sie forcierte ihren zuwanderungsgegnerischen, nationalsozialen Kurs. Trotz entsprechender Skandalisierung durch europäische Medien erreichten die *Kotlebovci* bei den Nationalratswahlen von 2016 einen Stimmenanteil von acht Prozent; neben den 15 Abgeordneten der rechtskonservativen SNS sind seitdem auch 14 Mandatsträger der radikal rechten LSNS im (insgesamt 150 Personen umfassenden) slowakischen Parlament vertreten. Außerdem – in der Slowakei ist der angebliche europäische »Rechtsruck« tatsächlich zu spüren – sitzen mit den 16 Abgeordneten der Obyčajní L'udia a nezávislé osobnosti (OLANO, Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen) als »rechtspopulistisch« geltende Parlamentarier im Nationalrat. OLANO kann inhaltlich dabei am ehesten mit der libertär- bis liberalkonservativen Bernd-Lucke-Partei Liberalkonservative Reformer (LKR, ehedem Alfa) verglichen werden. (BK)

Grossbritannien

Die Anfänge dezidiert rechter britischer Nachkriegsparteien reichen zurück bis ins Jahr 1954, als der ehemalige Funktionär der 1940 verbotenen British Union of Fascists Arthur K. Chesterton (ein Großcousin des Schriftstellers Gilbert K. Chesterton) die Lobbygruppe League of Empire Loyalists (LEL) gründete. Ihr Hauptanliegen war die »Rettung« des britischen Weltreichs vor seiner Nivellierung im Angesicht des beginnenden Kalten Kriegs zwischen Sowjetunion und Vereinigten Staaten. Die LEL vereinte traditionalistische Konservative und radikale jüngere Aktivisten, beschränkte sich jedoch auf außerparlamentarische Agitation und kam selbst in ihren Hochzeiten Ende der 1950er nicht über ca. 3000 Mitglieder hinaus. Mit ausbleibendem politischen Erfolg und starkem Mitgliederschwund durch mehrere (kurzlebige) radikalere Abspaltungen konfrontiert, verschmolz Chesterton die LEL 1967 mit der 1960 gegründeten »ersten« British National Party zur noch heute bestehenden, nur weiße Briten aufnehmenden und radikal auftretenden National Front (NF), die es Mitte der 1970er auf schätzungsweise 19000 Mitglieder brachte und heute marginalisiert ist.

Die heutige British National Party (BNP) entstand ihrerseits 1982 als Fusion einer Abspaltung von der National Front mit mehreren rechtsradikalen Splittergruppen. Lange machte die Partei vor allem durch provokante öffentliche Aufmärsche und Massenschlägereien mit linken Gegendemonstranten von sich reden. Ab Mitte der 1990er gewannen »Modernisierer« an Einfluß innerhalb der BNP, die den bisherigen Radikalismus zugunsten eines Rechtspopulismus nach österreichischem und französischem Vorbild verwerfen wollten; mit der Wahl Nick Griffins zum neuen Parteichef 1997 wurden ihre Forderungen zur offiziellen Linie. Griffin verwarf den biologischen Rassismus seines Vorgängers, wandte sich einer ethnopluralistischen und antiislamischen Agenda zu und ermutigte die Parteimitglieder zu sozialem Engagement. Größter Paukenschlag war die Erringung zweier Sitze im EU-Parlament mit fast einer Million Stimmen 2009, was für erhebliches Aufsehen sorgte. Vergleichbare Erfolge sind seither nicht mehr gelungen, wofür die BNP-Führung vor allem die UK Independence Party (UKIP) verantwortlich macht, welche ihr Themen, Standpunkte und Wählergunst »gestohlen« habe. (NW)

Ungarn

Als »erste« postkommunistische Partei Ungarns gründete sich 1988 noch vor dem Zusammenbruch des Ostblocks der Fiatal Demokraták Szövetsége (»Bund Junger Demokraten«, kurz Fidesz) als radikale, aktivistische Partei der jungen Generation; einer der Gründer war der heutige ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. Seit 1990 ist Fidesz im ungarischen Parlament vertreten, nahm 1996 den Namenszusatz Magyar Polgári Párt (»Ungarische Bürgerliche Partei«) an und vertritt einen milde populistischen, nationalkonservativen Kurs. 1998 bis 2002 stellte Fidesz in Koalition mit der Bauernpartei erstmals die Regierung unter Viktor Orbán; 2004 konnte die Partei einen Erfolg bei der Europawahl einfahren. Seit 2010 stellt Fidesz in Koalition mit

der Christlich-Demokratischen Volkspartei wiederum die ungarische Regierung.

Anfang 2015 allerdings mußte Orbán einen schweren Vertrauensverlust hinnehmen, nachdem einer seiner Fürsprecher Anfang 2015 an die Medien durchgestochen hatte, daß es sich bei der bürgerlich-wertkonservativen, auf Gott, Nation und Familie fokussierten Agenda (»polgári Magyarország«) des Ministerpräsidenten lediglich um ein sorgfältig formuliertes Lippenbekenntnis handele, um das Wählerpotential der Mittelschicht abzuschöpfen. Entsetzte, sich verraten fühlende Unterstützer wanderten daraufhin zur 2003 gegründeten, rechtsradikalen ehemaligen Studentenpartei Jobbik Magyarországért Mozgalom (»Bewegung für ein besseres Ungarn«, kurz Jobbik) ab, die zuletzt 2009 durch das Verbot ihrer paramilitärischen Parteimiliz »Ungarische Garde« für Aufsehen gesorgt hatte. Jobbik sieht sich durch diesen Sympathiezuwachs deutlich gestärkt; die nächsten ungarischen Parlamentswahlen stehen allerdings erst 2018 an und werden zeigen, wieviel Unterstützung die 2015er Affäre die etablierte Fidesz tatsächlich gekostet hat.

2013 gründeten einige ehemalige Jobbik-Mitglieder nach Vorbild der griechischen Chrysi Avgi die Partei Magyar Hajnal (»Ungarische Morgenröte«), um einen radikaleren und völkisch-nationalistischen Kurs zu fahren. Sie ist gegenwärtig jedoch ähnlich bedeutungslos wie die »traditionell« rechtsextreme Magyar Igazság és Élet Pártja (»Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei«), die von 1998 bis 2002 mit fünf Sitzen im Parlament vertreten war und u.a. eine Wiedererrichtung Großungarns durch Revision des Trianon-Vertrags von 1920 anstrebt. (NW)

Italien

Nach dem Niedergang der 1946 gegründeten postfaschistischen Sammlungspartei Movimento Sociale Italiano (»Italienische Sozialbewegung«, kurz MSI), die vor allem auf regionaler Ebene Erfolge verbuchte sowie vorübergehend ins Europaparlament einziehen konnte und 1995 unter zahlreichen Abspaltungen in der gemäßigteren, nationalkonservativen Alleanza Nazionale (»Nationale Allianz«) aufging, war die politische Rechte in Italien lange Zeit von einer Vielzahl unterschiedlich radikaler Klein- und Kleinstparteien geprägt.

1994 allerdings hatte der Unternehmer Silvio Berlusconi die Partei Forza Italia (etwa »Vorwärts, Italien!«) gegründet, die den Populismus nach Italien brachte und sich für das gesamte Mitte-Rechts-Spektrum offen präsentierte. Bei den Wahlen im selben Jahr wurde die Forza Italia aus dem Stand stärkste Kraft im Parlament und schloß sich mit mehreren rechtskonservativen Neugründungen zu einem Wahlbündnis zusammen, das 1994–1996, 2001–2006 und ab 2008 jeweils unter Berlusconi die Parlamentsmehrheit und Regierung stellte. Derzeit ist sie vor allem im EU-Parlament vertreten, während sie im italienischen Senat und Parlament nur kleine Fraktionen bildet.

Die 1989 gegründete und unter regionalistischer Flagge vielfältige politische Flügel vereinende Lega Nord per l'indipidenza della Padania (»Liga Nord für die Unabhängigkeit Padaniens«, kurz Lega Nord) tritt insbesondere für eine tiefgreifende Föderalisierung und »Devolution« Italiens ein, die dem wirtschaftsstarken Norden des Landes zugute kommen soll; von 1996 bis 2006 verfocht sie eine offen sezessionistische Politik, in deren Rahmen die Republik in die Makroregionen Padanien (Norden), Etrurien (Mitte) und Ausonia (Süden) aufgespalten werden sollte. Vordenker hierbei war der Politikwissenschaftler Gianfranco Miglio, ein Epigone Max Webers und Carl Schmitts. Ab 2000 unterwarf sich die Lega dem Mitte-Rechts-Bündnis Berlusconis, der sie zwang, ihre Abspaltungsrhetorik zurückzufahren. Die Lega Nord ist seit ihrer Gründung durchgängig in Parlament und Senat vertreten, wobei ihre Hochzeit in den frühen 1990ern lag.

Radikalere Rechtsparteien sind nach wie vor vielfältig, klein und haben wenig Bedeutung. Dazu zählen u.a. La Destra (»Die Rechte«), Forza Nuova (»Neue Kraft«) sowie die neofaschistische Fiamma Tricolore (»Dreifarbige Flamme«). Die Sozialbewegung CasaPound Italia (CPI; die »Faschisten des dritten Jahrtausends«) ihrerseits stellt seit 2011 eigene Kandidaten zu Kommunal- und Regionalwahlen auf und hatte bereits einige Achtungserfolge zu verzeichnen. Ihr Einzug in das italienische Parlament bei den nächsten Wahlen Anfang 2018 ist nicht auszuschließen. (NW)

Österreich

Parteineugründungen haben es in Österreich traditionell schwer: Das Dreigestirn aus Sozialdemokraten (SPÖ), Christdemokraten (ÖVP) und Freiheitlichen (FPÖ) hat die politische Landschaft fest im Griff. Die FPÖ ging 1955 aus dem erfolglosen Verband der Unabhängigen (VdU) hervor, der als Nachkriegspartei ehemaliger Nationalsozialisten und rechter Bürgerlicher die Errichtung eines »Dritten Lagers« neben den beiden klassischen Volksparteien angestrebt hatte. Nachdem ein Vermittlungsversuch zwischen radikalen nationalistischen und nationalliberalen Elementen 1966 zur Abspaltung der neonationalsozialistischen (und 1988 behördlich aufgelösten) Nationaldemokratischen Partei (NDP) führte, waren lange Zeit weiterhin nur mäßige Wahlerfolge zu verzeichnen. Ausgerechnet mit dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte (fünf Prozent) erlangte die FPÖ nach den Nationalratswahlen 1983 in einer Koalition mit der SPÖ erstmals eine Regierungsbeteiligung, nachdem sich auf dem Parteitag 1980 der liberale Parteiflügel durchgesetzt hatte. Diese Koalition wurde beendet, nachdem 1986 Jörg Haider Parteivorsitzender geworden war – Haider führte die Partei auf einen dezidiert rechtspopulistischen Kurs, der neue Wählerpotentiale erschloß und einen massiven Aufschwung einleitete. 1999 wurde die FPÖ zweitstärkste Partei im Nationalrat, und im Folgejahr

trat eine ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung an, was für einen europaweiten Aufschrei und Sanktionen der übrigen EU-Staaten gegen Österreich führte. Interne Querelen führten jedoch zu vorgezogenen Neuwahlen, in denen die Partei nur noch zehn Prozent der Stimmen erringen konnte und fortan vom Koalitionspartner politisch dominiert wurde.

2005 trat die damalige Parteispitze (darunter auch Haider) geschlossen aus der FPÖ aus und gründete das neoliberale und heute bedeutungslose Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Neuer Parteiobmann wurde Heinz-Christian Strache, mit dem die FPÖ einen deutlich aggressiveren, antiislamischen Kurs einschlug und in der Opposition neu erstarken konnte: Die vorgezogenen Nationalratswahlen 2008 brachten den Freiheitlichen wieder 17,5 Prozent der Stimmen. Besonders stark ist die FPÖ seither in Landtags- und Kommunalratswahlen mit teilweise mehr als 30 Prozent der Stimmen; Höhepunkt ihrer Entwicklung ist die extrem knappe Niederlage ihres Kandidaten Norbert Hofer gegen den von den Grünen aufgestellten und von einem gesamtgesellschaftlichen »breiten Bündnis« unterstützten Kandidaten Alexander Van der Bellen bei der Bundespräsidentenwahl 2016. (NW)

Schweiz

Die zweifellos bekannteste und erfolgreichste rechte Partei der Eidgenossenschaft ist die Schweizerische Volkspartei (SVP), die sich auf französisch und italienisch als »Demokratische Union der Mitte« bezeichnet. Sie entstand 1971 aus dem Zusammenschluß von Demokratischer Partei und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei; seit ihrer Gründung ist sie durchgängig in National- und Ständerat vertreten und seit 2003 die sitzstärkste Partei im Parlament. Dieser Erfolg ist insbesondere dem Unternehmer Christoph Blocher zu verdanken, der ab Mitte der 1980er die treibende Kraft hinter der Wandlung der SVP von einer vorrangig deutschschweizerisch-protestantischen, mittelständisch und bäuerlich geprägten Partei hin zum gesamtschweizerischen, kompromißlosen Rechtspopulismus unter den Maximen uneingeschränkter nationaler Souveränität, Bündnisfreiheit und konservativer Gesellschaftsausrichtung war. Deutlichster Ausdruck dieser gewandelten Rhetorik war der Skandal um das sogenannte »Schäfchenplakat«, der im unmittelbaren Vorfeld der Parlamentswahlen 2007 für weltweite Aufmerksamkeit und erste gemäßigte Abspaltungen sorgte; nichtsdestoweniger vermochte es die SVP, in jener Wahl ihr bis heute erfolgreichstes Wahlergebnis einzufahren. Gleichwohl hatte die öffentliche Kontroverse für nachhaltige parteiinterne Spannungen gesorgt: Blocher wurde noch im gleichen Jahr überraschend nicht in den Nationalrat gewählt, und im Folgejahr verließen aufgrund fortdauernder Auseinandersetzungen teilweise ganze Kantonalparteien die SVP und konstituierten sich als Bürgerlich-Demokratische Partei neu. Erstmalige Stimmeneinbußen waren 2011 zu verzeichnen; die SVP blieb jedoch landesweit klar stärkste Partei.

Des weiteren existieren kleinere rechte Parteien. Die 1961 als »Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat« gegründeten Schweizer Demokraten waren von 1967 an 40 Jahre lang im Nationalrat vertreten, verloren in den 1990ern jedoch den Großteil ihrer Wähler an die SVP und sind heute politisch bedeutungslos. Ein ähnliches Schicksal erlitt die 1975 gegründete, nationalkonservative und explizit christliche Eidgenössisch-Demokratische Union; sie saß von 1991 bis 2011 im Nationalrat und koalierte zeitweilig mit der SVP, befindet sich seit ihrem Ausscheiden aus dem Parlament jedoch in einem Zustand der Stagnation. Die völkische, in der Tradition der faschistischen Nationalen Front der 1930er/40er stehende Partei National Orientierter Schweizer hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2000 von einem »reaktionären« neonationalsozialistischen Kurs in Richtung der Neuen Rechten entwickelt, was sich auch in einer Neufassung des Parteiprogramms 2009 niederschlug; heute fährt sie einen linksnationalistischen Kurs. Sie blieb dennoch bis auf vereinzelte Stadtratssitze erfolglos und rangiert schweizweit im dreistelligen Mitgliederbereich. (NW)

Skandinavien

In Norwegen heißen die Liberalkonservativen Høyre (»Rechte«), anders als die rechtspopulistische Fremskrittspartiet (»Fortschrittspartei«, gegr. 1973). Nach erheblichem Stimmenzuwachs Anfang der 2000er stellte sie 2005–2013 die zweitgrößte Fraktion im Storting; seit 2013 koaliert sie mit Høyre.

Die schwedischen Nationalkonservativen heißen seit 1969 Moderata Samlingspartiet (»Gemäßigte Sammlungspartei«) und fahren einen liberalkonservativen Kurs. Erwähnenswert sind die Sverigedemokraterna (»Schwedendemokraten«, gegr. 1988), deren Einzug in den Reichstag 2010 für Aufregung sorgte; seit 2014 sitzen sie auch im EU-Parlament.

Die 1995 gegründete Dansk Folkeparti (»Dänische Volkspartei«, DF) verficht eine Synthese aus nationalkonservativer und sozialdemokratischer Politik sowie Globalisierungs- und EU-Kritik. 2001–2011 an der Regierungskoalition beteiligt, stellt sie seit 2015 die zweitstärkste Parlamentsfraktion. Die Konservative Folkeparti (gegr. 1915) implodierte nach jahrzehntelangen internen Auseinandersetzungen; auch die 1972 gegründete Fremskridtsparti (»Fortschrittspartei«) stellt nach Abspaltungen und unter dem DF-Konkurrenzdruck heute nur mehr eine Splitterpartei dar.

In Finnland finden sich die Perussuomalaiset (»Basis-« oder »Wahre Finnen«) als populistische Anti-Establishment-Partei, die 1995 aus der Landvolkpartei hervorgingen. Sie zogen 2003 erstmals ins finnische und 2009 ins Europaparlament ein, spalteten sich im Juni 2017 jedoch. (NW) ■


КРАСНАЯ
РСФСР
МОСКВА
СЕРДЦЕ
ПРОЛЕТАРСК
МИРОВОЙ
РЕВОЛЮЦИИ
MOSC
th
hear
of the Worl
Revolution

150 Jahre »Das Kapital«, 100 Jahre Oktoberrevolution

von Benedikt Kaiser

2017 ist nicht nur für die politische Linke ein Jahr der Erinnerung. Denn ihre beiden großen Jubiläen – 150 Jahre Publikation des ersten *Kapital*-Bandes von Karl Marx, 100 Jahre Oktoberrevolution in Rußland – sind zweifellos von welthistorischer Bedeutung: Das komplexe theoretische Werk des *Kapitals* ist aufgrund seiner Resonanz und der Rezeption durch praktische Revolutionäre als eines der folgenreichsten Bücher der Geschichte anzusehen, die Oktoberrevolution aufgrund ihrer polarisierenden Wirkung auf die Weltpolitik als die größte politische Zäsur nach der Französischen Revolution von 1789/93.

Es geziemt sich also für politisch Denkende und Handelnde nicht, das Marxsche Hauptwerk beiseitezuschieben und die Oktoberrevolution zu ignorieren. Man sollte vielmehr einen »rechten« Zugang zum *Kapital* (I.), einen überlegten Standpunkt zur Oktoberrevolution (II.) und – auf diesen beiden Aspekten fußend – den Mut zu einer Neupositionierung finden (III.), welche die politische Rechte für kommende Herausforderungen geistig rüstet und gegen einen bestimmten liberalen Fehlschluß (IV.) feit.

I. *Das Kapital,* Band 1 – 150 Jahre danach

Der erste Band des Marx-Vermächtnisses *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* erschien 1867. Ursprünglich war es auf vier »Bücher« in drei »Bänden« ausgelegt, doch tatsächlich wurden drei Bücher in drei Bänden publiziert; das vierte Buch blieb ungeschrieben. Der Autor verfaßte sein *Opus magnum* im Exil in Großbritannien, dem damaligen Motor der Weltwirtschaft. Karl Marx lebte seit 1849 in der britischen Hauptstadt. Die Verbannung vom Festlandeuropa kam ihm dabei durchaus zupaß: Nur in London konnte er den Zustand der herrschenden Produktionsweise studieren, analysieren, kritisieren.

Im Auftaktband *Der Produktionsprozeß des Kapitals* widmet sich Marx dem grundsätzlichen Verhältnis von Kapital und Arbeit. Für seinen Kompagnon und Mäzen Friedrich Engels, der Band 2 (*Der Zirkulationsprozeß des Kapitals,* 1885) modifiziert herausgab und Band 3 (*Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion,* 1894) wesentlich gestaltete, war dieses Verhältnis »die Angel, um die sich unser ganzes heutiges Gesellschaftssystem dreht«. Marxens wissenschaftliche Leistung sei zudem geprägt von einer »Gründlichkeit und Schärfe, wie sie nur einem Deutschen möglich war«.

Die angesprochene Gründlichkeit ist denn auch ein Grund, weshalb sich viele Linke bis heute nur an einige Schlagworte oder an Marx-Verkürzungen der realsozialistischen Orthodoxie wagen; *Das Kapital* ist kein Manifest, kein Programm, keine von Antikapitalisten stur zu befolgende *To-do*-Liste, sondern eine teils polemische, vor allem aber nüchtern-akademische Analyse der zum Zeitpunkt der Abfassung des Textes überlieferten wirtschaftlichen Grundannahmen. Marx richtet sich ganz

»Von Anbeginn der Internationalisierung des Wirtschaftslebens, nicht erst im Zeitalter der Globalisierung, war der Bourgeois (und nicht der Proletarier) der ›vaterlandslose Geselle‹ schlechthin.«

Thomas Kuczynski: *Geschichten aus dem Lunapark.*

zentral gegen die Deutungshoheit der führenden englischen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo, er wollte deren Axiome wissenschaftlich kritisieren und eigene Definitionen von Arbeit, Wert und den Gesetzen der Ökonomie vorlegen. Band 1 ist, wie Rolf Peter Sieferle festhielt, keine Darstellung der effektiven Wirklichkeit des Kapitalismus. Er ist vielmehr der Versuch, das darunterliegende Wesen (auch wenn Marx just diesen hegelianischen Begriff nicht goutierte) des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis zu erfassen, die kapitalistische Produktionsweise darzustellen und insbesondere auch eine Ideologiekritik der politischen Ökonomie vorzulegen – nicht aber ein gegenläufiges Modell zu entwerfen, weswegen im ersten Band des *Kapital* der Terminus »Sozialismus« nicht ein einziges Mal fällt.

»Insgesamt ist das Ergebnis gar nicht so schlecht für einen Theoretiker des 19. Jahrhunderts. Fast die Hälfte seiner Prognosen ist vollständig eingetroffen, bei einigen hat er mit Modifikationen recht behalten, und die wirklichen Fehlprognosen beschränken sich im Wesentlichen [...] auf Gebiete, auf denen er sehr zurückhaltend war.«

Rolf Peter Sieferle: *Karl Marx zur Einführung.*

Im dritten Band sollte Marx (vermittelt über Engels) dann verraten, daß es ihm zuallererst um eine idealtypische Gesamtschau des Kapitalismus ging, also um die Merkmale der herrschenden Produktionsweise, die es erlauben, den Begriff des »Kapitalismus« überhaupt als definierte Kategorie zu verwenden. Diese abstrakte Vorgehensweise eines zum besseren Verständnis der Analyse gedachten Durchschnittskapitalismus vernachlässigt die konkreten Verortungen des jeweiligen Kapitalismus: Er ist bis heute und trotz seiner globalen und virtuellen Expansion an konkrete Rahmenbedingungen gebunden.

Ungeachtet vieler vom heutigen Kenntnisstand aus als falsch oder unzureichend anzusehender Teilanalysen und Prognosen erschuf der vor 150 Jahren erschienene Debütband bleibenden »Mehrwert« für die damals wie heute Lebenden. Zu nennen ist die Darstellung, daß ein wirtschaftliches System grundlegende Beziehungen schafft, denen einzelne Personen nicht entgehen können. Die Fokussierung auf Bankiers und Manager ist mit Marxens *Kapital* nicht zu rechtfertigen: Vielmehr weist Marx explizit darauf hin, daß der Einzelne »Geschöpf« der realen Verhältnisse sei, selbst dann noch, wenn dieser einzelne denkt, er sei von diesen unabhängig oder habe sie durchschaut. Marx interessiert sich für die Kapitalisten nur insofern, als sie etwas Bestimmtes darstellen, nämlich die Vergegenständlichung einer Logik, die vom Kapitalismus indes vorgegeben wird: Das Herrschende im Kapitalismus ist das Kapital, *nicht* der Kapitalist als »Personifikation ökonomischer Kategorien« (Marx). Was Marx als Endziel vor Augen hatte, war die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, nicht die Abschaffung eines bestimmten Ausbeutertyps oder die Forcierung einer »gerechteren« Umverteilung. Denn die Produktionsweise des Kapitalismus diene *per se* dem Kapital, nicht aber den Menschen, was den Kern des Übels bedeute.

Ein weiterer beispielhafter Aspekt ist die Tendenz des Kapitals, aufgrund seiner Basis – dem von Marx erklärten Wertprinzip – alles zu »kommodifizieren«, also alles zu einer Ware zu transformieren, jedem Ding, jeder Person einen Wert zuzuschreiben. Es sei dies ein Vorgang, der die zwischenmenschlichen Beziehungen einschließe und heute als Kommerzialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, in dem der schon damals konstatierte »Fetischcharakter der Warenwelt« (Marx) dutzendfach potenziert ist, wohl weiter fortgeschritten ist als noch zu Marxens Zeit. Dasselbe gilt sicherlich auch für die von Marx vorweggenommene Globalisierung des Kapitals sowie die Herausstellung der kapitalistischen Dynamik – allein *wie* flexibel und anpassungsfähig sie indes bis heute alle Krisen und Widersprüche überdauert oder gar als Startrampen für Entwicklungsschübe nutzt, hätte Marx dann doch überrascht.

II. 100 Jahre Oktoberrevolution

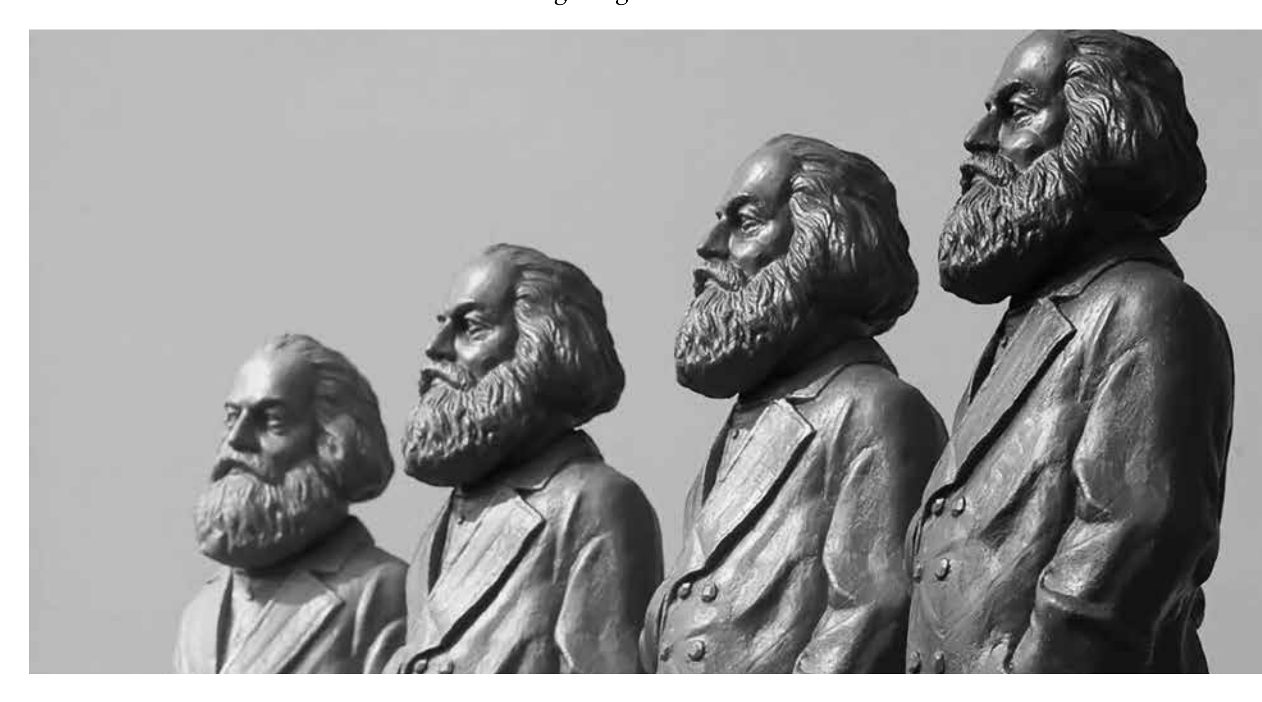
In seiner Marx-Einführung hebt Sieferle hervor, daß Marx als Polemiker gegen seine innersozialistischen Kontrahenten oft übers Ziel hinausschoß, indem er selbstherrlich agierte und Andersdenkende als »Narren« verhöhnte. So sehr dieses Verdikt auf überwiegend postum veröffentlichte Schriften wie die *Theorien über den Mehrwert* (von Karl Kautsky 1905–1910 ediert) zutrifft, darf der Folgeschluß – Marx als herrischer Gebieter, als geistiger Ahn Josef Stalins – nicht gezogen werden: Marx wollte keine gläubigen »Schüler« heranziehen, keine dogmatische Schule gründen, keinen Widerspruch verbieten. Im ersten Band des *Kapital* schrieb er explizit, daß ernste Kritik willkommen sei. Die von ihm kritisierte bürgerliche Gesellschaft sei »kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und

beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus«. Wenn jedoch etwas umwandlungsfähig erscheint und beständiger Veränderung unterliegt, muß die Auseinandersetzung ebenfalls zeitgemäß, also »in der Lage« erfolgen, mithin also vorhergehende wissenschaftliche Urteile revidieren und neue formulieren. Lenin als Kopf der Oktoberrevolution wie als rational-strategischer »Machiavell des Ostens« (Hugo Fischer) wußte noch überwiegend um diese Marxsche Flexibilität, die er sich selbst zu eigen machte, indem er gerade in der Vorgeschichte der Revolution oftmals aufgrund veränderter Lageanalysen neue Wege einschlug, die den vorigen mindestens widersprachen, sofern sie diese nicht gänzlich auf den Kopf stellten. In diesem Sinne nannte Nikolai Bucharin Lenins Gedankengebäude das »biegsamste aller erkenntnistheoretischen Instrumente«. Erst die Lenin folgenden Verantwortlichen machten aus dem sich dynamisch wandelnden Analysetool Marxens eine starre Doktrin, etwa Adam Deborin (»Der Marxismus […] ist eine geschlossene Weltanschauung«) oder, in pervertierter Form nach Lenins Tod 1924, Stalin und seine Claqueure.

Die Essenz des Marxschen *Kapital* von 1867 wirkte zweifellos auf die Bolschewiki der Oktoberrevolution von 1917. Sie wirkte aber in einer radikal vereinfachten bis verkümmerten Form. Zunächst, nach Marxens Tod 1883, systematisierte Engels das Marx-Erbe, veröffentlichte Fragmente und bearbeitete Nachlaßaufsätze in seinem Sinne. Als Engels zwölf Jahre später selbst verschied, übernahm Kautsky die vereinfachte Darstellung der Marx-Engels-Publikationen, so daß sie gewöhnlichen Arbeitern verständlicher wurden. Ein weiterer, dritter Vulgarisierungsschritt wurde durch die russischen Bolschewiki vorgenommen, so daß bereits im Jahr der Februar- und Oktoberrevolution ein doktrinär vereinfachter und auf einige Lehr- und Leerphrasen reduzierter »Marxismus« das aus westeuropäischer Sicht unterentwickelte respektive revolutionsunreife Rußland heimsuchte und in die Diktatur einer Minderheit überführte. Stalin wiederum vereinfachte die bereits mehrfach verkürzte bolschewistische Marx-Exegese erneut; man war beim geistig verkümmerten Tiefpunkt des Stalinschen »Marxismus-Leninismus« angelangt.

»Unsere Lehre, sagte Engels von sich und seinem berühmten Freund, ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. In diesem klassischen Satz ist […] jene Seite hervorgehoben, die sehr oft außer acht gelassen wird. Wenn wir sie aber außer acht lassen, machen wir den Marxismus zu einer einseitigen, mißgestalteten, toten Lehre, nehmen ihm die lebendige Seele, untergraben seine fundamentale theoretische Grundlage – die Dialektik […]; wir untergraben seine Verbindung mit den bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern könnte.«

W.I. Lenin: »Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus«; in: ders.: *Marxismus und Revisionismus*, S. 22–28.



Der Engels-treue Lenin war in diesem Chor der extremen Vereinfacherer eine rare Ausnahme, und doch konnte (oder wollte) er dieser Entwicklung nichts Substantielles entgegenstellen. Entgegen heute gängiger Meinungsbilder war er 1917ff. eben kein Diktator im klassischen Sinne, sondern nur eines von mehreren autoritären Kraftzentren innerhalb der damals noch fraktionell gespaltenen Bolschewiki. Seine parteiinterne Macht 1923/24 reichte noch nicht einmal aus, den von ihm auf dem Sterbebett als gewaltige Gefahr angesehenen Stalin seines Amtes als Generalsekretär der Partei entheben zu lassen – eine folgenschwere Entwicklung und Starthilfe für die Ausprägung des spätestens 1932 (Holodomor) bzw. 1936 (Stalinsche Säuberungen) gefestigten Terrorregimes. Aber diese Ent-

wicklung war 1917 nicht linear vorgezeichnet. War die Revolution zwar durchaus gewaltsam verlaufen, sah sich nichtsdestoweniger die schaurige Dialektik aus rotem und weißem Terror noch nicht zur vollen Entfaltung gekommen, wurden die die Zustände verschärfenden Interventionskriege der Westmächte noch nicht geführt usf.

»Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert.«

Friedrich Engels: *Der deutsche Bauernkrieg.*

Die vor 100 Jahren vollzogene zweifache Russische Revolution nur von ihrer – zwei Dekaden später – im Vernichtungswahn endenden Stalinschen Verfallsform einer totalitären Bürokratie zu betrachten, verstellt daher den Blick auf wichtige Erkenntnisse. Zunächst war die Oktoberrevolution (mehr als ihr Vorläufer, die Februarrevolution; vgl. *Sezession* 77) jene Erscheinung, die im 20. Jahrhundert die stärksten Kräfte, die heftigsten Gefühle – jeweils für und wider sie – entfesselte. Gemeinsam mit dem Weltkrieg von 14/18 legte sie den Grundstein für die weiteren Dezennien des Jahrhunderts, für den Zweiten Weltkrieg, für den Kalten Krieg, nach dem Scheitern ihres sowjetischen Experiments 1989/91 sogar für die an ihr Ende geratende unipolare Welt der Jetztzeit. Die Oktoberrevolution war aber zugleich ein Fanal alternativer Weltgeschichte. Erstmals brach eine politische Gruppe auf, um das Zeitalter eines ganzen Gesellschaftssystems, namentlich des kapitalistischen, das auf Ausbeutung und Profitmaximierung, auf Kolonialisierung und kriegerische Expansion, auf totale Kommodifizierung aller menschlichen Beziehungen setzte, zu beenden. Weltweit blickten Menschen nach Moskau und Petersburg, reisten in die Sowjetunion und erträumten sich das Vaterland aller freien, tätigen Menschen – die Sowjetpropaganda verstärkte diese Begeisterung, mußte sie aber nicht gänzlich inszenieren. Doch das gewaltige Ziel der Herstellung einer Gesellschaft auf Basis des kategorischen Imperativs, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx), scheiterte kolossal; die Mehrzahl der Menschen wurde erniedrigt und geknechtet, sah sich verlassen und wurde verächtlich gemacht.

III. Die Rechte und das linke Erbe

Doch wenn man deshalb *en bloc* die Beschäftigung mit dem widersprüchlichen Erbe der Oktoberrevolution, die sich direkt auf das Marxsche Werk bezog, aufgibt oder sich als unbeteiligter Nichtlinker entlastet zurücklehnt, verkennt man einen zentralen Punkt: Die zeitgenössische Erinnerung an das »Jahrhundertereignis« wird, wie der Politikwissenschaftler Frank Deppe zutreffend resümiert, »in erster Linie vom Ende der Sowjetunion und dem Scheitern des von ihr beanspruchten Modells des ›realen Sozialismus‹ bestimmt«. Das Deutungsmonopol der »bürgerlichen« Geschichtswissenschaft und ihrer Sprachrohre in den Mainstreammedien zementiert in diesem Kontext den Mythos der Alternativlosigkeit. Jeder noch so zaghafte theoretische Versuch, die Logik des Kapitals grundlegend zu hinterfragen und alternative Wege in Richtung einer souveränen, demokratischen und *postkapitalistischen* Gesellschaftsordnung wenigstens zu diskutieren, kann mit dem Verweis auf das Scheitern der Oktoberrevolution respektive ihres real existierenden Sowjetkonstrukts unterminiert werden. Die selbst auch auf Gewalt basierende kapitalistische Ordnung scheint so nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt werden zu können; man sieht sich sonst implizit oder explizit in einer geistigen Ahnenreihe mit Menschenschlächtern vom Schlage Stalins stehen. Gewiß: Das betrifft weitaus mehr das linke Spektrum mit seinen offen sozialistisch bis kommunistisch ausgerichteten Strömungen.

»Zu jedem historischen Zeitpunkt ist die Gegenwart nicht nur Gegenwart, sondern beinhaltet auch eine Perspektive auf die ihr immanente Vergangenheit – so ist beispielsweise die Oktoberrevolution nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht mehr dasselbe historische Ereignis; sie ist (aus Sicht des triumphierenden liberalen Kapitalismus) nicht mehr der Beginn einer neuen Epoche des Fortschritts in der Geschichte der Menschheit, sondern der Anfang einer katastrophalen Abweichung vom Kurs der Geschichte, die 1991 ihr Ende fand.«

Slavoj Žižek: *Absoluter Gegenstoß.*

Tatsächlich hat die nichtkapitalistische Rechte also einen Vorteil, da sie einer anderen Denktradition entstammt. Sie kann unvoreingenommen an die Oktoberrevolution, ihre Abwege und Entgleisungen, ihre Motivation und Ausgangslegitimation herantreten, ferner ungezwungen die damals wirkenden mannigfachen Denkrichtungen – von (ukrainisch-)nationalanarchistisch über »volkstümelnd«-sozialrevolutionär bis bolschewistisch – begutachten und das intellektuell Reizvolle vom überwiegenden doktrinären und »irrenden« Ballast scheiden.

Gleiches gilt auch für eine rechte *Kapital*-Lektüre. Während die Linke 150 Jahre das *Kapital* selektiv studiert hat, indem sie auf das Werk durch feststehende ideologische Brillen blickte, je nachdem, welchem ideologischen Flügel man angehörte – ob man also, um nur zwei Denkschulen zu nennen, in den elaboriert-esoterischen Diskurs-Labyrinthen

der Wertkritik versank oder orthodox marxistisch-leninistisch Zugang suchte –, kann die Rechte auf direktem Wege zum Text selbst zurückkehren und mit ihm lernen. Da bisher keine fruchtbringende rechte *Kapital*-Lektüre stattgefunden hat, fehlen ideologische Mittler: Man müßte keine Dogmenverletzung scheuen, und das hieße, man könnte ohne tradierte Denkblockaden prüfen, was man verwerfen *müßte*, und nutzen, was man nutzen *könnte*.

Im 150. Jahre des *Kapital* Marx zu entdecken und einen (für die Rechte) neuen Denkkosmos zu erschließen, hieße beispielshalber, den Begriff der »industriellen Reservearmee« zu adaptieren. Marx sah ihr Entstehen durch die Überzähligmachung von Arbeitern begründet; hochaktuell ist dieser Topos in Zeiten der Masseneinwanderung Geringqualifizierter, und zugleich wird dies besonders virulent im Rahmen der Digitalisierung ganzer Industriezweige (vgl. *Sezession* 78). Auch die alte Formel Basis/Überbau läßt sich neu lesen: In Zeiten eines sich ausdifferenzierenden Kapitalismus (als der materiellen Basis der Gesellschaften) ist ein unterschiedlicher (ideologischer) Überbau möglich. Dieser muß der Basis zwar weitgehend entsprechen bzw. darf mit ihr in essentiellen Fragen nicht über Kreuz liegen, ist aber nicht gänzlich durch sie determiniert. Das hieße konkret: Der Kapitalismus kann einen autoritär-partei»kommunistischen« Überbau (China) ebenso akzeptieren wie einen sunnitisch-wahabitischen Verblendungszusammenhang (Saudi-Arabien, Katar) oder einen autoritär-patriotischen *Rollback* (Ungarn), solange die »Produktionsweise des materiellen Lebens« (Marx) durch die Basis, die Gesamtheit kapitalistischer Strukturen also, vorgegeben werden kann.

IV. Der liberale Fehlschluß

Es gibt im unvollendet gebliebenen Werk von Marx viel zu entdecken, das darauf wartet, für das 21. Jahrhundert und seine Herausforderungen nutzbar gemacht zu werden. Es spricht – wie ausgeführt – einiges dafür, daß die Rechte hier zukunftsorientiert und im Vergleich zur Linken unkomplizierter agieren kann.

Lediglich ein grundsätzlicher Fehler ist bei einer rechten Herangehensweise an *Kapital* und Oktoberrevolution zu vermeiden: Man hüte sich davor, mit der liberalen Faschismuskeule, der Hiebwaffe des bundesdeutschen Tugendterrors, auf Marx und den Marxismus einzuschlagen – was aber immer dann droht, wenn man etwa zu dicht entlang der Thesen Ernst Noltes operiert. Dieser versperrte sich über Jahrzehnte der von Zeev Sternhell und anderen geleisteten Forschungserkenntnis, wonach der Faschismus auf einer Synthese basierte, die vorzugsweise zwischen einer Revision des marxistischen Sozialismus und einem dynamisch-modernen Nationalismus vonstatten ging. Weil sich dieser Grundsatz nicht adaptieren ließ, ohne eigene, ältere Leitmotive aufzugeben, zeigten Nolte und seine Schüler sich Jahre später baß erstaunt, daß es im Faschismus »linke« oder »moderne« Einflüsse gab, die sie bisher geflissentlich marginalisierten, weil sonst die Ur-These von den Faschismen als militanter Reaktion auf den Sündenfall der Oktoberrevolution gefallen wäre. Nun aber partiell geläutert und auf der Suche nach neuen Invektiven »dem« Marxismus vorzuwerfen, ganz wie »der« Faschismus »regressive« oder »rassistische« Züge aufzuweisen, weil man in Marxens und Engels' zehntausenden Seiten Werk einige entsprechende Textstellen finden kann (zumeist in privater Korrespondenz), legt nahe, daß man, und sei es unbewußt, der liberalen Front gegen jedwede grundsätzlich ausgerichtete Alternative beigetreten ist; einer Front, deren aparter Kern mal verschleiert, mal unverhohlen die Predigt von der Alternativlosigkeit der Kapitallogik ist, während sich linke wie rechte Gegenentwürfe aufgrund von kommunistischer Oktoberrevolution und faschistischer irregulärer Revolution von selbst desavouiert hätten. Einer solchen Logik der Verächtlichmachung nichtliberaler Konkurrenz bei Verwendung politisch-korrekter Winkelzüge (vgl. Faschismuskeule) aber zu folgen, anstatt die zahlreich vorhandenen sachlichen Gegenargumente zu bemühen, hieße, die von den Liberalen jeder Couleur zur Herrschaftssicherung perpetuierte Dichotomie Liberalismus versus Totalitarismus (d.i. jedwede Abweichung von der »offenen Gesellschaft«) anzuerkennen. Man steckte dann so tief im zeitgeistigen Gedankengebäude des Bestehenden, daß daran auch keine neue Marx-Lektüre etwas ändern könnte. ■

Zu Marx:

»Die Lösungen für die Probleme, denen die Welt im 21. Jahrhundert gegenübersteht, lassen sich noch nicht absehen, doch wenn sie am Ende erfolgreich sein sollen, müssen sie Marx' Fragen stellen, selbst wenn es nicht darum geht, die Antworten seiner verschiedenen Schüler zu übernehmen.«

Eric Hobsbawm: *Wie man die Welt verändert.*

Literaturhinweise:

Nikolai Bucharin u. Abram Deborin: *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt a.M. 1974;

Frank Deppe: *1917/2017. Revolution & Gegenrevolution*, Hamburg 2017;

Isaac Deutscher: *Die unvollendete Revolution. Der Verlauf der Revolution 1917*, Frankfurt a.M. 1973;

Friedrich Engels: »Rezension des Ersten Bandes ›Das Kapital‹«, in: *Marx-Engels-Werke* (MEW) 16, Berlin (Ost) 1962, S. 235–242;

ders.: *Der deutsche Bauernkrieg*, 15. Aufl., Berlin (Ost) 1987;

Eric Hobsbawm: *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München 2012;

Thomas Kuczynski: *Geschichten aus dem Lunapark. Historisch-kritische Betrachtungen zur Ökonomie der Gegenwart*, Köln 2014;

W.I. Lenin: *Marxismus und Revisionismus*, Berlin (Ost) 1951;

Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals* (= MEW 23), 24. Aufl., Berlin 2013;

ders.: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: MEW 1, Berlin (Ost) 1976, S. 378–391;

Rolf Peter Sieferle: *Karl Marx zur Einführung*, 2. Aufl., Hamburg 2011;

Slavoj Žižek: *Absoluter Gegenstoß. Versuch einer Neubegründung des dialektischen Materialismus*, Frankfurt a.M. 2016.

Die konservative Revolution des Marxismus

von Siegfried Gerlich

Als Lenin in einem um internationale Gleichrangigkeit bemühten kleinen Katechismus die deutsche Philosophie, den französischen Sozialismus und die englische Nationalökonomie als die »drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus« kodifizierte, laborierte er an einer konsistenten Doktrin, welche die bis zur Selbstwidersprüchlichkeit reichende Vielschichtigkeit des marxistischen Denkens zum Verschwinden bringen sollte. Immerhin hatten Karl Marx und Friedrich Engels noch gewisse Rangunterschiede zwischen jenen drei nationalen Traditionslinien geltend gemacht, indem sie den englischen Antikapitalismus, der zwar nicht sozialistisch, dafür aber klassenkämpferisch gesinnt war, dem zur Klassenversöhnung aufrufenden französischen Frühsozialismus vorzogen. Und in der englischen Tradition selbst hielten sie »unsere chartistischen Vorväter« und »humanen Tories«, aber auch reaktionäre Ökonomen wie Thomas Hodgskin und Piercy Ravenstone in Ehren, die »der Wahrheit viel näher« gekommen seien als ihre offiziösen nationalökonomischen Vorläufer Adam Smith und David Ricardo. Gelegentlich gaben Marx und Engels, die sich ansonsten stets zum geistigen Erbe des deutschen Idealismus Kants und Hegels bekannten, sogar preis, wie viel ihr kommunistisches Gegenbild zur bürgerlichen Gesellschaft den konservativen Gemeinschaftslehren deutscher Romantiker wie Adam Müller und Ernst Moritz Arndt verdankte. Über die von ihnen vollständig verleugnete Bedeutung der prophetisch-apokalyptischen Tradition des alten Judentums für die theologische Zurüstung ihrer revolutionären Gesellschaftskritik zu einer messianischen Heilslehre hätten sie sich dagegen von dem »Kommunistenrabbi« Moses Hess belehren lassen können.

»Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt.«

W.I. Lenin: »Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus«; in: ders.: *Werke,* Bd. 19, Berlin 1962, S. 3–9.

Trägt man die architektonischen Schichten des marxistischen Lehrgebäudes ab, um es von seinen verdrängten Fundamenten her neu zu erschließen, so stößt man allenthalben auf unbewältigte Probleme, die weitaus lehrreicher sind als die bekannten Irrtümer, da sie bereits die bolschewistischen Fehlentwicklungen und faschistischen Frontverwirrungen im späteren Weltbürgerkrieg der Ideologien vorwegnehmen. Und hierzu zählen vornehmlich die seit Anbeginn im Denken von Marx und Engels wirkenden konservativen und reaktionären Antriebskräfte, die in der wissenschaftlichen Literatur kaum Beachtung gefunden haben, obwohl gerade sie dem Marxismus seinen komplexen Charakter verleihen, der ihn vor allen übrigen, zumeist trivialen Sozialismen auszeichnet. Gleichzeitig aber droht eine unzensierte Sichtung der geistigen Voraussetzungen des Marxismus ihm einiges von seiner Originalität zu rauben: Die Forderung nach Aufhebung der Ausbeutung durch Abschaffung der Arbeitsteilung hatten bereits die Saint-Simonisten erhoben, und die Utopie einer staaten- und klassenlosen Gesellschaft schwebte schon Thomas Paine und Étienne Cabet vor; sogar Lehren vom Mehrwert und vom Klassenkampf waren bereits von François Babeuf, Robert Owen und Bronterre O'Brien

»Sonderbar! Während die englischen Agitatoren in Meetings, in Broschüren, in Journalen seit nunmehr zehn Jahren nicht müde werden, unter dem Beifall des gesamten Proletariats zum glühendsten Haß gegen die Bourgeoisie aufzufordern, hat die französische Arbeiter- und Sozialistenliteratur stets Versöhnung mit der Bourgeoisie gepredigt und sich dabei gerade darauf gestützt, daß die Klassengegensätze in Frankreich noch lange nicht so entwickelt seien wie in England!«

Friedrich Engels: »Die ›Kölnische Zeitung‹ über englische Verhältnisse«; in: *Neue Rheinische Zeitung* 62/1848.

verbreitet worden. Doch wenngleich Marx und Engels diese als geistiges Eigentum reklamierten Topoi, Thesen und Theoreme in Wahrheit nur entlehnt haben, erschöpft sich ihre Lehre keineswegs in einem eklektischen Denksystem. Daß das Ganze des Marxismus mehr wert ist als die Summe seiner Teile, war maßgeblich dem philosophisch geschulten Kopf von Marx geschuldet, der sich in intensiver Arbeit an einer dialektischen Synthese der vorgefundenen Elemente diesen geistigen Mehrwert abrang.

Gewisse strukturelle Paradoxien und zentrifugale Tendenzen im Herzen des Marxschen Geschichtsdenkens ließen sich gleichwohl nicht wegarbeiten, denn sie wurzelten in der realen Zwiespältigkeit einer frühindustriellen Gesellschaft, deren enthusiastischer wirtschaftlicher Aufbruch durchaus traumatische gesellschaftliche Auflösungserscheinungen zeitigte. Der Anspruch von Marx, die ambivalente Krisenerfahrung der industriellen Revolution als Fortschritts- *und* Verfallsprozeß durch eine dialektische Kapitalismuskritik zu bewältigen, scheiterte nicht zuletzt daran, daß in dieser insgeheim eine idealistische Geschichtstheologie fortwirkte, die noch seine Revolutionslehre als eine überaus gegenstrebige heilsgeschichtliche Fügung erscheinen ließ: Einerseits verschärfte Marx den optimistischen Fortschrittsglauben der bürgerlichen Epoche zu einem prophetischen Sozialismus, welcher sich die Sprengung der die industriellen Produktivkräfte fesselnden kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Befreiung der ganzen Menschheit auf die Fahne schrieb. In der Tat glorifiziert das *Manifest der Kommunistischen Partei* die Entfesselung maschineller Produktivität, die verkehrstechnische Erschließung eines Weltmarktes und die Zivilisierung barbarischer Völker mit einer solchen Emphase, daß es sich beinahe wie das Manifest einer wirtschaftsliberalen Partei liest, welches dem Proletariat kaum mehr abverlangt, als die permanente Revolution der Bourgeoisie lediglich zu einem guten kommunistischen Ende zu bringen. Andererseits aber überführte Marx die nicht minder epochale pessimistische Dekadenzerfahrung eines Zeitalters des engherzigsten Egoismus und des schamlosesten Schachers in eine apokalyptische Sozialreligion, welche das zum Erlöser einer sich selbst entfremdeten Menschheit verklärte Proletariat mit der Verhängung eines vernichtenden Strafgerichts über die Bourgeoisie und der Errichtung eines Gottesreiches auf Erden beauftragte.

»Im Mittelalter gab es in Deutschland ein geheimes Gericht, Femegericht genannt. Es existierte, um die Untaten der herrschenden Klasse zu rächen. Wenn man ein Haus mit einem roten Kreuz gezeichnet fand, so wußte man, daß der Besitzer von der Feme verurteilt war. Alle Häuser Europas sind jetzt mit dem geheimnisvollen roten Kreuz gezeichnet. Die Geschichte ist der Richter – ihr Urteilsvollstrecker der Proletarier.«

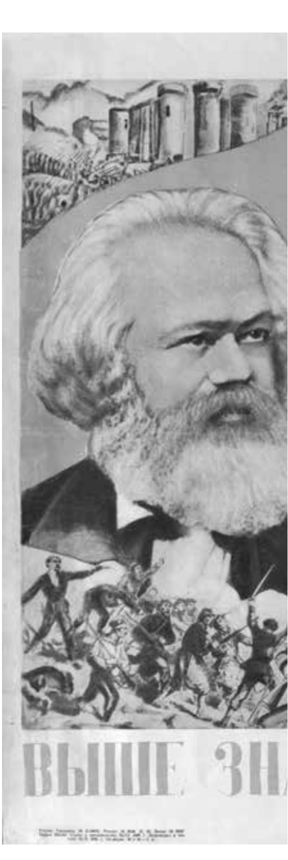
Karl Marx: »Rede auf der Jahresfeier des ›People's Paper‹ am 14. April 1856 in London; in: *Marx-Engels-Werke,* Bd. 12, Berlin 1984, S. 3f.

Es war nicht zuletzt diese politisch-theologische Verschärfung, die aus der Marxschen Revolutionslehre einen gegenrevolutionären Vernichtungswillen hervortrieb, welcher die von der revolutionären Industrie verschuldete Vernichtung traditioneller Produktionsweisen und Berufszweige mit der Beseitigung der bürgerlichen Klasse und ihres liberalen Systems zu vergelten drohte. Und sofern sich dieser Wille zur Gegenvernichtung letztlich an einer Regeneration klassen- und staatenloser Urzustände ausrichtete, entfaltete er unweigerlich eine archaisch-anarchische Kraft, die nicht nur die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern auch fundamentale zivilisatorische Errungenschaften treffen sollte. Schließlich handelte es sich bei der industriellen Revolution um eine Fundamentalrevolution von anthropologischer Tragweite, welche mit der Arbeits- und Lebenswelt zugleich das Selbstbild des Menschen so radikal umwälzte wie zuvor allein die neolithische Revolution, als deren Fortsetzung mit maschinellen Mitteln sie geradezu begriffen werden kann. Und so muß noch Marxens in der Konsequenz totalitäre Weltheilungslehre, deren kommunistisches Zukunftsbild immer wieder die heile Vorwelt antiker Stadt- oder mittelalterlicher Dorfgemeinschaften durchscheinen ließ, als eine Reaktion auf die industrielle Mobilmachung zu einer totalen Weltmarktgesellschaft begriffen werden.

Daß sich der junge romantische Philosoph Marx dabei weniger von den progressiven und zumeist bürgerlichen Sozialisten Frankreichs als von den konservativen und zumindest ideologisch volksnahen Antikapitalisten Englands beeindruckt zeigte, lag nur in der Natur der Sache, denn sowohl in den von Proletarisierung und Entwurzelung bedrohten kleinbürgerlichen und ländlichen Schichten als auch in den von Verelendung und Überbevölkerung geplagten proletarischen Unterschichten hatten sich Widerstände gebildet, welche auf die Bewahrung oder Wiederherstellung ihrer traditionellen Arbeits- und Lebensverhältnisse abzielten. Biographisch war es freilich den frühen Schriften des nüchternen Fabrikantensohnes Engels zu verdanken, daß Marx einen lebendigen Ein-

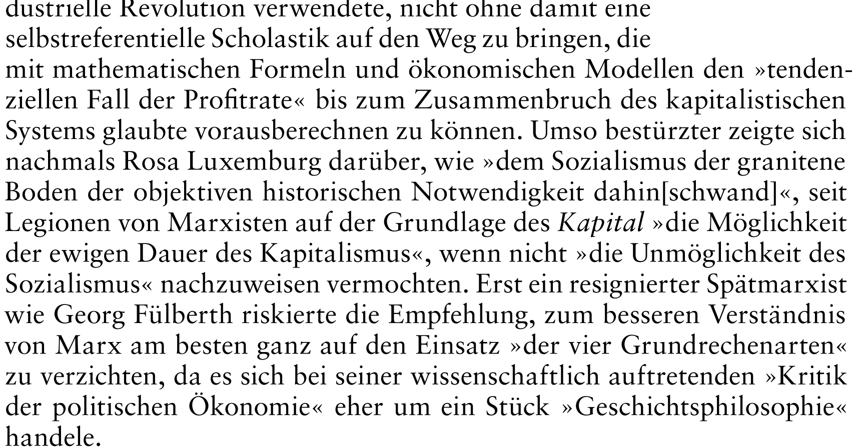
»Es gilt, den deutschen Sozialismus von Marx zu befreien […]. Er [Marx] schrieb dem ›Proletariat‹, dem vierten Stande, den preußischen Gedanken des Sozialismus und der ›Bourgeoisie‹, dem dritten Stande, den englischen des Kapitalismus zu […]. Aus der Umdeutung des Gegensatzes von Rassen in den von Klassen und alter germanischer Instinkte in sehr junge Bedürfnisse großstädtischer Bevölkerungen ergibt sich nun der entscheidende Begriff des Klassenkampfes […]. Sein Zweiklassensystem ist aus der Lage eines Händlervolkes gezogen, das seine Landwirtschaft eben dem Handel aufopferte und das nie eine staatliche Beamtenschaft mit ausgeprägtem – preußischem – Standesbewußtsein besessen hatte. Es gibt hier nur noch ›Bourgeois‹ und ›Proletarier‹; Subjekte und Objekte des Geschäfts, Räuber und Beraubte, ganz wikingermäßig […]. Marx ist auch darin Engländer geworden: in seinem Denken kommt der Staat nicht vor. Er denkt im Bilde der *society,* staatenlos.«

Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus,* München 1919.



druck von jenem »veritablen Bürgerkrieg« gewann, der »in den Fabrikdestrikten Englands zwischen Fabrikanten und Arbeitern tobt«, und ihm die Augen dafür aufgingen, daß dieser Typus der »englischen Gesellschaft« auch Deutschland und Frankreich nur »das Bild der eigenen Zukunft« präsentierte. Allerdings hielt Marx, wie Adam B. Ulam es ausdrückte, die »Geburtswehen der Industriegesellschaft« kurzschlüssig für die »Todesqualen des Kapitalismus«, und für diesen Grundirrtum war, wie Ernst Nolte ergänzte, sein allzu selektiver und schematischer Kapitalismusbegriff verantwortlich, der auf einer »Fixierung« ausschließlich solcher »Charakterzüge der industriellen Revolution« beruhte, die eine »gewaltsame und vollständige Umwälzung des ganzen Systems als zwangsläufige Konsequenz« erwarten ließen.

Zwar wußte Marx selbst, daß nicht der »Kapitalismus«, den er schon in der antiken Welt vorgefunden hatte, das Novum der bürgerlichen Epoche war, sondern das Fabriksystem und die Weltmarktwirtschaft; dennoch kam ihm nicht in den Sinn, daß »Liberalismus« der treffendere Begriff gewesen wäre, um deren eben nicht nur sozioökonomische, sondern auch kulturhistorische Voraussetzungen zu umreißen. Immerhin bleibt es bemerkenswert, daß Marx den 1840 von Louis Blanc in *L'organisation du travail* nahezu unbemerkt eingeführten Begriff des Kapitalismus erst 1867 in seinem Spätwerk *Das Kapital* als Interpretationsschema für die industrielle Revolution verwendete, nicht ohne damit eine selbstreferentielle Scholastik auf den Weg zu bringen, die mit mathematischen Formeln und ökonomischen Modellen den »tendenziellen Fall der Profitrate« bis zum Zusammenbruch des kapitalistischen Systems glaubte vorausberechnen zu können. Umso bestürzter zeigte sich nachmals Rosa Luxemburg darüber, wie »dem Sozialismus der granitene Boden der objektiven historischen Notwendigkeit dahin[schwand]«, seit Legionen von Marxisten auf der Grundlage des *Kapital* »die Möglichkeit der ewigen Dauer des Kapitalismus«, wenn nicht »die Unmöglichkeit des Sozialismus« nachzuweisen vermochten. Erst ein resignierter Spätmarxist wie Georg Fülberth riskierte die Empfehlung, zum besseren Verständnis von Marx am besten ganz auf den Einsatz »der vier Grundrechenarten« zu verzichten, da es sich bei seiner wissenschaftlich auftretenden »Kritik der politischen Ökonomie« eher um ein Stück »Geschichtsphilosophie« handele.



Zuweilen aber kam der sachliche Blick des Sozialhistorikers den erhabenen Visionen des Geschichtsphilosophen produktiv in die Quere. So reagierte Marx mit seinen Schriften *Die Klassenkämpfe in Frankreich* und *Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* auf den irregulären Auftritt eines »Bonapartismus«, der den Sozialismus von dem ihm zugedachten Platz forsch verdrängte. Daß sich in Frankreich, das um die Jahrhundertmitte für die proletarische Revolution reif zu sein schien, stattdessen eine demokratisch legitimierte Diktatur etablieren konnte, bedeutete nämlich im Klartext: »Die Reaktion exekutiert das Programm der Revolution.« Und wenn Marx auch hoffte, daß diese praktische Ausnahme von der theoretischen Regel keine Verhinderung, sondern lediglich eine Verzögerung des revolutionären Endkampfes bedeute, so bestand faktisch jedenfalls ein »Gleichgewicht der Klassenkräfte«, aufgrund dessen die Bourgeoisie ihre politische Macht einem auf das Militär gestützten autoritären Staat übertrug, um wenigstens ihre obsolete ökonomische Herrschaft zu sichern.

Andere Aspekte hingegen ließen Marx den Bonapartismus bereits als eine »kaiserliche« Abart des Sozialismus erscheinen, und wie aus der Art geschlagen wirkte auch, was er zuvor als ideelles Gesamtproletariat konzipiert hatte: An der sozialen Basis des Bonapartismus entdeckte Marx neben den Parzellenbauern auch noch eine reaktionäre Schicht von Deklassierten, die als »Lumpenproletariat« nicht einmal mehr eine soziale Klasse bildeten. Engels wiederum sah im Bonapartismus einen Ausläufer der französischen Revolutionstradition, die sich dergestalt in einen sozia-

»Sie meinen, das Volk müsse sein Sehnen personifizieren – wenn das wahr ist, dann wären die Franzosen also als Bonapartisten geboren, und dann können wir die Bude in Paris ja zumachen. [...] Jedenfalls müssen wir, wie es scheint, zu dem Schluß kommen, daß die negative Seite des Pariser revolutionären Charakters – der chauvinistische Bonapartismus – ebenso notwendig dazugehört wie seine positive Seite und daß wir nach jedem großen revolutionären Kampf eine Wiederkehr des Bonapartismus erleben können, einen Ruf nach einem Retter, der die niederträchtigen Bourgeois vernichten soll [...].«

Aus Briefen Friedrich Engels' an Paul Lafargue vom 4. Dezember 1888 sowie Laura Lafargue vom 16. April 1890; in: *Marx-Engels-Werke,* Bd. 37, Berlin 1967, S. 122ff. u. 386–389.



»Hebt das Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin höher!«, Fotomontage von Gustavs Klucis, der trotz linientreuer Propagandaarbeiten Stalins Säuberungen (Lettische Operation) 1938 zum Opfer fiel.

listischen Nationalismus verirrt habe, und nur folgerichtig sollte er später im Boulangismus eine »Wiederkehr des Bonapartismus« erblicken. Aber auch das Deutsche Reich charakterisierte Engels als »bonapartistisch«, zumal hier eine »Arbeiteraristokratie« entstand, die sich unter einem rigiden Lassalleanismus sogar zu einer »bonapartistisch-staatssozialistischen Arbeiterpartei« hätte entwickeln können. Mit gesundem Realismus argwöhnten Marx und Engels, dieser wandlungsfähige und so national- wie staatssozialistische Bonapartismus werde am Ende womöglich noch den Sieg über ihren internationalistischen Marxismus erringen.

Dann freilich wäre aus der französischen Ausnahme eine europäische Regel geworden, und die scheinbare Paradoxie dieser »revolutionären Reaktion« oder »konservativen Revolution« hätte sich in einer Rückbesinnung auf den ursprünglichen Wortsinn von »Revolution« ebenso einfach wie einleuchtend auflösen lassen: Schließlich bedeutet »Re-volutio« nichts anderes als »Rück-wendung«; und in eben dieser Bedeutung tauchte der Ausdruck erstmalig im astronomischen Denken der Spätantike auf, wo er die kreisförmigen Bewegungen der Himmelskörper bezeichnete, bevor er in der Neuzeit als »Umlauf« der menschlichen Dinge in der Wiederkehr der Zeiten ins historische Denken Einzug hielt. In diesem restaurativen Verständnis vollzog denn auch die gloriose Englische Revolution eine Kreisbewegung mit dem Ziel einer geläuterten Wiederherstellung früherer Zustände. Und selbst die Französische Revolution hatte sich nach deren liberal-konservativem Vorbild anfangs noch mit einer konstitutionellen Monarchie begnügt; erst nach ihrer links-progressiven Wende unter den radikalen Republikanern sollten sich die konservativ-revolutionären Kräfte auf der Seite der Gegenrevolution wiederfinden.

Zu einer solchen Radikalrevision seiner idealtypischen Revolutionskonzeption konnte Marx sich zwar nicht durchringen, aber immerhin stellte er ihr in späten Jahren eine realistischere Revolutionstypologie zur Seite, die statt des einen universalen Weges zur Weltrevolution vielmehr drei nationale Sonderwege eröffnete: zunächst den englischen Weg, an dessen paradigmatischer Rolle Marx schon deshalb festhielt, weil England trotz seines Mangels an revolutionärem Bewußtsein die fortgeschrittenste Ökonomie besaß; sodann den konkurrierenden deutschen Weg, der ihm als der philosophische galt, da in dem ökonomisch gewiß verspäteten Deutschland gleichwohl ein über nationale Grenzen hinausweisender Geist herrsche; und schließlich einen russischen Weg, welcher sich ihm aller-

»Die Idee der ›klassenlosen Gesellschaft‹ hat einen sehr blutigen Hintergrund: sie ist die Vorwegnahme jenes Zustandes, der eintreten wird, sobald alle Bürger füsiliert sind. […] Der ausschließlich *soziale* Klassenkampf ist ein Sklavenaufstand, der nur die Armen und Schlechtweggekommenen angeht; der *politisch* ausgerichtete Klassenkampf ist ein Freiheitskrieg, der das Schicksal des Volkes entscheidet. […] In Rußland werden Proletarier nicht glücklich gemacht, sondern für eine weltgeschichtliche Mission gedrillt. Es ist eine Kaserne: Klassenzugehörigkeit verpflichtet. Man hat als Klassengenosse nur das Vorrecht zu hungern und zu sterben […]. Der Lohnsklave muß durch das bolschewistische Fegefeuer, um sein hartes Leben als eine sinnvolle Aufgabe bejahren zu können.«

Ernst Niekisch: »Das Zeitalter der Klassenkriege«; in: *Widerstand* 2/1933, S. 39–47.

dings als der riskanteste darstellte. Denn einerseits schienen Marx gerade in der vollkommen zurückgebliebenen Agrarökonomie Rußlands noch urkommunistische Zustände lebendig zu sein, aber andererseits müßte das halbasiatische Land die westeuropäische Entwicklung in kürzester Zeit nachholen, um jene in einen modernen Kommunismus hinüberretten zu können. So äußerte Marx einmal besorgt, in Rußland könne nur »eine äußerst schreckliche Revolution« ausbrechen, und ein anderes Mal vertraute er wieder auf die »Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde«, die sich als »Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands« erweisen könnte.

Hiermit hat Marx gleichsam gegen sich selber recht behalten. Denn nur wenige Jahrzehnte später sollte Lenin den von Marx unter erheblichen Zweifeln vorgezeichneten russischen Weg beschreiten, nicht ohne im Zuge dieses notgeborenen Versuchs, auf feudalistischer Grundlage die kapitalistische Periode in sozialistischer Richtung zu überspringen, die russische Dorfgemeinde zu zertreten. Indem Lenin die sozialistische Revolution zur Voraussetzung statt zur Folge der industriellen Revolution erklärte, verkehrte er die ursprüngliche Revolutionslehre von Marx voluntaristisch in ihr blankes Gegenteil, und insofern lag in dem Sieg des russischen Bolschewismus von vornherein das Scheitern des sowjetischen Sozialismus beschlossen. Nicht von ungefähr beschuldigte der Menschewistensprecher Julius Martow den Bolschewistenführer des Bonapartismus, und Leo Trotzki hat diese Anschuldigung gegen Stalin wiederholt. So bereiteten auch die »Geburtswehen« der nachzuholenden Industrialisierung Rußlands nicht dem Kapitalismus, wohl aber Millionen russischer Arbeiter und Bauern »Todesqualen«. Und in der Folge sollte es sich überhaupt als tragische Paradoxie marxistisch-leninistischer Bewegungen erweisen, daß sie allesamt nur in rückständigen Agrargesellschaften zur Macht gelangten, während in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften, welche die ökonomischen Voraussetzungen geboten hätten, der Marxismus nirgends zur Staatsmacht werden konnte.

Aber auch dem Faschismus gelang es nur in »verspäteten Nationen« die Macht zu ergreifen, und rückblickend fallen dessen moderne, revolutionäre und linke Elemente ebenso ins Auge wie die antimodernen, reaktionären und rechten Züge der real existierenden Sozialismen. Bereits 1929 verortete der Komintern-Funktionär Franz Borkenau die Sowjetunion »unter den totalitären, den faschistischen Mächten«, und 1930 bezeichnete Leo Trotzki den stalinistischen »Sozialismus in einem Lande« sogar als »Nationalsozialismus«, bevor es für den Rätekommunisten Otto Rühle 1939 schlechterdings nur noch »roten und braunen Faschismus« gab. Vor diesem Hintergrund sah Ernst Nolte die Epoche des europäischen Bürgerkriegs »nicht vom Kampf zwischen ›der‹ Revolution und ›der‹ Reaktion«, sondern »von der Auseinandersetzung zweier irregulärer Revolutionen« erfüllt, deren befremdliche Wesensverwandtschaft daher rühre, daß der Marxismus wie der Faschismus »konservative Revolutionen«, also höchst zwiespältige Reaktionsbildungen auf die »progressive« Herausforderung der industriellen Fundamentalrevolution darstellten. Und angesichts ihrer totalitären Konvergenz kennzeichnete Nolte »den Faschismus und zumal den nationalsozialistischen Radikalfaschismus als die linkeste der rechten oder gegenrevolutionären Parteien und den Bolschewismus als die rechteste unter den linken oder revolutionären Parteien«. Aber erst in der extremen Gestalt des nationalistisch und antisemitisch verschärften Spätstalinismus enthüllte sich ihm der Marxismus als »der Faschismus des Sozialismus und insofern [als] der eigentliche Linksfaschismus«.

»Schon die rote Farbe unserer Plakate zog sie in unsere Versammlungssäle. Das normale Bürgertum war ja ganz entsetzt darüber, daß auch wir zum Rot der Bolschewiken gegriffen hatten […]. Die deutschnationalen Geister flüsterten sich im stillen immer wieder den Verdacht zu, daß wir im Grunde genommen auch nur eine Spielart des Marxismus wären, vielleicht überhaupt nur verkappte Marxisten oder besser Sozialisten. Denn den Unterschied zwischen Sozialismus und Marxismus haben diese Köpfe bis heute noch nicht begriffen. […] Gift wird nur durch Gegengift gebrochen, und nur die Schalheit des bürgerlichen Gemüts kann die mittlere Linie als den Weg ins Himmelreich betrachten.«

Adolf Hitler: *Mein Kampf*, Volksausg., München 1930.

In seiner Schrift *Zur Judenfrage* hatte freilich schon der junge Marx diagnostiziert, die heutige Welt sei »bis in ihr innerstes Herz jüdisch«; doch zielte seine Polemik gegen den Schacher als »weltlichen Kultus des Juden« und das Geld als »eifrigen Gott Israels, vor welchem kein andrer Gott bestehen darf«, im Kern auf das kapitalistische Profitmotiv, welches im jüdischen Sozialcharakter nur seinen exemplarischen Ausdruck gefunden habe. Erst der reife Marx revidierte, zumindest privatim, diese Aufhebung des Antijudaismus in Kapitalismuskritik und forcierte dessen Überführung in Rassenkunde, indem er etwa Lassalle als »jüdischen Nigger« charakterisierte, dessen »sonderbare Art« aus der »Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz« hervorgegangen sei. Und Marxens besondere Leidenschaft für Phrenologie

bekam unter anderem Karl Liebknecht zu spüren, als er von Marx einmal einer schädelkundlichen Untersuchung unterzogen wurde.

Eine grundsätzlichere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der beunruhigenden Bevölkerungslehre von Thomas Robert Malthus zu, welche nicht nur Charles Darwin zu seiner Evolutionstheorie anregte, sondern auch den von Engels gern als »Darwin der Geschichtswissenschaften« titulierten Marx allererst zur Auseinandersetzung mit der Nationalökonomie nötigte. Tatsächlich bildete das Malthussche »Bevölkerungsgesetz«, demzufolge das moderne Bevölkerungswachstum das industrielle Wirtschaftswachstum notwendig überholen und zu Massenelend in der gesamten Gesellschaft führen werde, die notorisch verdrängte Voraussetzung für Marxens »Verelendungstheorie« und sein Konzept einer »industriellen Reservearmee«. Auf seine Weise nahm jedoch auch Engels das »Malthus-Problem« ernst, indem er die »Rasse« als einen »ökonomischen Faktor« in Rechnung stellte und die von ihm in seinen letzten Jahren befürchtete Überschwemmung Europas durch chinesische Kulis als einen demographisch explosiven Rassenkampf interpretierte.

In bezug auf Deutschland lag wiederum James Guillaume, ein Anhänger Bakunins, ganz richtig, als er einer Schrift den Titel *Marx Pangermaniste* gab, nur daß es gleichermaßen Engels' Herzenswunsch war, die internationale Revolution möge ihren Ausgang von einem Großdeutschland einschließlich Österreichs und Böhmens nehmen. Und wie Marx den Preußen vorwarf, »keinen historisch bedeutsamen Slawenstamm unterworfen oder germanisiert zu haben«, so forderte Engels die »Germanisierung des abtrünnig gewordenen Hollands und Belgiens«. Für die Autonomiebestrebungen der »Natiönchen« und »Völkertrümmer« des Balkans hatte Engels dagegen nur Hohn und Spott übrig, und die von den Deutschen an jenen verübten Verbrechen rechnete er unerschrocken zu ihren »besten und anerkennungswürdigsten Taten«. In scheinbarem Widerspruch hierzu begrüßte Marx, seit er »Klassenkämpfe« in »Nationalkämpfe« übergehen sah, die »Erhebung von unterdrückten Nationalitäten« wie den Polen und den Iren durchaus als zeitgemäße Manifestation eines internationalierten Klassenkonflikts. Für die Zukunft indessen erwartete er die Verlagerung des »Klassenkampfes« als solchem in einen »Völkerkampf« zwischen armen und reichen Nationen, und solange Kolonalismus und Krieg zur Ausbreitung der »westlichen Zivilisation« führten, wofür ihm die englische Herrschaft in Indien das beste Beispiel bot, nahm Marx mitnichten eine antikolonialistische Haltung ein. Aus demselben Grund lobte im übrigen Engels die »energischen Yankees« dafür, den »faulen Mexikanern« das schöne Kalifornien entrissen zu haben.

Vor allem in Europa aber schien Marx und Engels der Klassenkampf nach kleineren Völkerkämpfen endlich auf einen großen Rassenkampf zuzusteuern, und dessen Akteure galt es zu taxieren: Für Marx gehörten Deutsche und Skandinavier »zu der gleichen großen Rasse«, deren Erbfeind »der Slawe« sei; und unter Auspizien eines »Racenkrieges« der Deutschen »gegen die verbündeten Racen der Slawen und Romanen« erklärte er noch zu Zeiten des Deutschen Bundes jeden Versuch, in einem solchen nationalen Notstand eine Revolution anzuzetteln, für »Reichsverrat«. Ganz ähnlich bewunderte Engels die Norweger als eine »gesunde, kräftige und schöne Rasse«, und wenn er die Österreicher bereits als »eine kelto-germano-slawische Rassenmischung« abschätzte, so war doch die mit dem Panslawismus gegebene Kriegserklärung der »slawischen Rasse« an die »römisch-keltischen und deutschen Racen« allemal Grund genug, die europäischen Klassen und Völker auf einen »progressiven« Burgfrieden mit genozidalen Verheißungen einzuschwören: »Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt.«

So fanden die unorthodoxen Ideen von Marx und Engels nicht erst im Bolschewismus, sondern inkognito bereits im Imperialismus eine Verwirklichung, die einer Widerlegung ihrer orthodoxen Lehre gleichkam. Im Faschismus aber kehrte das Verdrängte des Marxismus feindlich wieder, und vollends im Nationalsozialismus als seinem radikalsten Feind wurden ihm die eigensten Fragen zur fremdesten Gestalt. Gegen das liberale System des westlichen Industriekapitalismus jedoch standen die feindlichen Brüder in einer queren Front zusammen. ■

»Vor allem aber war etwas Anormales, Unnatürliches an der bloßen Existenz eines allgemeinen kommunistischen Traums zu einer Zeit, als die kommunistischen Parteien nach einer nationalen Sprache hätten suchen und unter den in ihren Ländern herrschenden Bedingungen hätten kämpfen sollen.«

J. Stalin, in: Milovan Djilas: *Gespräche mit Stalin,* Frankfurt a.M. 1962.

Literaturhinweise

Auguste Cornu: *Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk,* 3 Bde., Berlin 1954–1968;

Hugo Fischer: *Karl Marx und sein Verhältnis zu Staat und Wirtschaft,* Jena 1932;

Hans Mayer: *Karl Marx und das Elend des Geistes. Studien zur neuen deutschen Ideologie,* Meisenheim am Glan 1948;

Ernst Nolte: *Marxismus und industrielle Revolution,* Stuttgart 1983;

ders.: *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg,* Stuttgart 1977;

Michael Prinz u. Rainer Zitelmann (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Modernisierung,* Darmstadt 1991;

David Schoenbaum: *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches,* Köln 1968;

Josef Schüßlburner: *Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus,* Grevenbroich 2008;

Zeev Sternhell: *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini,* Hamburg 1999;

Adam B. Ulam: *The Unfinished Revolution. An Essay on the Sources of Influence of Marxism and Communism,* New York 1960;

Rainer Zitelmann: *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs,* 4., erw. Neuaufl., München 1998.

Schönes

Simon Strauß: *Sieben Nächte,* Berlin: Blumenbar 2017. 144 S.,16 €

In den großen Medienformaten hat man sich bereits am Erscheinungstag der Publikation geäußert: Alle haben ihren Senf zu den »250 Gramm Pommersches Eastcoast Entrecôte an Pfifferlingen« gegeben. Simon Strauß, der projekthaft die sieben Todsünden durchleidet und sich hier der »Völlerei« anheimgibt, ist belletristischer Debütant. Daß das *FAZ*-Feuilleton durch Straußens Festanstellung erheblich an Glanz gewonnen hat, dürfte nicht ausschlaggebend sein für das übergroße Interesse an diesem Büchlein. Simon, Jahrgang 1988, ist der Sohn von Botho Strauß. Der Vater ist nicht nur etablierter Romancier und Dramatiker; er wird aufgrund seiner Essays »Der letzte Deutsche« (2015) und vor allem »Anschwellender Bocksgesang« (1993) vielleicht wider Willen, aber nicht zu Unrecht als Vordenker einer intellektuellen Neuen Rechten verehrt. Nun also seine leibliche Frucht – »Fruchtzwerg«, schrieb der boshafteste Kommentator.

Simon Strauß – natürlich ist es Rollenprosa, der Erzähler fungiert als »S.« – ist verdrossen, ist überdrüssig jener Realität, deren Essenz ihm auf einer Großstadtparty ein »junger Mann aus Syrien« mittels eines Bonmots vorträgt: »Von der Wiege bis zur Bahre, Formulare, Formulare.« S., allerbestens ausgestattet für eine Musterkarriere (Superschüler, Topstudent auf hohem Reflexionsniveau: »Ein Sympathiesüchtiger. Der von Gegnerschaft träumt, und im entscheidenden Moment doch lieber nichts sagt.«), will kein Norm-und-Form-Mensch sein. Gut, welcher Deutsche mit Hochschulbefähigung möchte das schon? Rebellion statt Stagnation, das Credo der Spätpubertierenden! Nur, man bedenke unsere Zeit, in der alle Grenzen und Tabus gefallen sind. S. weiß das, weiß, daß alle halbgaren Versuche, auszuscheren, doch nur eingemeindbare »Kniefälle vor der Konvention« sind: »Kompromisse schwächen den Händedruck. Wer zu oft den Fahrstuhl nimmt, findet nicht mehr den Weg zur Hintertreppe. Der bleibt in der Bequemlichkeit stecken, verliert den Drang.« Wie Strauß schreibt über diese Sehnsucht, sich Kerben zu schlagen, wesentlich zu werden, diese ersten zwölf Seiten des schmalen Romans also – das ist deutlich mehr als ein verwechselbares *Coming-of-age*-Zeugnis eines schreibbegabten Spätzwanzigers. Es ist ein vital-poetisches Manifest, selbst wenn hier nichts manifestiert wird, sondern mit Wucht eine Lücke kenntlich wird: »Die einzige Sehnsucht, die trägt, ist die nach dem schlagenden Herzen. Zu viel Gelände ist verlorengegangen an den Zynismus, der seine kalten Finger um alles legt. Der noch die letzte Kerze ausbläst, die letzte Fluchttür verriegelt, den letzten Vorhang herunterreißt.« S. nun will das Feuer neu entfachen, Türen aufstemmen, Schatten suchen – indem er sich an sieben Abenden den sieben Todsünden ausliefert, in deren Nähe, so will es die Legende hier, ihn Abend für Abend die per SMS übermittelten Wegweisungen eines Freundes führen.

Die hier aufgeschriebenen Erfahrungen wirken dadurch authentisch und nicht am Schreibtisch konstruiert. Zum Vorteil, literarisch gesehen, gerät solche Versuchsanordnung allerdings nicht immer. Großartig ist *Superbia,* der Hochmut. S. soll sich vom Hochhaus stürzen, an einem Gummiseil. Allein der Weg dorthin! »Wie mich diese Welt braucht. Wie sehr sie mich nötig hat. Jetzt. Heute. Hier. […] Ich trete den Bettlern ihre Becher weg, haue den Musikschülern ihre Wollmützen vom Kopf. […] Den dummen Kindern reiße ich die Luftballons aus den Händen, sollen sie doch heulen. Mein Gang wird nur noch breiter, meine Brust geschwellter. […] Wenn ich einmal an der Macht bin […], werde ich Plätze bauen, die nicht vereinnahmt werden von irgendwem, sondern offen bleiben, beweglich, in Angriffsposition.« Solche jubelnde Hochmütigkeitsprosa sucht ihresgleichen, das ist Kunst! Aber andere Todsündenprojekttage geraten flau. Was soll ein bekennender Ehrgeizling auch zu *Acedia* schreiben, zur Trägheit, zu der er selbst gar nicht neigt? Manche Autoren haben »Acedia« mit »Feigheit« übersetzt. Diese Untugend jedoch wird nicht explizit abgehandelt, subkutan allerdings bildet sie den *Basso continuo.* Sprich, das hübsch ausgedachte Todsündenraster trägt nicht durch. Es taugt nicht, um die eigene, sehr persönliche Begrenztheit zu erkennen.

Ratschlag: Die Lektüre auf Seite 129 abbrechen. Auf den letzten Seiten kommt Freund »T.« zu Wort, der S. mit warmen Worten dazu gratuliert, »die Reifeprüfung« bestanden zu haben. Das ist unerquicklicher Firmbischofston. Für S. stellt »das dreißigste Jahr« eine Pforte dar. Man kennt das, nicht zuletzt von Ingeborg Bachmanns gleichnamigem Erzählband, wo ebenfalls die Frage nach der Anpassungsfähigkeit und dem »Mitkreisen in geordneten Bahnen« zur Disposition stand. Man darf gespannt sein (man ahnt's), wohin es Simon Strauß dann verschlagen haben wird.

Ellen Kositza

Schwarzer Schlesier, Wahlpreuße

Ijoma Mangold: *Das deutsche Krokodil. Meine Geschichte,* Reinbek: Rowohlt 2017. 346 S., 19.95 €

Ich horte zwei schwere Ablagemappen, rein aus Nostalgie. Das eine Buch trägt den Titel »Feminismus etc.«, das andere firmiert unter »Sonstiges«. Hinein packe ich Zeitungsartikel, die mir interessant scheinen. Längere Zeit habe ich das betrieben, mehr schlecht als recht sortiert, und vor allem: sinnlos. Ich dachte wohl, auf dieses »Archiv« könnte ich bei eigenen Artikeln zurückgreifen. Das tat ich selten.

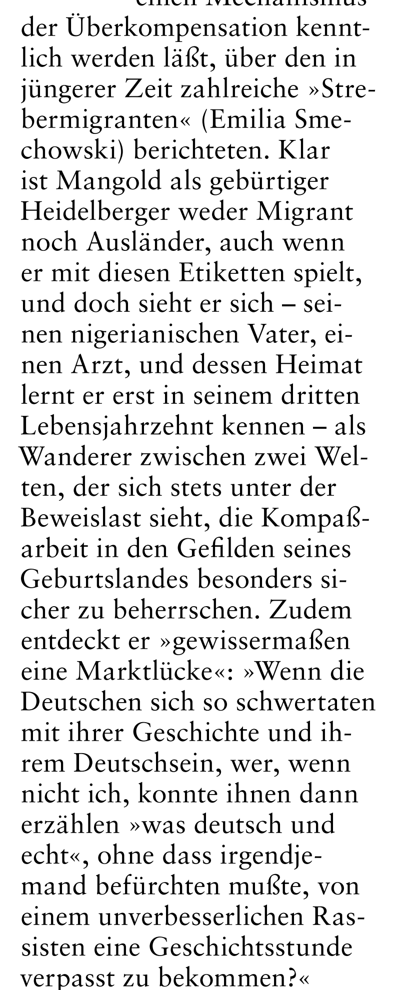
Unter »Sonstiges« hatte ich etliche Artikel von Ijoma Mangold gepackt, der war mir in den Nullerjahren als extrem guter Beobachter und hervorragender Stilist aufgefallen. Irgendwann, weit nach der Sammlungsphase, ich von meinem Schreibtisch zu dem gegenüber: »Ach komm! Der Mangold!« – »Ja? Wieder was richtig Gutes?« – »Nee, anders. Der ist … schwarz. Also, sehr dunkel.« – »Ja, und?« – »Nichts und. Ich wußte es halt nicht.«

Schwer zu sagen, ob Mangold von dieser Null-Anekdote befremdet oder bestätigt wäre. Er hat nun, 46jährig, eine Art Biographie vorgelegt. Mit Fug und Recht könnte der Untertitel zu *Das deutsche Krokodil* lauten: »Wie es so ist, als wurzelhafter Schlesier, erst Wahlpreuße, dann Habsburgbegeisterter, jedenfalls ziemlich konservativer Wagnerfan mit dunkler Hautfarbe in Deutschland großzuwerden.« Groß, hm: Mangold sitzt in diversen Literatur-Jurys, verantwortet den Literaturteil der *ZEIT* und moderiert öffentlich-rechtliche Sendungen; »Medienelite« kann man das nennen. Einer, der so den Ton angeben darf (man unterschätze nicht die Wirksamkeit eines erhobenen oder gesenkten Daumens, selbst wo es »nur« um Belletristik geht), muß sich zuvor ausweisen: durch eine gewisse Begabung (Mangold hat neben dem Latinum und dem Graecum auch das Hebraicum erworben), wohl auch durch eine kompatible Meinung. Vorlaut zu sein: gewiß kein Nachteil, sofern die Richtung paßt. Mangold wurde zu Schulzeiten »die Labertasche« genannt, man kennt den Typus (oft nervig, oft brillant) gut. Gründe für Labertaschigkeit mag es viele geben, Mangold legt sie für seine Person offen: »Ich redete so viel, um nicht als Ausländer verkannt zu werden. Ich redete um mein deutsches Leben.«



Nun ist dieses Werk kein Problembuch, das den steilen Karriereweg eines Mulatten (darf man sagen, Mangold gebraucht das Wort) als eines irgendwie »Fehlfarbigen« durch die Wirrnisse der deutschen Intoleranzgesellschaft beschreibt. Nichts weniger als das! (Daß der Spiegel *Das deutsche Krokodil* auf der *Sachbuch*bestenliste führt, läßt daher tief blicken.) Mangolds frühverfaßte Autobiographie ist (extrem) unterhaltsam, klug, tief. »Auf keinen Fall wollte ich einer sein, der in allem bloß Zeichen der Ausgrenzung erblickte.« Der Autor zieht nie die billige Karte des Beleidigten, im Gegenteil, ein bißchen überschwenglich, also im nun reflektierten Wissen um seine grundgelegte Unsicherheit, habe er sensiblen Nachfragern gern geantwortet: Seine Hautfarbe habe ihm »alle Türen geöffnet, weil man auffällt; allenthalben kommen die Leute neugierig auf dich zu.« Jenen Leuten *of colour,* die sich in Dauerklage über rassistische Zurückweisungen ergehen, will er deren persönliche Erfahrungen nicht bestreiten, »aber insgeheim dachte ich: ›Wenn du einfach ein bißchen sympathischer wärst, wären die Leute auch netter zu dir!‹«

Offenen Haß, der auf seine Hautfarbe gemünzt ist, erfährt Mangold spät. Er hatte in der *ZEIT* gerade Akif Pirinçcis *Deutschland von Sinnen* verrissen; er las es als obszönes Dokument der Enthemmung. Enthemmt jedenfalls waren die *echt* rassistischen Reaktionen, die der Journalist erhielt (als Unbeteiligter las man das auf gewissen Netzforen mit), Mangold: »Da hatte ich mein Leben lang damit kokettiert, daß rechts von mir nur noch die Wand sei, und nun das.« Das nun erstaunt, zumal ich meine kleine Mangoldsammlung angehäuft hatte, weil mir der gescheite Blick und die Eloquenz gefielen und keinesfalls, weil hier einer fast so rechts wie »die Wand« schrieb.



Interessant ist diese Selbstverortung dennoch. Erstens, weil sie abermals deutlich macht, als wie eng der Rahmen des Sagbaren begriffen wird, zweitens, weil sie glaubhaft einen Mechanismus der Überkompensation kenntlich werden läßt, über den in jüngerer Zeit zahlreiche »Strebermigranten« (Emilia Smechowski) berichteten. Klar ist Mangold als gebürtiger Heidelberger weder Migrant noch Ausländer, auch wenn er mit diesen Etiketten spielt, und doch sieht er sich – seinen nigerianischen Vater, einen Arzt, und dessen Heimat lernt er erst in seinem dritten Lebensjahrzehnt kennen – als Wanderer zwischen zwei Welten, der sich stets unter der Beweislast sieht, die Kompaßarbeit in den Gefilden seines Geburtslandes besonders sicher zu beherrschen. Zudem entdeckt er »gewissermaßen eine Marktlücke«: »Wenn die Deutschen sich so schwertaten mit ihrer Geschichte und ihrem Deutschsein, wer, wenn nicht ich, konnte ihnen dann erzählen »was deutsch und echt«, ohne dass irgendjemand befürchten mußte, von einem unverbesserlichen Rassisten eine Geschichtsstunde verpasst zu bekommen?«

Ellen Kositza

All diese schönen Sachen

Frank Trentmann: *Herrschaft der Dinge. Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute*, aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt und Stephan Gebauer-Lippert, München: DVA 2017. 1104 S., 40 €

Der Historiker Frank Trentmann, geboren in Deutschland, Abitur in Altona, Studium in Hamburg, lehrt nun in London. Er hat sein über 1100seitiges (160 Seiten sind Anmerkungen und Register!) Werk zur Geschichte des Konsums 2016 auf englisch vorgelegt, nun ist die deutsche Übersetzung erschienen.

Teil I zeichnet die Dynamik und die Globalisierung des Konsums nach, wobei Trentmann drei große Konsumkulturen unterscheidet: das Italien der Renaissance, das China der späten Ming-Zeit (1520–1644) und den Kaufschwung, der im 17. und 18. Jahrhundert von den Niederlanden und Großbritannien ausgeht. Er legt dar, wie sich Märkte weltweit entwickelten, inwiefern Politik und Ideologien darauf reagierten und *vice versa:* wie Weltanschauungen Konsumgewohnheiten beeinflußten. In Teil II werden Diskurse der Gegenwart untersucht und durch historische Exempla gespiegelt: Was ist aus geschichtlicher Sicht zu sagen über das Kreditwesen, Freizeitkultur, Markenfetischismus, die sogenannte Wegwerfgesellschaft?

Man liest in diesem spärlich geordneten Konvolut aus Zahlen, Daten, Orten, Statistiken, Briefen eine Unmenge interessanter Details. Daß europäische Haushalte um 1600 noch überwiegend die gleichen Gegenstände besaßen wie zweihundert Jahre zuvor; daß es in jener Zeit mehr um die Verfeinerung der Dinge ging. Daß das Aufkommen der Baumwolle nicht nur Ausdruck eines neuen Komforts war, sondern auch »demokratisierend« wirkte, weil man nun bequem färben konnte. Überhaupt, das schrille Gegeneinander von »Kattunwahn« und Kattunverbot im 17. und 18. Jahrhundert! Daß zwischen dem 14. und dem 17. Jahrhundert europaweit rund 1350 Luxusgesetze existierten und noch 1708 eine Frau im Schwarzwald verurteilt wurde, weil sie ein für ihren Stand zu großes Halstuch trug. Wie der Zukkerverbrauch in England zwischen 1700 und 1800 um das Zehnfache gestiegen ist! Oder, später: Daß der Umsatz an Spielwaren in den USA zwischen 1899 und 1929 von acht auf 103 Millionen Dollar wuchs. Daß 1840 in Großbritannien ein Arbeiter innerhalb eines vierzigjährigen Erwerbslebens auf 124000 Arbeitsstunden kam und anno 1981 auf 69000 – plus zwanzig Jahre arbeitsfreie Lebenszeit zusätzlich.

Ja, man findet einiges »Wissenswerte« in den 29,3 Lektürestunden, die man als Intensivleser mit diesem wuchtigen Buch verbringen mag. Nur: Kennt man das? Diesen Typ Professor, der »unglaublich viel weiß« und zu einem Thema forscht, das einen in besonderem Maße interessiert? Und dann dies: Man sitzt in der Vorlesung und ist vor allem damit beschäftigt, Strategien zu entwickeln, um wach zu bleiben. Ähnlich verhält es sich mit diesem Buch. Es weist nämlich vier Grundmakel auf. Erstens: Trentmann nennt es Herausforderung und Freude zugleich, zwischen Makro- und Mikroperspektive zu wechseln. Dem Leser bleibt die Last. Es wird nicht nur über Zeiten und Kontinente gesprungen, sondern auch zwischen dem »Kaufmann aus Wolfenbüttel«, der seinerzeit dies und das besaß, und den aberdutzenden Verordnungen und Trends, die zur gleichen Zeit (aber logisch nie gleichzeitig) weltweit Fuß faßten. Nur jede vierte Familie mit mittlerem Einkommen besaß in Spanien um 1750 eine Schale zum Servieren von heißer Schokolade, ach komm! Ein Mißvergnügen und ein wahrer Irrgarten, derart konfus mit *One world* konfrontiert zu sein! Zweitens Stilblüten vielfältiger Art: »Letzten Endes ist Konsum eine lebendige Erfahrung«; auch Marx schlug »hin und wieder über die Strenge«; »Die umfangreiche Literatur zeigt, daß Ungleichheit schlecht ist fürs Wohlbefinden, für die geistige Gesundheit, das zivile Leben und die Toleranz.« Drittens die Unentschiedenheit des Autors in der Einordnung und Bewertung. Seine Argumentationsschleifen lauten meist so: Die einen sagen dies, die anderen das. Alexis de Toquevilles Befund, wonach der Wunsch nach Gleichheit um so unersättlicher sei, je größer die Gleichheit ist, steht beispielsweise unerlöst neben den Diktionen anderer Denker, die das Gegenteil behaupten. Viertens: Am Faktizitätsgrad der behaupteten Aussagen ist oft zu zweifeln. Durfte wirklich nach 1999 (!) ein Farbfernseher gepfändet werden, wenn er durch ein Schwarzweißgerät ersetzt wurde? Sollte in Deutschland 1964 wirklich ein »Grundtaschengeld« die einfachsten Bedürfnisse befriedigen, nämlich beispielsweise 80 Gramm (…) Nudeln pro Monat? Ist wirklich die Schweiz (mit 85 Prozent) das Land mit der »größten Handydichte«? (In Deutschland gibt es anno 2017 131 Millionen Mobilfunkanschlüsse.) Erhält die Kulturszene in Deutschland nun »massivste Unterstützung« (S. 729) oder »relativ wenig« (S. 731)? Kann es wahr sein, daß Haushalte in den USA anno 1900 22 Stunden pro Woche auf »Haus- und Care-Arbeit« verwendeten und im Jahre 2000 exakt die gleiche Zeit? Man weiß aus all diesen Gründen nicht recht, wohin mit diesem Buch. Als 1300-Gramm-Ding mag es als Schlagwaffe dienen. Nur, gegen wen?

Ellen Kositza

Literatur des Frühsozialismus

Patrick Eiden-Offe: *Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats,* Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2017. 460 S., 30 €

Wir befinden uns im Marxschen Doppeljahr: 2017 – 150jähriges Jubiläum des ersten Bandes des *Kapital;* 2018 – 200. Geburtstag des Mannes, der, so Pierre Drieu la Rochelle, das 19. und 20. Jahrhundert geistig dominiert habe. Mit Hohn und Spott zog Marx (neben ihm sein Mäzen und Freund Engels) insbesondere gegen Persönlichkeiten in publizistische Fehden, die ihm im Spektrum des sozialistischen bis kommunistischen Kosmos seinen Rang als Wortführer streitig hätten machen können. Insbesondere der »frühe« Marx lebte in ständigem Widerspruch mit Literaten und Publizisten, deren Suche nach einer gerechteren Gesellschaft er als »unwissenschaftlich« oder »romantisch« verwarf. Die beiden Jahrzehnte nach 1830 (»Vormärz«), die auf die Revolution von Februar/März 1848 zuliefen, waren die markantesten Dezennien schwärmerischer Antikapitalisten. Der Durchbruch der Industrialisierung führte zu sozialen Verwerfungen und gebar Gesellschaftskritiker von links. Eine literarische Geschichte dieser Frühsozialisten legt nun Patrick Eiden-Offe vor. Der Literatur- und Kulturwissenschaftler wählt einen anspruchsvollen Zugang: Er möchte die poetische Begleitmusik der zum Subjekt werdenden »Klasse« von Lohnarbeitern aufspüren, mithin die »Poesie der Klasse aus den Verschüttungen der Geschichte […] bergen« – und sie für die Jetztzeit neu denken. Im Zentrum der Studie steht das Proletariat als sich selbst in seiner Existenz bewußt werdenden Entität: jene Schriftsteller, die aus moralischen oder sozialen Motiven heraus Partei für ebenjene arbeitende Klasse ergriffen, deren »transitorischen« (vergänglichen) Charakter sie nicht bezweifelten. Das Proletariat als Ansammlung von Lohnabhängigen sollte sich selbst »aufheben«, entweder durch Steigerung des Lebensstandards, d.h. Verbürgerlichung, oder qua Überwindung der Klassen als solchen in einer »communistisch« verfaßten Gesellschaftsordnung. »Romantischen Antikapitalismus« nennt Eiden-Offe (in Anlehnung an Georg Lukács, ohne aber dessen pejorative Note zu adaptieren) jene Erscheinung, die für die Zukunft eine neue Ordnung jenseits der im Vormärz errichteten Klassenspaltung anstrebte, dies aber im Rückgriff auf vergangene Epochen artikulierte, als es, so die These, derlei Friktionen noch nicht ausgeprägt gegeben habe.

Eiden-Offe ist ein engagierter Wissenschaftler; die Sympathie für »romantische Antikapitalisten« ist spürbar. Ihm geht es um eine Rehabilitierung romantischen Denkens in der politischen Linken, die rationalistische Darstellungen für deutlich höherwertiger erachtet als das Operieren mit imaginierten Bildern. Bei letzteren dächte man wohl zuvörderst an Georges Sorel und seine Theorie sozialer Mythen als mobilisierender Phänomene, etwa für die Arbeiterklasse im Generalstreik gegen die über die Produktionsmittel verfügende Bourgeoisie. Tatsächlich findet Sorel in Eiden-Offes Panorama romantisch-sozialistischen Denkens nicht statt, wohl aber Sorels Vorläufer, der frühsozialistische Denker Pierre-Joseph Proudhon. Der Schwerpunkt des romantischen Antikapitalismus jedoch lag in Deutschland, wo eine Denkströmung reüssierte, die den Geist des »rebellischen Gesellen« pflegte und Ideen lokal gegliederter, staatsferner, vereinsähnlicher Selbstorganisationen der Arbeiter kultivierte. Diese Tradition des Gesellen- und Handwerkssozialismus, die Marx und Engels scharf ablehnten, war ein spezifisch deutsches Phänomen. Man wandte sich gegen die »Marterhöhlen« (Wilhelm Weitling) der modernen Fabriken und stellte das Leid der Arbeiter poetisch dar, wobei, zu Marxens und Engels' Leid, wie Eiden-Offe herausschält, die moralische Ebene immer stärker gewichtet wurde als die wissenschaftliche Analyse der dem Kapitalismus immanenten Klassenbeziehungen. Neben Weitling ist es insbesondere das Werk Georg Weerths, das auf breitem Raum dargestellt wird. Dessen literarische Verarbeitung des Streik-Topos als Kampfform der sich selbst bewußt werdenden Industriearbeiter, als Kampfform des »wahren Sozialismus«, läßt erneut an die später folgenden Ausarbeitungen Sorels denken – die wiederum nicht erwähnt werden. Dabei könnte gerade mit Sorel veranschaulicht werden, welch dezidiert romantische Überbleibsel noch im Sozialismus des späten 19. Jahrhunderts hervortraten, und zwar trotz der recht erfolgreichen Verwissenschaftlichung der sozialistischen bis kommunistischen Weltanschauung durch Marx zwischen Vormärz und Jahrhundertwende.

Ungeachtet solch kleinerer Mängel ist die fordernde Studie Patrick Eiden-Offes gewinnbringend zu lesen. Anhand der romantisch-antikapitalistischen poetischen Reflexionen all der Weitlings und Weerths wird ein ewiges Problem der Linken deutlich: Für wen erarbeitet man Ideen, für wen streitet man? Anders: Wer ist das zu konstituierende »Wir«, das gegen die »Ausbeuter« kontrastiert wird? Wer oder was ist, zu guter Letzt, das Volk? Eine überzeugende Antwort wurde schon damals nicht gefunden.

Benedikt Kaiser

Das neue koscher

Christine Ott: *Identität geht durch den Magen. Mythen der Esskultur,* Frankfurt a.M.: S. Fischer 2017. 496 S., 26 €

Fakt ist: »Identität« ist schlagworttauglich; es empfiehlt sich für Buchtitel. Das Wort, freilich vielfach ausleuchtbar, läßt Selbstgewißheit anklingen, das Eigene, das Heimische, ein Insichruhendes. Nun haben wir seit Jahren oder gar Jahrzehnten einen höllischen Identitätsstreß. Wer: wir? Wieso »wir« überhaupt? Wir Deutsche, wir Europäer, wir Akademiker, wir Christen, wir Frauen – und was wäre mit den »Anderen«? Weisen Sie sich mal aus, bitte! Wer von Christine Ott, zumal die Romanistikprofessorin hier über gastronomische Identitäten schreibt, eine Prise Selbstvergewisserung, also sprichwörtliches »Bauchgefühl« erwartet, muß enttäuscht werden. Lukullus darf hier nicht Platz nehmen. Fachjargon (»kultursemiotische Diskursanalyse«, »Rollenattribute«, »gastrochauvinistisches Denken«[sic!]) quillt hier aus allen Poren. *Darm-mit-Charme*-Freunde dürften sich überfordert fühlen. Frau Ott hat bisweilen ulkige Maßstäbe, ein phantastischer Irrgarten aus literarischen Fundstellen, aus Psychologie, Psychoanalyse, Phänomenologie und Philosophie wird hier skizziert. Es ist aber ganz wunderbar, sich an diesem illustren Eintopf zu weiden! Klar, alles wird hier unter gegenderten, kolonialismusskeptischen, antirassistischen Maßstäben beäugt. Die höchst modische (und hier gleichsam bis zum Erbrechen verwendete) Abwehrvokabel gegenüber allem, was nach Identität im herkömmlichen Sinne schmeckt, lautet »Essentialismus«. Das hat, haha, wenig mit »Essen« zu tun, sondern bedeutet die Ablehnung »wesensphilosophischen« Denkens. Heißt: Ott scheut jegliche Typisierung (etwa einer Ernährungsgewohnheit als »typisch weiblich«, »typisch italienisch«), da solche Kategorisierungen immer auf -istische Stereotype zurückführten. Zitat: »Essentialistische Thesen zum Essen verkennen, dass Essgewohnheiten immer das Ergebnis historisch gewachsener Konstruktionen sind.« Na Prost, man muß sich das auf der Zunge zergehen lassen – historisch gewachsene Konstruktionen! Dies ist fraglos linke Kochkunst: Es mundet nicht immer, man ist schnell übersättigt. Der Nährwert dieses Buches ist dennoch beachtlich, teilweise gar fulminant: In acht Großkapiteln lesen wir beispielsweise über »Ernährung und Psyche«, über »Nahrungstabus. Religion und Ethik des Essens« oder über den »Gastrokult der Gegenwart«.

Höchst interessant ist etwa das Kapitel über »Körperbilder. ›Offener‹ und ›geschlossener‹ Körper.« Ott arbeitet – anhand zahlreicher Beispiele aus der Literatur von Grimmelshausen, Rabelais über Rousseau hin zu Sartre und Grass – heraus, inwiefern sich der kollektive Körper des Mittelalters vom individuellen Körper der Neuzeit hinsichtlich der Nahrungsaufnahme unterschied. Wie sich daraufhin durch »bürgerliche Selbstkontrolle« und medizinische Erkenntnisse im Laufe des 18. Jahrhunderts der »humorale Gefäßleib« zum »nervösen Organismus« wandelte: Das ist äußert kundig und präzise beschrieben. Einst mußten die schlechten Kräfte (etwa durch Aderlaß und Schwitzkuren, Schröpfen) abgeführt werden, nun wird Gutes zugeführt; es ist der Beginn eines pädagogischen Umgangs mit dem Körper und der Nahrung. Den rezenten Kochboom, die Vielfalt an Ernährungstrends und Spezialdiäten führt Ott glaubwürdig erstens auf eine Schwächung der väterlichen Ordnung zugunsten von »Mutter Erde«, zweitens auf eine neue Lust an Oralität zurück: Die Dominanz des Digitalen und Virtuellen in der alltäglichen Welt erwecke natürlicherweise den Wunsch nach wirklich Einverleibbarem. Essen sei heute das »Nähe-Medium«. Ott macht vielerlei kenntlich: Daß die Angst vor »Verunreinigung« in matrilinearen Gesellschaften deutlich größer sei; wie Essen heute zur »neuen Religion« werden konnte; inwiefern Speisetabus sowohl distinguierende Funktion haben als auch als »Macht- und Disziplinierungsdiskursen« dienen: Daß »Andersessende« abgewertet werden, wer kennt das nicht! Andererseits verrennt sich die Autorin immer wieder: Still-Ideologie? Wo denn? Inwiefern Ideologie? Und: Die japanische Eßkultur trage zur »Verfestigung von Genderrollen« bei. Ein Unwort ist für Ott auch »terroir«, die (aus dem Weinbau kommende) als absurd empfundene Verbindung einer Nationalküche mit dem »Erdboden« des Landes. Hier sieht sie eine Blut-und-Boden-Gastronomie aufziehen. Und hegt ein Ernährungsreformer wie Max Bircher-Benner gleich »protofaschistische Reinheitsfantasien«, weil er den Verzehr von Genußmitteln kritisch beurteilte und forderte, den Apfel stets ganz (also inklusive Gehäuse und Schale) zu essen?
Und doch, ein tolles Werk. Ein bißchen Schärfe, ein wenig Bitterkeit soll ja die Lebensgeister wach halten.

Ellen Kositza

Mikron biblion – mega kalon

Roberto de Mattei: *Verteidigung der Tradition. Die unüberwindbare Wahrheit Christi,* Altötting: St. Grignion 2017. 192 S., 192 €

Eigentlich ist das Buch *Verteidigung der Tradition. Die unüberwindbare Wahrheit Christi* des italienischen Gelehrten Roberto de Mattei als Post-

skriptum seiner umfangreichen Untersuchung des Zweiten Vatikanischen Konzils gedacht. Deren Veröffentlichung im Jahre 2010 hatte ein großes Echo in der katholischen Welt hervorgerufen, und der Autor fand, daß noch Grundsätzliches zum oft mißgedeuteten, aber grundlegenden Traditionsbegriff dargelegt werden mußte. Die etwas raffinierteren unter seinen Gegnern versuchten nämlich, de Matteis ausführliche Analyse des Zweiten Vatikanums dadurch zu entkräften, daß sie eine Unterordnung des gesamten überlieferten, zweitausendjährigen Glaubensgutes der Kirche unter das aktuelle kirchliche Lehramt geltend machten. Dieser Ansicht zufolge definiert allein das temporär herrschende Lehramt nach Belieben, was zur Tradition der Kirche gehört und was nicht. Ein Einwand, den der renommierte Historiker nicht auf sich beruhen lassen wollte. Das kleine Buch nun, in dem de Mattei auf knapp zweihundert Seiten erschöpfend auf diesen Irrtum eingeht, empfiehlt sich allein schon wegen seiner Kompaktheit einer Leserschaft, die für das dickleibige Vorgängerwerk nicht genügend Muße, Vorkenntnisse oder Detailinteresse aufbringen kann. De Matteis Abhandlung zur Tradition der Kirche setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Der erste, historische Teil des Buches ist ein nüchterner Überblick über die gesamte Kirchengeschichte aus der Sicht zweier hochgelehrter, kirchentreuer Historiker der alten Schule (Ludwig von Pastor und Joseph Hergenröther), wobei anhand der darin geschilderten Krisen und Schwierigkeiten klar wird, daß manche Not ihre Ursache nicht einfach nur in der persönlichen Unbedarftheit oder menschlichen Schwäche der Päpste und Würdenträger in der fraglichen Epoche hatte, sondern diese Unzulänglichkeiten ein Abrücken vom festen Kurs der Tradition zur Folge hatten. Anhand von etlichen beispielhaften Ereignissen und Vorgängen in der Kirchengeschichte macht de Mattei diesen Zusammenhang deutlich. Im zweiten, theologischen Teil seines Werkes erörtert de Mattei den Begriff der Tradition als zweiter Quelle des Glaubens neben der Hl. Schrift und setzt diese ins rechte Verhältnis zu den Organen der Kirche, wie dem heutzutage vielbeschworenen Lehramt. Wie de Mattei herausarbeitet, ist das Kernproblem der postkonziliaren Kirche eines der verkehrten Ordnung. Denn das Lehramt ist der Tradition der Kirche nicht übergeordnet und kann daher über sie nach Belieben verfügen, sondern ist ihr vielmehr unterstellt. Zu einer blinden Papolatrie, wie sie gerade unter neokonservativen Gläubigen verbreitet ist, besteht laut de Mattei also wenig Anlaß, wohingegen jenen Spielverderbern, die sich mit der gegenwärtigen Umkrempelung der Kirche zu einer NGO unter vielen anderen im bunten Reigen der Neuen Weltordnung nicht abfinden wollen, sein handliches Postskriptum viele gute wie glaubenskonforme Argumente liefert. Der Grignon Verlag hat mit der deutschen Übersetzung dieser Apologie einigen Aufwand betrieben; das Buch ist großzügig gesetzt, leinengebunden und mit einem Lesebändchen versehen und hat neben einem Personen- und Abkürzungsverzeichnis auch viele Fußnoten mit Erläuterungen und Literaturhinweisen.

Für das Vorwort hat der Verleger Martin Mosebach gewinnen können, der in seiner gewohnt eleganten Sprache dem Leser nicht bloß das Denken und Wirken Roberto de Matteis vorstellt, sondern auch der Frage nachgeht, ob ein Katholik den Papst kritisieren darf. Insgesamt ist dieses kleine Buch wirklich ein Gewinn.

Sophia Gatzmaga

Bewaffnete Worte

Günter Scholdt: *Literarische Musterung. Warum wir Kohlhaas, Don Quijote und andere Klassiker neu lesen müssen,* Schnellroda: Antaios 2017. 368 S., 22 €

Ist nicht alles gesagt über Götzen der literarischen Moderne wie Kafka, Sartre, Brecht? Oder entrückte Urgestalten wie Platon, Äsop, Sophokles? Und sind nicht auch »unsere« Hausheiligen Jünger, Dávila oder Fernau fertig erschlossen? Und wie sollten ihre Werke von anno dazumal »bewaffnete Worte« (Maschke) sein für den rechts-intellektuellen Widerstand von 2017? Nein, das Terrain ist keineswegs abgegrast, wie uns der emeritierte Literaturprofessor Günter Scholdt in seiner Neuinterpretation von dreißig Klassikern der Weltliteratur vor Augen führt.

Die Musterung im Titel verweist auf ein Moment der Eignung, und das im Sinn der Wehrhaftigkeit. Dinge sollen also auf Herz und Nieren geprüft werden, um sie einsatzfähig zu machen. Genau das unternimmt Scholdt: Er »rekrutiert« literarische Werke aus verschiedensten Weltteilen und Epochen, indem er sie auf die deutsche Gegenwart (nach 1945, besonders aber auch seit »9/15«) hin erschließt. Erschließt, aber nicht umdeutet: Die Binnenperspektive der Werke auf die Konflikte der eigenen Zeit bleibt unangetastet. Vielmehr wird ihr kritisches Potential über die eigenen natürlichen Grenzen hinaus ausgedeutet. Scholdt gleicht darin einem Grabräuber für die gute Sache: Wie Antigone – auf die antike Tragödie geht er ebenfalls ein – den Leichnam ihres Bruders stiehlt, um ihn rechtmäßig zu bestatten, ergreift Scholdt die kanonisierten Werke und entführt sie aus dem Konsens der gängigen, links-sedierten Lesart.

Anstatt diesen Konsens aber auszublenden, die Werke puristisch zu isolieren, macht Scholdt sich die Hände schmutzig und wühlt sich

durch ihn hindurch. Das ist deshalb instruktiv, weil die »Rekrutierung«, die Nutzbarmachung der Klassiker im Heute erfordert, daß ihre meinungspolitische Annektierung erkannt und reflektiert wird. Nicht auf eine akademische, erbsenzählerische Weise (das Buch selbst mag keine Fußnoten), sondern um dem Leser einen ersten, grundlegenden Kampf vorzuführen: den der Werke gegen die Hohepriester ihrer eigenen Vereinnahmung. Die dabei eingesetzten Mittel muß Scholdt nicht erst durch Polemik oder Schmähung an die Klassiker herantragen, vielmehr entstammen sie ihrem eigenen Geist und Sprachschatz. Seine Ausdeutung versieht sie mit neuer Munition.

Es entsteht ein Spiel über mehrere Banden: Der Eintrag zum Nibelungenlied etwa geht aus von der politischen Rezeption des Begriffs Nibelungentreue, kommt über Fernaus Nacherzählung des Urtextes zum heutigen Unverständnis von dessen Wertewelt (»Seine Konflikte und Normen sind uns in geradezu spektakulärer Weise fremd geworden«); von der todesmutigen Solidarität Hagens mit seiner Sippe zum Mord an Dominik Brunner, der in der Münchner U-Bahn Jugendliche vor Angriffen bewahrt hat und sich dabei opferte, aber auch zu dem feigen Kapitän eines gekenterten Kreuzfahrtschiffes, der sich während der Rettungsaktion aus dem Staub machte; von der Loyalitätsfalle, die sich im unbefragten Füreinander ebenfalls verbergen mag (die Partizipation der Gefolgschaft an Hagens Fehlern, die als sture Hitler-Treue verleumdete Zwangslage unserer Großelterngeneration 1933–45), gelangt Scholdt schließlich zu einer Betrachtung dessen, woran das Nationalepos gemahnt und was die *Reeducation* uns seelisch bis heute zu nehmen versucht: das Recht auf Tragik. Dieser letzte Tusch, der das Eigentliche, einen tiefsten Punkt unserer Verbindung zu dem alten Werk berührt, wirkt jedoch nur, weil Scholdt seine Kugel nicht direkt, sondern über die Flanken der pervertierten Rezeption des Textes und die Korrespondenz seiner Figuren mit heutigen Deutschen spielt. Der Leser, der dem Parcours folgt, bekommt keine fixen Aussagen überreicht (»Mere arguments convince nobody«, sagte Jorge Luis Borges), sondern erhält Anschluß an die Gedankenfolgen eines Literaturwissenschaftlers, der nicht nur als Meister seiner Profession schreibt, sondern auch als Betroffener der aktuellen Verwerfungen in unserem Land. Die Tragik, die er dabei wahrnimmt, wirkt zurück auf seine Erkenntnis der Tragik in der Literatur. *Das* überzeugt – und drängt hinein ins eigene Weltempfinden. Künftig werden wir weniger harmlos lesen. Der Appell, den Scholdt in Hinblick auf die Klassiker ausgibt, soll für sein eigenes Buch jedenfalls wiederholt werden: Lesen, lesen, lesen!

Stefan Flach

Herausforderung für Lutheraner

Benjamin Hasselhorn: *Das Ende des Luthertums?,* Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2017. 212 S., 19 €

Benjamin Hasselhorn tritt apologetisch, angesichts des heutigen Zustandes der EKD provozierend, für das Luthertum ein. Man könnte sagen: Er argumentiert lutherisch-orthodox. Wie konnte die Kirche der Reformation, vom theologischen Erbe Luthers aus betrachtet, auf das aktuelle Niveau des zeitgenössischen Protestantismus, praktisch begründet in einem religiösen Relativismus, ja einem Nihilismus, sinken? Hasselhorn, sowohl in Theologie als auch in Geschichtswissenschaften promoviert, präsentiert uns einen Gang durch die evangelische Theologiegeschichte mit den entsprechenden historischen Weichenstellungen, die allmählich zur Aushöhlung, schließlich zur totalen Verdrängung des Luthertums aus den Landeskirchen führte. Eine Frage, die auch für Lutheraner im Raum steht, wird ausgesprochen: Liegt es nicht auch an Luthers Theologie selbst, daß es so weit gekommen ist? Hat Luther die einzelnen Gläubigen geistlich nicht immer wieder überfordert? Wer sich nach einer statisch organisierten Kirche mit eindeutig institutioneller Aufsicht und Betreuung sehnt, wie sie der Jesuit bevorzugt, wird die letzten Fragen mit »Ja« beantworten können. Hasselhorn veranschaulicht an Ina Seidels Roman *Lennacker,* in dem der Werdegang eines lutherischen Pastorengeschlechts von der späten Reformationszeit bis zum Ersten Weltkrieg erzählt wird, wie Luthers Erbe mit der Persönlichkeit seiner Träger steht und fällt: »Diese literarische Schilderung der Geschichte des lutherischen Pfarrhauses hilft dabei, sich über den Kern des Luthertums klar zu werden: Luthertum lässt sich zunächst, ganz unabhängig von konkreten Inhalten, charakterisieren als ein individuelles Bekenntnis; als die Bereitschaft, mit der ganzen persönlichen Existenz für die eigene Glaubensüberzeugung einzustehen, sich nicht vertreten zu lassen von religiösen Fachleuten oder einer religiösen Obrigkeit, und diese eigene Glaubensüberzeugung auch nicht abgeschieden vom Rest der Welt versteckt zu praktizieren, sondern aus ihr heraus den Alltag mit seinen Aufgaben und Problemen zu bewältigen.« Das liberale Mißverständnis etwa seit der Aufklärung, daß ein gütiger Gott eine billig zu erlangende Gnade ermögliche und daß letztlich das persönliche Gewissen zur Ausrede wird, sich vor Verpflichtungen zu drükken, mußte allmählich seine Auswirkung zeitigen. »Nur solange man solchen Mißver-

ständnissen etwas entgegensetzte, war es möglich, auch Krisen lutherisch zu bewältigen. Wenn man sie aber zur eigentlichen lutherischen Wahrheit erklärt, ist das Schicksal des Luthertums besiegelt.« Das mag pessimistisch klingen, doch der Autor plädiert keinesfalls für Resignation. Man darf diese Schrift getrost als den Weckruf im Lutherjahr lesen.

Peter Bickenbach

Nicht befreit! Sondern eingefangen!

Birgit Kelle: *Muttertier. Eine Ansage,* Basel: Fontis 2017. 256 S., 20 €

Wäre man bös, könnte man sagen, Birgit Kelle reite seit Jahren ein Thema (den »durchgeknallten«, »bekloppten« Feminismus), und nun läßt sie es (nach *Dann mach doch die Bluse zu,* 2013, und *Gender-Gaga,* 2015) durch ihr drittes Buch galoppieren. Kelle ist – sie trat damals beherzt in die Fußstapfen von Eva »Autobahn« Herman – eine Art One-Woman-Show. Und das ist nun ein Kompliment. Denn: FemProp bedröhnt uns seit Jahrzehnten. Aus einschlägigen Kreisen, aus Universitäten, Gewerkschaften, Sach- und Fachbüchern, Parteien, Feuilletons die immer gleichen Slogans und Parolen. Medial wirksame Gegenstimmen sind schwach, es gibt keinen volltönenden Chor der Anti-Emanzen, sondern wesentlich diese eine Stimme, die von Kelle. Sie ist (ganz glaubwürdig) nicht rechts, sie ist beinhart konservativ, CDU-Mitglied. Oft sitzt sie in Talkshows, stets in der Konstellation eine gegen vier (in etwa), und man merkt beim ersten Satz: Die hat die sprichwörtlichen Haare auf den Zähnen. Kelle ist zäh, mutig, gedankenflink, argumentiert eloquent. Wenn sie von lobenden Zuschriften erzählt, die ihr tausendfach zugingen – kein Grund, daran zu zweifeln. Kelles Modus ist kein intellektueller, er ist im besten Sinne populistisch: Sie schreibt für die (Millionen?) Frauen, die im öffentlichen Diskurs keinen Echoraum finden. Frauen, die nicht durch #regrettingmotherhood Tränen des Wiedererkennens in die Augen bekamen, sondern die seufzen, wenn sie ihr Kind morgens an der KiTa-Tür abgeben. Denen der Puls hochschlägt, wenn sie sich folgenden modernen Konventionalfragen ausgesetzt sehen: Du arbeitest immer noch nicht? Hast du nicht Angst, dein Kind überzubetreuen? Echt, du hast es (das Ungeborene) nicht testen lassen? Steht man ein bißchen außen, weiß man: Das ist ein Zickenkrieg. Die Lohnfrauen beißen gegen die Zuhausemütter, und vice versa. Es sind nicht nur offen aggressive Bisse, sondern vor allem subkutane Sticheleien, ein überaus weibliches Ding. Seit Jahrzehnten bereits schwimmen die Karriereverwaltungsangestellten, die emanzipierten Verkäuferinnen und Möchtegernwerdengermanistinnen mit Baby in der Campuskrippe argumentativ im Hauptstrom, sie haben Oberwasser. Nun klotzt Kelle in zwölf Kapiteln dagegen. Sie tut es schlau und findig, sie ist nicht moderat und auf ein *Agreement* aus. Sie will nicht missionieren – sagt sie – und nur ihren eigenen Weg starkmachen. Schlüsselsatz: »Ich möchte keiner Mutter ein schlechtes Gewissen machen. Ich kann es ihr aber auch nicht nehmen.« Das ist natürlich (bewußt) schlecht verborgener Kampfmodus! Kelle liefert Balsam für die Seelen jener Mütter, die unter ungeheurem Rechtfertigungsdruck stehen, weil sie ihr Kind, ihre Kinder für einige Zeit zum absoluten Mittelpunkt ihres Lebens gemacht haben.

Im Vorfeld meiner eigenen Lektüre hatte ich einen Ausschnitt des Buches gelesen. Dort ging es um Äuglein, die die Mama anschauen, Ärmchen, die nach ihr greifen, Herzen, die im Takt schlagen. Nichts dagegen. Nur: ein Mißverständnis, zu glauben, das Supersofte sei hier der durchgängige Ton! Kelle kennt die Agenda der staatlichen, literarischen und feuilletonistischen Feministinnen gut, darum setzt sie nicht (nur) Herz/Bauch gegen intellektuelle Verdrehungen. Sie argumentiert beinhart, manchmal extrem cool, oft mit Halloo?-Gestus (dem weiblichen Pendant zum Schenkelklopfer), meist im Kern sehr sachlich. Den Bogen spannt sie weit: Es geht keineswegs nur um Fremdbetreuung, Karrieretobsucht, Geschlechterrollennomenklatur und feministische Infiltration, sondern auch um gläserne Schwangerschaft, das Kaltstellen des Hebammenberufs und um Abtreibungsfragen. Allen »selbsterziehenden« Müttern, die sich dauernd scheelen Blikken und hintersinnigen Fragen (warum sie eigentlich studiert haben; wie sie das bloß aushalten »am Herd«; Kondomgeschenke zum vierten Kind) ausgesetzt fühlen, sei dieses Buch als alltagstaugliche Fibel und Arsenal ans Herz gelegt! »An jeder Straßenecke lauert neuerdings eine weitere Freiheit, der wir unbedingt in den nächsten Hauseingang folgen sollen.« Verbale Munition und mentale Ersthilfe gewünscht? Schlagt nach bei Kelle! Sie gibt es all diesen sogenannten »Freiheiten« gründlich. Allerdings: Mein Bedarf an der hier vielfach abgewandelten Ansage »Ich kotze gleich / Ich kotze gleich ins Essen« ist für die nächsten Jahre gedeckt.

Ellen Kositza

Was heißt Nation?

Karl Albrecht Schachtschneider: *Die nationale Option. Plädoyer für die Bürgerlichkeit des Bürgers,* Rottenburg: Kopp 2017. 459 S., 22.95 €

Dem Staatsrechtslehrer Karl Albrecht Schachtschneider kann man die Eigenschaft

»umtriebig« zuschreiben. Diverse seiner Verfassungsklagen beschäftigten das Bundesverfassungsgericht, zuletzt Anfang 2016 die nicht angenommene Klageschrift gegen die offenkundig verfassungswidrige Grenzöffnung 2015, angefertigt im Namen der Initiative »Ein Prozent für unser Land«.
In seiner neuesten Publikation formuliert er zentrale Bestandteile seines Idealstaats: der freiheitlichen Republik. Mutig für einen Kantianer ist Schachtschneiders Bezugnahme auf die Nation als Basis von allgemeiner Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Bürgerlichkeit.
Schachtschneider stellt heraus, wie einschneidende Tendenzen (Islamisierung und Multikulturalisierung nach innen, die Degradierung Deutschlands als untergeordnete Region in einem zentralistischen europäischen Einheitsstaat nach außen) die Grundlagen unseres Staatswesens zunehmend aushöhlen. Verfassungsziele und politische Wirklichkeit driften sichtbar immer weiter auseinander.
Basal ist für den Autor das Prinzip der Homogenität. Dieser Teil lohnt neben den anderen (Bürgerliche Freiheitslehre; Republikanität; Bürgerlichkeit des Bürgers; Souveränität; Europäische Union; Globalisierung der Wirtschaft; Nationalstaat, Großstaat, Weltstaat) einer besonders akribischen Lektüre. Gemeint ist mit Gleichartigkeit eine für den Zusammenhalt des Gemeinwesens notwendige kulturelle Einheit, die Herrschaft eine konstitutionelle Grundlage gibt und eben nicht identisch ist mit autokratischen Absichten der Unterwerfung von jedem, »der in diesem Lande lebt«, wie es die Bundeskanzlerin vor einigen Monaten zum Besten gegeben hat. Eine solche Definition von Volk hat mit dem, was im Grundgesetz steht, nichts zu tun.
Hinzuweisen ist weiter auf den Abschnitt über die Usurpation von Hoheitsgewalt durch Brüssel. Der EU-Apparat handelt in vielerlei Hinsicht nicht legitimiert, weil es kein europäisches Staatsvolk gibt. Das EU-Parlament könne Demokratie nur »abstützen«, so der Tenor des höchsten deutschen Gerichts wie auch der Schachtschneiders. Der Erlanger Emeritus belegt, daß Rechtsstaatlichkeit ebenso unter der Machtanmaßung des EuGH leidet wie die Grundsätze des Gemeinwohles unter der sozialwidrigen Entstaatlichung der Unternehmen als auch unter der gleichfalls sozialwidrigen Ideologisierung des Wettbewerbs auf EU-Ebene.
Am Ende geht der Verfasser der Frage nach, warum die Freiheit in kleinen Gebilden eher gesichert werden kann als in einem despotisch anmutenden Großstaat, zu dem die EU faktisch immer mehr mutiert. Auch derjenige, der Schachtschneiders frühere Arbeiten bereits rezipiert hat, kann von der vorliegenden Studie profitieren. Sie ist Rüstzeug gegen die Abschaffung der Deutschen.

Felix Dirsch

Found and lost

Horst Gründer / Hermann Hiery (Hrsg.): *Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick,* Berlin: be.bra 2017. 352 S., 24 €

Die überseeischen Kolonien bilden einen Fremdkörper in der deutschen Geschichte. Das hängt vor allem damit zusammen, daß sie in lediglich einer Generation gewonnen und verloren wurden. Wenn man von Versuchen des Großen Kurfürsten absieht, wurden die ersten Verträge in Afrika 1884 abgeschlossen, 1918 kapitulierten mit Lettow-Vorbeck die letzten Schutztruppensoldaten, 1919 wurde mit dem Versailler Vertrag das Ende des Deutschen Kolonialreichs besiegelt. Die alliierten Siegermächte teilten die Gebiete untereinander auf. In einem merkwürdigen Gegensatz dazu steht die Hochschätzung, die seitdem Kolonien in Deutschland genießen. Auch wenn in der Weimarer Republik wirtschaftliche Fragen in den Mittelpunkt der prokolonialen Argumentation gestellt wurden, ging es eigentlich um eine moralische Frage. Die Alliierten hatten den Deutschen die Kolonien mit der nachgereichten Begründung entzogen, daß deren »Pflichtvernachlässigung auf dem Gebiete kolonialer Zivilisationstätigkeit restlos enthüllt« worden sei. Diese offensichtliche Doppelmoral der alliierten Kolonialstaaten mußte Widerspruch herausfordern.
Heute hat die »Hochschätzung« andere Gründe, allerdings ebenfalls moralische, da man mit den Kolonialkriegen (in China sowie Südwest- und Ostafrika) den deutschen Hang zum Völkermord belegen möchte. Ein krasses Beispiel dieser Instrumentalisierung war die vor einem Jahr, im Oktober 2016, im Deutschen Historischen Museum in Berlin eröffnete Ausstellung »Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart«. Davon hebt sich das vorliegende Buch in Teilen ab, weil es mit Wertungen zurückhaltend verfährt.
Der Schwerpunkt des Sammelbandes liegt auf der Strukturgeschichte und Soziologie. In diesem Sinne werden Kolonialverwaltung, Rechtsprechung in den Kolonien, die Rassenfrage, die Kolonialkriege, die Rolle der Missionen bei der Kolonialisierung und die in Deutschland populären Völkerschauen thematisiert. Die eigentlichen Kolonien in Afrika, der Südsee und in China werden in drei von fünfzehn Beiträgen summarisch abgehandelt. Drei Beiträge beschäftigen sich mit der nachkolonialen Phase bzw. dem kolonialen Erbe, zwei weitere mit der Vorgeschichte. Bei letzterer ist vor allem die Frage von Interesse, warum

Bismarck, der immer ein ausgewiesener Gegner von Kolonien war, sich 1884/85 plötzlich auf die Seite der Befürworter schlug. Bismarck befürchtete, daß es nach einem Thronwechsel eine englandfreundliche Neuausrichtung der Außenpolitik geben würde, die er durch die Manifestation des Gegensatzes mittels der Kolonien unbedingt verhindern wollte.
Der Mangel des Buches liegt in der mangelnden Kontextualisierung, die nur an wenigen Stellen zaghaft und halbherzig gewagt wird. Man wird zu einer sinnvollen Bewertung des deutschen Kolonialismus nur gelangen können, wenn man ihn mit dem Vorgehen der anderen europäischen Völker in der damaligen Zeit vergleicht. Dann wird, bei aller grundsätzlichen Fragwürdigkeit des Kolonialismus überhaupt, den Deutschen kein besonders schlechtes Zeugnis ausgestellt werden können: »Die Deutschen unterscheiden sich da in nichts, in gar nichts von anderen, nicht positiv, nicht negativ.« (Thomas Nipperdey) In den ehemals deutschen Kolonien wurde mit deren Übernahme durch die Alliierten nichts besser.

Erik Lehnert

Rechts ist bunt

Sebastian Liebold/Frank Schale (Hrsg.): *Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik,* Baden-Baden: Nomos 2017. 256 S., 49 €

Wer die Geschichte des Konservatismus in der Bundesrepublik überblickt, bemerkt schnell das Desiderat einer wissenschaftlich fundierten Gesamtdarstellung. Dieses ist vornehmlich der Vielfalt konservativer Strömungen geschuldet, die in toto analytisch schwer faßbar sind. An Einzelstudien herrscht hingegen kein Mangel.
An dem neuen Sammelband *Neugründung auf alten Werten*? fällt vor allem auf, daß ein Teil der Beiträge nur bedingt zur Überschrift paßt. Eine konservative Gruppierung der frühen Bundesrepublik, die Deutsche Partei, wird ebenso thematisiert wie die kurzzeitig einflußreiche abendländische Bewegung, deren »Flucht nach Europa« in der Sicht des Autors, Johannes Großmann, bei PEGIDA ende; weiterhin gehen die Mitarbeiter auf weniger bekannte Persönlichkeiten wie den Verbandspolitiker und Widerstandskämpfer Andreas Hermes sowie auf den späten, inzwischen arrivierten Max Horkheimer ein; zudem werden zwei gegenwärtig heftig umstrittene Denker vorgestellt: der Remigrant Arnold Bergstraesser (»konservativer Humanist«), als Gründer einer wirkmächtigen politikwissenschaftlichen Schule bekannt, und der Politologe Carl J. Friedrich, der ebenfalls aus dem Exil zurückgekehrt ist. Bergstraesser und Friedrich wurden von der überschießenden Vergangenheitsbewältigung der letzten Jahre verstärkt aufs Korn genommen.
Die Gesinnungsdenunzianten, zu denen die Bearbeiter der entsprechenden Aufsätze nicht zählen, lassen das Engagement der integren Wissenschaftler gegen den NS nicht als Ausweis für eine reine Weste gelten. Ihre Überzeugungen vor 1933, so der Vorwurf, hätten trotz ihres tadellosen Verhaltens ein »schmittianisches« Geschmäckle.
Im letzten Abschnitt wird der Publizist Matthias Walden als liberalkonservativer, antikommunistischer Autor gewürdigt. »Sprache und Ideologie des Konservatismus« werden ebenso erörtert wie der konservative Antikommunismus nach 1968. In seiner Rückschau auf die Beiträge ruft Sebastian Liebold unter anderem nochmals den Unterschied zwischen Nationalkonservativen, die vom Liberalismus Abstand hielten und der Westbindung kritisch gegenüberstanden, und den Liberalkonservativen, die einen Wertewandel im Grunde genommen befürworteten, in Erinnerung.

Felix Dirsch

Hegel oversexed

Wilfried Grießer: *Flucht und Schuld. Zur Architektonik und Tiefenstruktur der »Willkommenskultur«,* Graz: Ares 2017, 159 S., 16.95 €

Was kommt dabei heraus, wenn ein Autor über die Migrationskrise schreibt, der sowohl *oversexed* als auch Hegelianer ist? Ein verrücktes, kompliziertes, übersteigertes, widersprüchliches Buch, ein interessantes Buch.
Grießer, Jahrgang 1973, FPÖ-Mandatar in Mödling, nähert sich als Philosoph der gegenwärtigen Situation und muß feststellen: Nicht mehr ein prä- beziehungsweise kryptofaschistoider »Geist«, sondern die Menschenrechte gelten heute als die unhintergehbare Basis auch für alles Philosophieren.



Daraus folgt, daß »der Mensch«, oder in der verzückten Formulierung linksgrüner Politiker: »Es sind Menschen!«, alles ist – und, jetzt kommt Hegels Dialektik: damit auch nichts mehr ist. Jeder Begriff wird leer, setzt man ihn absolut und macht das Gegenteil undenkbar. Die »Es-sind-Menschen«-Erlösungstheologie im Deutschland nach 2015 zu erkennen, ist eine Stärke des Buches. Grießer gelingt es, durch Aufdröseln der Doppelseitigkeit aller in der »Willkommenskultur« totgerittenen Begriffe

ihre innere Dialektik zu zeigen: Die »Flucht« als das große moralische Thema ist eine Flucht der Deutschen vor sich selbst. *Flucht und Schuld* oszilliert zwischen ganz konkreter Lagebeschreibung und Begriffsanalyse sowie hochgeschraubter bis manchmal hochnotpeinlicher Theologie der »Schuld«, der »Frau«, der »Sohnschaft«, der »Erlösung« und der »Scham«.

Dialektik als Denkansatz hat dabei den Vorteil, daß man sie immer noch einen Zacken höherschrauben kann, und das tut der Autor mit Freuden. Streckenweise gerät er damit in Teufels Küche der heillosen Übertreibung, bisweilen zeigt aber genau diese Übertreibung (dialektisch!), wie absurd die geistige Lage ist. Zwei Beispiele: Es ist mit diesem wilden Denken möglich, Rolf Peter Sieferles These einer Synthese zuzuführen: »Der Flüchtling, der kein Zuhause mehr hat, der heimatlos ist, beerbt den ›heimatlosen Juden‹ und ist Projektionsfläche für das eigene Unterwegs-Sein. In der Figur des Flüchtlings wird es möglich, sich zugleich mit dem Juden zusammenzuschließen und mit der allgemeinen Schuld des Menschen (theologisch gesprochen: der Erbsünde) die historische Schuld zu tilgen.« Doch bekanntlich bleibt die historische Dialektik ja bei Synthesen niemals stehen.

Die Deutschen, und mit ihnen halb Europa, sind selbst auf der Flucht: auf der Flucht vor der eigenen Täterschaft. Und solange dieser tief verwurzelte Komplex nicht gelöst ist, wird Deutschland versuchen, immer mehr »Gutes zu tun«, und sich um so mehr selbst verleugnen. »Wir« sind damit aber die »neuen Juden«, ohne dies direkt aussprechen zu müssen. Das »auserwählte Volk« zu sein, kann das deutsche Volk auf diese Weise ständig erneuern. Das gibt Selbstvertrauen: Wir schaffen das!

Angela Merkel wird für Grießer in dieser extremen Abstraktion »die Frau schlechthin«, zu der alle Welt strömt, in die alle Welt sich ergießt, die »deutsche Mutter«, die Millionen von Männern anlockt. An so einer Textstelle wird einem als Leser mulmig bis schwindlig: Sexuell graust es einen, metaphysisch schaudert es einen, vernünftigerweise wird einem schwindlig, das ist nämlich Unsinn.

Merkwürdig ist die Selbstverortung des Autors: Er findet nämlich keineswegs, daß er ein Rechter sei. Die »Rechten« bleiben für ihn als Projektionsfolie immer die anderen, die »völkischen Rechtsextremisten«, die ein »muslimisches Sex-Monster« konstruierten und in der Masseninvasion das Gute sähen, daß die BRD niedergehe. Man kann ihm getrost versichern: Er ist selbst ein Rechter, für das Vollbild fehlt nur noch, daß er die Systemlogik des Islams kennenlernt. Vielleicht bietet diese nähere Beschäftigung ihm auch willkommenen Stoff für übersteigerte sexuelle Besetzungen.

Auf einen hegelianischen Blick auf das Innere des Islams und dessen historische und begriffliche Widersprüche könnte man sich als Leser jedenfalls freuen. Grießer ist ein interessanter Gedankenverdreher.

Caroline Sommerfeld

Die unausweichliche Aufklärung

Johannes Saltzwedel (Hrsg.): *Die Aufklärung. Das Drama der Vernunft vom 18. Jahrhundert bis heute,* München: Deutsche Verlags-Anstalt 2017. 270 Seiten, 20 €

Johann Gottlieb Herder nannte die letzte von ihm herausgegebene Zeitschrift *Adrastea,* die Unausweichliche. »Es war ein Beiname der Göttin Nemesis, der richtenden, ja rächend-schlichtenden Macht des Historischen, in der Herder seit Langem das Sinnbild für Trauer und Trost zugleich erblickte.« Herausgeber Saltzwedel leiht sich Herders Blick auf die Aufklärung: Die unausweichliche Aufklärung. Ende des 17. Jahrhunderts begann der »Toleranzpionier« Pierre Bayle, religiöse Dogmen und Vorurteile anzugreifen, in der Französischen Revolution gipfelte das Zeitalter der Aufklärung im *Terreur.* Vielleicht bringt es das Lexikonhafte eines Buches mit sich, dessen Beiträge zuerst als *Spiegel-Wissen*-Heft erschienen sind, daß es keine geschlossene kritische Theorie nach dem Muster der »Dialektik der Aufklärung« (Horkheimer/Adorno) vertritt, derzufolge alles so kommen mußte, wie es kam, und die Aufklärung aus innerer Notwendigkeit umschlägt in ihr Gegenteil, das wiederum … Vielleicht sind solche Theorien auch historisch überholt, und das Material spricht für sich.



Die Aufklärung ist ein Publikumsbuch, das sowohl Oberstufenschüler, die gerade dieses Zeitalter durchnehmen, als auch interessierte Laien anpeilt. Alle wesentlichen Denker der Aufklärung werden in lebendigen Bildern vorgestellt, ein kleines – viel zu kleines – Kapitelchen zu den großen Gegenaufklärern (Burke, Hamann, Saint-Martin, de Maistre, von Baader) fehlt auch nicht.

Johannes Saltzwedel hat für einen Herausgeber erstaunlich viele Kapitel selbst geschrieben, durch sie zieht sich das Thema der offiziösen Widerstände gegen die Aufklärung, denn, so schreibt er im Vorwort aphoristisch: »Aufklärung findet nicht statt, wenn alle schon wissen, wo es langgeht.« Okkulte Logen, namentlich Freimaurerei, Rosenkreuzer und Illuminatentum, erwachsen aus dem inhärenten Widerspruch der Aufklärung: Licht in die Welt zu tragen, dies aber im Verborgenen zu schüren.

Im Beitrag von Angela Gatterburg führt dieser Widerspruch zu der naiven Einschätzung, dem »menschenfreundlichen Männerbund« seien bis heute

»immer wieder finstere Weltherrschaftsabsichten unterstellt worden« – Aufklärung sollte auch selber Methode sein, dann käme man weder darauf, Okkultismus sei »menschenfreundlich«, noch würde man »Verschwörungstheorien« für finsteren Unfug halten. Die Idee einer vollends emanzipierten und zugleich geheimer Leitung unterstellten Menschheit wäre, schrieb Lorenz Jäger in seinem Buch über Freimaurerei und Revolutionsbewegungen, »in äußerster Konsequenz eine Herrschaftsform, gegen die gehalten vielleicht selbst die historischen Totalitarismen verblassen würden.« (Lorenz Jäger: *Hinter dem Großen Orient,* Wien/Leipzig 2009). Besonders die sogenannten »radikalen Aufklärer«, denen ein Interview des Herausgebers mit dem Historiker Martin Mulsow gewidmet ist, hatten übel mit Zensur, Repressionen und Hetzkampagnen zu kämpfen, traten sie doch für Positionen ein, die im 18. Jahrhundert außerhalb des »Sagbaren« lagen: Atheismus, Spinozismus, Mystizismus oder Materialismus. Ein radikaler Aufklärer namens Theodor Ludwig Lau aus Königsberg mußte folgendes erleben: »Auf der Frankfurter Buchmesse wird das Buch [ein deistisch-spinozistischer Traktat] sofort verboten, der Stadtrat verbannt ihn. Zwei Jahre später kommt er verkleidet wieder nach Frankfurt, fliegt aber auf und wandert ins Gefängnis. In der Haft versucht er sich umzubringen. Nach der Freilassung findet er keine Anstellung mehr. Wohin er kommt, selbst in Holland, zünden intolerante Nachbarn sein Haus an oder stehlen seine Habe. Er endet 1740 in tiefer Armut unter falschem Namen in Altona.« Der Historiker Eberhard Straub hat ein Kapitel über »Tugend und Terror« beigesteuert, das luzide den Umschlag der Aufklärung in den Tugendterror nachzeichnet. Aufklärung führt sich selbst ad absurdum, wenn sie so endet: »Was gut und böse ist, bestimmt somit der Gerechte. Er kann und darf als Rächer der verletzten Menschenrechte im Namen der Freiheit als todbringender Würgeengel auftreten, wie Danton 1791 stolz bekannte.« *Honi soit, qui mal y pense.* Die Göttin Nemesis Adrastea, die Unausweichliche, vermittelt immer und immer wieder neu das notwendige Aufbegehren gegen »verkrustete Strukturen« mit dem Zerstörungswerk der Aufklärung.

Caroline Sommerfeld

Thema der Stunde, Buch von gestern

David Van Reybrouck: *Für einen anderen Populismus. Ein Plädoyer,* Göttingen: Wallstein 2017. 96 S., 12.90 €

Populismus ist im politischen und medialen Betrieb so etwas wie das Thema der Stunde. Ob Mélenchon oder Le Pen, Wagenknecht oder Gauland, Podemos-Linke oder AfD-Rechte – irgendwie sind sie alle Populisten, die mit Bezugnahme auf das Volk gegen das Establishment zu Felde ziehen. Den so Gescholtenen wird unterstellt, sie würden komplexe Vorgänge vereinfacht darstellen und verkürzt agieren. Doch genau dies vollziehen die Populismuskritiker, wenn sie weltanschauliche politische Gruppierungen als »populistisch« darstellen, ohne sich mit ihren materiellen und geistigen Grundlagen auseinanderzusetzen.







Die Notwendigkeit einer tatsächlichen Populismus-Analyse realisieren unterdessen zumindest einige der Autoren, die sich dem Gegenstand vornehmlich akademisch nähern möchten. Gescheitert, eine Theorie des Populismus vorzulegen, ist noch Jan-Werner Müller (*Was ist Populismus?,* Berlin 2016) mit seiner Gefälligkeitsarbeit für das politisch hegemoniale Lager. Zumindest einige objektiv-sachliche Ansätze finden sich in Florian Hartlebs Publikationen. Bernd Stegemann (*Das Gespenst des Populismus,* Berlin 2017) richtete die Debatte neu aus. Er rollte das populistische Feld auf, indem er verschiedene Arten des Populismus sezierte und Entstehungsbedingungen derselbigen im neoliberalen Zeitalter klug analysierte und zur Diskussion stellte. Nun folgt also ein weiterer Essay aus der Feder des belgischen Historikers David Van Reybrouck.

Für einen anderen Populismus will ein »Plädoyer« sein. Ein Plädoyer, hinter den Wählern populistischer Parteien die Staatsbürger zu sehen, denen man nicht herrisch gegenübertreten sollte. Reybroucks Mahnung im Vorwort zur deutschen Übersetzung (aus dem Juli 2017 datierend) richtet sich in diesem Sinne an die intellektuelle Öffentlichkeit: Er verstehe schlechterdings nicht, wieso Progressive und Liberale so viel Empathie für Flüchtlinge predigten, dies aber nicht zustandebrächten, wenn es um einheimische Sozialhilfeempfänger geht. Die Stoßrichtung ist also einigermaßen klar; hier spricht ein nüchterner Populismusversteher, der im Essay selbst darlegt, daß der Populismus ein Symptom für tiefersitzende Probleme der westlichen Gesellschaften verkörpert.

Seine Analyse ist weitgehend zutreffend: Er diagnostiziert eine wachsende Wahrnehmungskluft zwischen akademischer Oberschicht und breiten Schichten des Volkes, Arroganz der Eliten, die Krise der politischen Repräsentation, eine Spaltung in »progressive« Höherqualifizierte und »populistische« Geringqualifizierte usw. usf. Das alles ist aber nicht so originell, daß es sich 2017 gelohnt hätte, diesen Text aus dem Jahre 2008 zu übersetzen. Insbesondere bei Bernd Stegemann finden sich verwandte Überlegungen – und diese sind aktueller, pointierter, tiefschürfender.

Benedikt Kaiser

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 60 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2017 im fünfzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« *(Die Welt)*
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« *(Tagesspiegel)*
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« *(Junge Freiheit)*

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

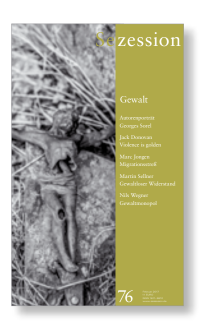
- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2017

Neuabonnenten erhalten als Prämie zwei Studien des Instituts für Staatspolitik (IfS) portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2017, 15. Jahrgang



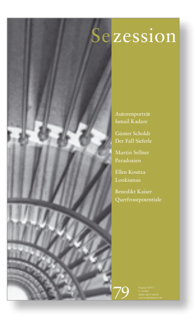
Heft 76 / Februar / 11 €
Thema: »Gewalt«
76 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Georges Sorel

Jack Donovan
Die harte Währung Gewalt

Lutz Meyer
Keine Gewalt! – ein Traum

Marc Jongen
Migration und Streßtraining



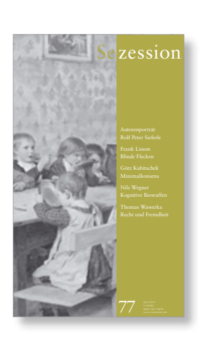
Heft 79 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Ismail Kadare

Philip Stein
Wartburg 1817

Günter Scholdt
Der Fall Sieferle

Ellen Kositza
Lookismus



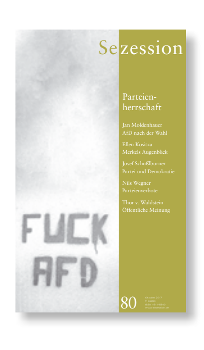
Heft 77 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Rolf Peter Sieferle

Frank Lisson
Blinde Flecken

Götz Kubitschek
Selbstverständlichkeiten

Nils Wegner
Kognitive Biowaffen



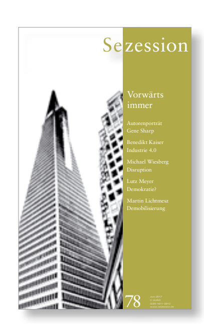
Heft 80 / Oktober / 11 €
Thema: »Parteienherrschaft«
80 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Alexis de Tocqueville

Josef Schüßlburner
Partei und Demokratie

Nils Wegner
Parteienverbote

Thor v. Waldstein
Öffentliche Meinung



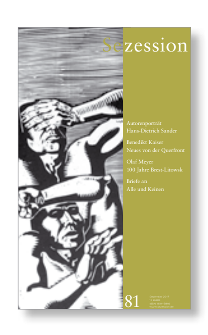
Heft 78 / Juni / 11 €
Thema: »Vorwärts immer«
76 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Gene Sharp

Martin Lichtmesz
Demobilisierung

Benedikt Kaiser
Industrie 4.0

Michael Wiesberg
Disruption



Heft 81 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Hans-Dietrich Sander

Benedikt Kaiser
Neues von der Querfront

Olaf Meyer
100 Jahre Brest-Litowsk

Briefe an
Alle und Keinen

Der Parteigeist erniedrigt
die größten Menschen
bis zu den Kleinlichkeiten
der großen Masse.

Jean de La Bruyère (1645–1696)